

Preußische Allgemeine



Nr. 31 · 5. August 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Der nächste Konflikt

Wird Moldawien zum neuen Kriegsschauplatz zwischen Russland und dem Westen? **Seite 2**



Draghis Sturz Die Italiener und die Empörung in Brüssel **Seite 3**



Computer-Hacking Ist es für Gegenmaßnahmen schon zu spät? **Seite 12**

AUFGEFALLEN

In Russland wird der Alkohol knapp

Solange die Russen mit Schnaps versorgt sind, bleiben sie gelassen und der Staat kann ihnen alles Mögliche zumuten. Doch sollte ihnen der Hochprozentige ausgehen, könnten sie ungemütlich werden, so lautet ein gängiges Stereotyp.

Und nun scheint die Katastrophe eingetreten zu sein. Wegen der Sanktionen des Westens infolge des russisch-ukrainischen Kriegs konnte Russland im ersten Halbjahr dieses Jahres weniger hochprozentigen Alkohol importieren. Die Einfuhr sank insgesamt um 35 Prozent auf 35,65 Millionen Liter, und bei Whiskey ging er sogar um 50 Prozent zurück. 11,8 Millionen Liter flossen noch nach Russland. Der Import von Cognac und Brandy sank um 11,3 Prozent, der von Likör um 36,6 Prozent. Diese Zahlen veröffentlichte eine Online-Agentur. Eine offizielle Statistik des Außenhandelsvolumens wird seit dem Frühjahr in Russland nicht mehr veröffentlicht.

Russische Branchenvertreter prognostizieren, dass in den Läden vor allem mittelpreisige Spirituosen rar werden könnten. Die bislang international agierenden Importeure könnten dazu übergehen, mehr Rum zu beschaffen, der aus befreundeten Staaten Lateinamerikas nach Russland geliefert wird. Zusätzlich sei geplant, die heimische Produktion hochzufahren. Bis zum Herbst wollen russische Produzenten eigene Marken mit original englisch klingenden Bezeichnungen auf den Markt bringen.

Manuela Rosenthal-Kappi

VOR DEM AUFPRALL

Politik und Realität auf Kollisionskurs

An der Schwelle zur schwersten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik erzählt die Regierung weiter das Märchen vom „reichen Deutschland“

VON HANS HECKEL

Die Rechtslage in der EU ist eindeutig: Wer als Verfolgter in die Union flüchtet, muss in dem Land Asyl beantragen, das er als erstes betreten hat. Doch aus Griechenland ziehen Zigtausende, die dort bereits Asyl bekommen haben, weiter nach Deutschland.

Eigentlich müssten sie zurückgeschickt werden. Seit April aber wird das nicht einmal mehr versucht. Nachdem deutsche Verwaltungsgerichte entschieden hatten, dass die Versorgung der Asylanten in Griechenland zu schlecht sei, hat das Bundesinnenministerium unter Führung von Nancy Faeser (SPD) damit begonnen, die (Zweit-)Anträge auf Asyl in Deutschland zu bearbeiten. Zuvor hatte man Athen angeboten, die Betreuungskosten der Asylanten in Griechenland zu übernehmen, was die griechische Seite abgelehnt hat, die die Asylsucher lieber gleich nach Deutschland durchwinkt.

Allein von April bis Juni sind so fast 50.000 Asylsucher zusätzlich in die Bundesrepublik gelangt, 88 Prozent der schon bearbeiteten Anträge wurden positiv beschieden. Nach einer jüngsten Ankündigung Faesers werden sogar die wenigen Abgelehnten wohl dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen.

Sowohl das anfängliche Angebot der Kostenübernahme an Athen als auch die

schlussendliche (nach den EU-Verträgen regelwidrige) Aufnahme der Asylsucher in Deutschland fußt auf dem wohlfeilen Mythos vom „reichen Deutschland“, dessen Bürger und Steuerzahler alles schaffen, alles finanzieren können, was andere nicht leisten können – oder wollen. Diese Politik und die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte steht damit quer zur abrupt sichtbar werdenden Realität eines Landes, das sturzartig an die Grenzen seiner Möglichkeiten gerät.

Demnächst werden selbst elementare Dinge wie Heizung, Warmwasser oder die Stromversorgung nicht mehr mit Sicherheit gewährleistet sein. Die Deutsche Bahn ist kaputt, marode Schulen und bröckelnde Brücken, die gesperrt werden müssen, zeugen sichtbar vom rasanten Niedergang.

Die Deutschen verarmen rasant

Während diesem Land durch Maßnahmen wie die zusätzliche Asylsucher-Aufnahme munter neue Lasten aufgebürdet werden, können laut unterschiedlichen Schätzungen bis zu 60 Prozent der deutschen Bankkunden kein Geld mehr sparen, weil alle Einnahmen fürs tägliche Leben benötigt werden. 15 Millionen Kontoinhaber sind bereits ins Dispo gerutscht, und die Inflation frisst die private Daseinsvorsorge auf.

Auf der einen Seite liegt die Rentenkasse am Anschlag, weshalb Arbeitgeber-

präsident Stefan Wolf die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 anregt. Auf der anderen Seite streut Berlin milliardenschwere Hilfszusagen in alle Welt, etwa Weizenhilfe für Ägypten oder Milliarden für den Wiederaufbau der Ukraine. Daneben türmen sich die von der EZB orchestrierten Gemeinschaftsschulden der Eurozone in Billionenhöhe, für die im Schwerpunkt Deutschland geradesteht, das ohnehin bereits als Hauptnettozahler für die EU blutet.

Nein, Deutschland ist nicht reich. Das durchschnittliche Haushaltsvermögen liegt am unteren Rand der westlichen EU-Staaten. Was Deutschland bislang zahlungskräftig machte, war die hohe Effizienz seiner Wirtschaft, namentlich seiner Industrie.

Doch diese gerät in der heranrollenden Energiekrise massiv unter die Räder, da Deutschland als Folge der grünen Energiewende der vergangenen zwei Jahrzehnte in groteske Abhängigkeiten geraten ist. Daher geht die Rechnung mit dem „reichen Deutschland“ in Bälde nicht mehr auf.

Doch die Politik scheint das nicht zu sehen, wie das Beispiel Faeser zeigt oder das des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck, der seine Atomphobie nicht abstreifen will. Diese Politik befindet sich auf Kollisionskurs mit einer dramatischen Realität, die in Kürze ihre ganze Härte demonstrieren wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Deutsche Universitäten kooperieren mit chinesischen Hackern **Seite 4**

Kultur

Potsdamer Museum Barberini erwirbt vier neue Monet-Bilder **Seite 9**

Geschichte

Die Spanier und ihr Umgang mit dem Bürgerkrieg **Seite 11**

Das Ostpreußenblatt

Im Deutschen Haus in Ragnit wird Tilsiter nach altem Rezept hergestellt **Seite 13**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Transnistrien-Konflikt Seit sich die Republik Moldawien im Jahr 1991 von der Sowjetunion gelöst hat, schwelt im Osten des Landes ein Richtungsstreit, der schon bald wieder militärisch eskalieren könnte

Droht ein Krieg in Moldawien?

Russische Soldaten in Transnistrien stehen Kischinaus Partnerschaftsplänen mit der NATO gegenüber

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der kleinen Republica Moldova (Moldawien), die zwischen der Ukraine und Rumänien liegt, droht mittlerweile eine ganz ähnliche Entwicklung wie in der Ukraine, wobei die Anfänge des Ganzen im August 1991 liegen. Damals proklamierte die Moldauische Sowjetrepublik ihre Unabhängigkeit von der UdSSR. Dem folgte 1992 ein kurzer, aber heftiger Bürgerkrieg, in dem sich die östlich des Dnister liegenden und vorwiegend von Russen oder Ukrainern bewohnten Landesteile abspalteten. Die firmieren seither als Pridnestrowische Moldauische Republik (besser bekannt als Transnistrien), welche freilich nicht einmal von Russland anerkannt wird.

Moskau schützt Regierung in Tiraspol

Gleichzeitig stützt Moskau aber die „Regierung“ in Tiraspol und hat auch Truppen zur Kontrolle des Waffenstillstands mit Rest-Moldawien in Transnistrien stationiert. Ähnliche Loslösungsbestrebungen gab es in Gagausien, wo neben dem turksprachigen Volk der Gagausen gleichfalls viele Russen leben. Dieser Konflikt konnte jedoch 1994 durch die Einrichtung der Autonomen territorialen Einheit Gagausien gelöst werden.

Anschließend suchte die Regierung Moldawiens zunehmend die Nähe zur Europäischen Union, wobei es zugleich auch Stimmen aus der rumänischsprachigen Mehrheitsbevölkerung gab, welche die Vereinigung mit Rumänien forderten. Am 27. Juni 2014 unterzeichneten Moldawien und die EU ein Assoziierungsabkommen, das im Juli 2016 in Kraft trat.

Allerdings amtierte dann ab dem 23. Dezember 2016 der prorussische Sozialist Igor Dodon als Präsident und verhinderte weitere Avancen an Brüssel. Dodon unterlag jedoch bei der Präsidentschaftswahl vom 15. November 2020 der prowestlichen Kandidatin Maia Sandu von der liberalen Partidul Acțiune și Solidaritate (Partei der Aktion und Solidarität, PAS), die für eine noch engere Anbindung an die EU eintrat und darüber hinaus nun auch die USA als „wichtigen strategischen Partner“ bezeichnete.

Parallel zu den Ergebnissadressen an Brüssel und Washington verschärfte Sandu ihre Rhetorik gegenüber Moskau und forderte im Januar 2022 den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien. Dabei berief sich die moldauische Präsidentin auf einen „individuellen Partnerschaftsplan“ mit der NATO. Und dann goss Kiew ebenfalls noch Öl ins Feuer: „Sobald Ihr uns im Frieden oder im Krieg braucht, werden wir Euch immer zu Hilfe kommen“, versicherte der ukrainische Präsidentenberater Olexij Arestowytch der Führung in der moldauischen Hauptstadt Kischinau Anfang Mai.

Kurz zuvor waren von ukrainischer Seite aus Drohnen über die Grenze zu Transnistrien geflogen und hatten dort in der Nähe des Dorfes Voronkovo mehrere Explosionen verursacht. Ebenso gab es Bombenanschläge auf zwei Sendemasten der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti in der Ortschaft Maiaic und das

Gebäude des transnistrischen Ministeriums für Staatssicherheit.

Anstatt in dieser Situation zu deeskalieren, äußerte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, unmittelbar darauf: „Wir planen, die Unterstützung für Moldawien deutlich zu erhöhen. Wir stellen zusätzliche Ausrüstung für ihre Streitkräfte bereit.“

Sandu treibt ein gefährliches Spiel

Parallel hierzu regte sich in Moldawien aber größerer öffentlicher Widerstand gegen den scharfmacherischen Kurs der Regierung Sandu. Hieraufhin wurde der nunmehrige Oppositionsführer Dodon unter Hausarrest gestellt und die Pressezensur verschärfte. Darüber hinaus verlängerte Sandu den bereits seit Ende 2021 geltenden Ausnahmezustand am 23. Juni um weitere 45 Tage. Außerdem ersetzte sie den noch von Dodon ernannten Chef des moldauischen Geheimdienstes

Serviciul de Informații și Securitate (SIS), Alexandr Esaulenco, durch einen ihrer Günstlinge namens Alexandru Musteata, der auch über die rumänische Staatsbürgerschaft verfügt.

Dargestalt innenpolitisch gestärkt, verkündete die Präsidentin am 21. Juli, das Waffenstillstandsabkommen mit Russland, das den Bürgerkrieg in Transnistrien beendete, sei vom Kreml mit Gewalt erzwungen worden und habe die Probleme in der Region „bis heute nicht gelöst“. Zeitgleich verhinderten moldauische Grenztruppen den turnusmäßigen Austausch der rund 1500 Angehörigen der russischen Militärmission in Transnistrien, welche die Einhaltung der Abmachungen von 1992 kontrollieren soll. Dadurch könnte Moskau sich nun veranlasst sehen, weitere Teile der ukrainischen Schwarzmeerküste zu annektieren, um einen Landkorridor nach Transnistrien zu schaffen. Insofern betreibt Sandu ein höchst gefährliches Spiel.



Am Grenzposten Nr. 9 an der Grenze der abtrünnigen Region Transnistrien zu Moldawien: Ein Soldat der sogenannten russischen Friedenstruppen auf Wache
Foto: imago images/ITAR-TASS

US-EINFLUSS

Zwei Frauen bestimmen den West-Kurs

An der Spitze der Republik Moldau, die sich jetzt immer stärker an die Europäische Union sowie die NATO anlehnt und zugleich die Konfrontation mit Russland sucht, stehen zwei Frauen, denen enge Kontakte zum Netzwerk des US-Milliardärs George Soros nachgesagt werden: die seit dem 24. Dezember 2020 amtierende Staatspräsidentin Maia Sandu und die Ministerpräsidentin Natalia Gavrița, deren Ernennung am 6. August 2021 erfolgte.

Die 1972 geborene Sandu studierte von 1989 bis 1998 Betriebswirtschaftslehre und internationale Beziehungen in Kischinau, wonach sie 2010 noch ein Masterstudium im Fach Öffentliche Verwaltung an der Kennedy School der Harvard University in den USA abschloss. Hier graduierten unter anderem auch schon die Präsidenten oder Regierungschefs von Mexiko, Ecuador, Costa Rica, Bolivien, Kolumbien, Liberia, Tansania, der Mongolei, Bhutan, Singapur und Kanada sowie der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und der frühere Weltbankpräsident Robert Zoellick.

Auch Sandu machte bald eine steile Karriere: Bis 2012 fungierte sie als Beraterin eines Executive Directors der Weltbank und gleich darauf bis 2015 als Bildungsministerin der Republik Moldau. Dem folgten zwei Anläufe bei den Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020. Bevor Sandu dabei 2020 als Siegerin hervorging, amtierte sie von Juni bis November 2019 zudem noch als Regierungschefin von Moldawien.

Die fünf Jahre jüngere Gavrița wiederum studierte zunächst Internationales Recht an der Universität von Kischinau und ging dann wie Sandu an die ebenso renommierte wie elitäre Harvard University, wo die Studiengebühren mehr als 50.000 US-Dollar pro Jahr betragen. Dort erwarb sie 2005 einen Master of Arts im Fach Public Policy. Anschließend reüssierte Gavrița bei der Weltbank, der EU, dem Beratungsunternehmen Oxford Policy Management sowie im moldauischen Wirtschafts- und Bildungsministerium und ab Sommer 2019 auch als Finanzministerin. W.K.

EU-BEWERBERLAND

Mit der Aufnahme des Landes bekäme die EU viele Probleme

Armut, Korruption, Organisierte Kriminalität und eine „Unvollständige Demokratie“ kennzeichnen das südosteuropäische Land

Die Republik Moldau ist ein Land mit vielen drückenden Problemen, welche Anlass zu der Befürchtung bieten, dass der Beitritt Moldawiens zur Europäischen Union diese noch weiter belastet.

Zum Ersten gibt es massive Spannungen in der Bevölkerung, die aus dem Umstand resultieren, dass auf einer Fläche von nur 350 mal 150 Kilometern 13 verschiedene Ethnien mit unterschiedlichen politischen Präferenzen leben. Zum Zweiten hält Moldawien im Fragile States Index (FSI), der besagt, wie instabil ein Staat ist, lediglich den 103. von 179 Plätzen, wobei die letzten Ränge den komplett gescheiterten Staaten vorbehalten sind. Zum Dritten gilt das Land zwischen

Dnister und Pruth gleichermaßen nur als „Unvollständige Demokratie“ und rangiert deshalb im Democracy Index noch hinter Staaten wie Kolumbien. Zum Vierten grassiert in Moldawien wie auch in der Ukraine die Korruption: Im Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) von Transparency International belegt Moldawien lediglich den 105. von 180 Plätzen.

Schlimmer als Kolumbien

Zum Fünften zählt das südosteuropäische Land zu den ärmsten und rückständigsten Regionen Europas mit einer hohen Arbeitslosenquote und niedrigen Löhnen. Im Global Competitiveness In-

dex (GCI), der die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten angibt, findet man die Republik Moldau erst auf Rang 89 von 137. Deshalb ist inzwischen ein Viertel der Bevölkerung ins Ausland abgewandert, wo schätzungsweise 95 Prozent der Emigranten von Schwarzarbeit leben. Dabei überweisen die Wirtschaftsflüchtlinge Jahr für Jahr Summen in die Heimat, welche höher liegen als deren Bruttoerzeugnis. Insofern müsste die Europäische Union gewaltige Summen bereitstellen, um die Lebensverhältnisse in Moldawien zu verbessern, obwohl dort hin bereits jetzt schon die höchsten Pro-Kopf-Fördergelder aus dem EU-Nachbarschaftsprogramm gehen.

13

Ethnien mit unterschiedlichen politischen Präferenzen leben auf einer Fläche von nur 350 mal 150 Kilometern und sorgen für massive Spannungen in der Bevölkerung

Und zum Sechsten spricht auch gegen eine EU-Mitgliedschaft Moldawiens, dass es eine Hochburg der Organisierten Kriminalität beziehungsweise des Organ-

und Frauenhandels ist. Mafiöse Gruppierungen locken gesunde, aber mittellose Moldauer in die Türkei, wo man diesen dann eine Niere entnimmt. Andere Banden wiederum „importieren“ Mädchen aus Rumänien oder der Ukraine und verschachern die „Ware“ anschließend zur sexuellen Ausbeutung in den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Pakistan, Russland oder Westeuropa. Wobei die Strafverfolgungsbehörden bei beiden Verbrechensarten reichlich machtlos erscheinen.

Trotz alledem wurde Moldawien aber am 23. Juni 2022 genau wie der Ukraine der Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt. W.K.

Draghi, die Italiener und die Europäer

Das Entsetzen und die Empörung in Brüssel, Paris und Berlin über den Sturz der italienischen Regierung wirft die Frage auf, mit welchem Recht souveränen Nationen von außen vorgeschrieben werden soll, wer sie regiert

VON EBERHARD STRAUB

Das Ideal der radikalen Demokraten, der Jakobiner während der Französischen Revolution, war das Ende der Politik sowie der Parteien und Interessengruppen. Wo es noch politische Konkurrenz gäbe, müssten wahrhafte und wehrhafte Demokraten sehr genau aufpassen. Denn diese widerspreche dem nationalen Willen, hervorgerufen von der vereinheitlichten Willensgemeinschaft freier und doch einander gleicher Bürger. In dieser Tradition steht die Hoffnung, dass aus Fachleuten und Experten gebildete Regierungen besser geeignet sind, Probleme zu lösen als Parteipolitiker, die sich überall ein bisschen auskennen und nirgendwo gründlich Bescheid wissen.

In Italien wird eine solche Regierung *governo tecnico* genannt. Dort scheiterte soeben mit Mario Draghis Kabinett der nationalen Einheit der vierte, wie gewohnt bald aussichtslose, Versuch, die irrationale politische Betriebsamkeit des „Fortwurstelns“ dem reinen Sachverstand unterzuordnen. Die auf diese Art erwünschte Entpolitisierung der Politik beruhte stets auf Illusionen, weil es die Experten mit ihrer durch nichts getrüben Sachlichkeit gar nicht gibt. Mario Draghi wurde nicht verraten, und von finsternen Intriganten und Egoisten um sein Amt gebracht. Der angeblich unparteiische Praktiker stolperte über seine eigenen Füße und verhedderte sich in den gegebenen Verhältnissen, die mächtiger sind als Ordnungsphantasien von Managern, die meinen, die Welt sei ein großer Betrieb, in dem es nur auf jene ankomme, die im Vorstand Diskussionen abbrechen und die Richtung bestimmen können.

Ein Technokrat, kein Politiker

Mario Draghi, früher Präsident der Banca d'Italia und danach der Europäischen Zentralbank, war als solcher selbstverständlich politisch umstritten und musste in stürmischen Zeiten, etwa 2011 während der Euro-Krise, darauf achten, möglichst nicht Schiffbruch zu erleiden, weil mit möglichen Verlierern im Einverständnis. Diese Institutionen und deren Führer sind längst dazu verpflichtet, politischen Wünschen zu genügen, zu laviieren und zu finassieren, immer das Große und Ganze im Blick, wie es sich Minister in Rom und Kommissare in Brüssel vorstellen.

Ein solcher Bankier kann gar nicht als politische Unschuld auftreten. Selbstverständlich gehörte der parteilose, aber deshalb keineswegs unparteiische, Mario Draghi zur politischen Klasse Italiens und der EU. Er behauptete sich in ihr mit virtuoser Schlaueit, die jeden ehrgeizigen Italiener auszeichnet und in Brüssel notwendig ist, um als „überzeugter Europäer“ zu gelten. Außerdem regierte er nicht mit Spezialisten, sondern scharte um sich als Ministerpräsident Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der „Fratelli d'Italia“, die sich einer Zusammenarbeit verweigerten. Er musste sehen, wie sich seine und deren verschiedene Interessen miteinander vereinbaren ließen.

Eine Regierung des neutralen Sachverständigen ist unter solchen Voraussetzungen gar nicht möglich, sondern nur ein Wunschtraum. Das verhielt sich früher bei Lamberto Dini, Mario Monti oder Giuseppe Conte nicht anders. Ihre Berufung zum Ministerpräsidenten verdankten diese Wirtschaftswissenschaftler, Bankiers oder Juristen mit guten Beziehungen in die ausschlaggebenden Kreise jeweils dem Staatspräsidenten und nicht dem Parlament. Die italienischen Staatspräsidenten kommen aus Parteien, von denen sie geprägt wurden und auf die sie Einfluss nehmen.

In Italien gehören sie seit dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems 1994 einer linken Mitte an, einer diffusen Bewegung,



Favorit der EU-Eliten, im eigenen Land jedoch ohne Mehrheit: Der frühere EZB-Präsident und ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Draghi

Foto: pa

die in immer neuen Gruppierungen ehemals linke Christdemokraten und Kommunisten, die gelernt hatten, nicht weiter an verlorenen Illusionen zu hängen, vereint und vor allem von ihrem energischen Antifaschismus, dem entschlossenen „Kampf gegen rechts“ zusammengehalten werden. Wobei als „faschistisch“ und „rechts“ schnell jeder gilt, der nicht mit dem Staatspräsidenten und dessen Gesinnungsgenossen übereinstimmt.

Das ist keine subtile Unterscheidung, aber eine sehr wirksame. Sie erlaubt es dem Staatspräsidenten, mit allerlei Kunstgriffen das Parlament dahin zu bringen, keiner „falschen“ Regierung eine Mehrheit zu verschaffen, die Zusammensetzung der Koalitionen und Kabinette zu verändern oder es mehr oder weniger energisch dazu zu überreden, sein Vertrauen in ein *governo tecnico* zu bestätigen.

Der Absolutismus der Präsidenten

Auf diese Art beweist ein gar nicht besonders aufgeklärter Absolutismus seine Überlegenheit, weil die Parlamentarier, beschäftigt mit ihren Intrigen und Eitelkeiten, angeblich unfähig sind, verantwortungsbewusste Regierungen zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Klage über die egoistischen Volksvertreter, die nur an sich, ihre Partei und nicht an das Volk denken, wird oft genug von Staatspräsidenten angestimmt, die nie in ihr Amt gewählt worden wären, wenn sie sich nicht sehr geschickt in den parteipolitischen Spielen verhalten hätten.

Solche Schuldzuweisungen erhob auch Mario Draghi, weil sich nicht alle Parteien zuletzt seiner dringenden Forderung fügten, in ihm den Repräsentanten der nationalen Einheit und praktischen Vernunft anzuerkennen. Das hatten ihm die Parlamentarier schon im Januar zu verstehen gegeben, als sie ihn nicht zum Staatspräsidenten wählten. Enttäuscht darüber, nicht als Bester begriffen zu werden, der geeignet ist, als leidenschaftlicher Europäer Italien in eine schönere Zukunft zu führen, verlor er die Lust, sich weiter die Lasten des Regierens aufzuhalsen. Auch das gehört zum Absolutismus der Staatspräsidenten und unpolitischen Experten, die behaupten, „der Staat bin ich“, und damit das

parlamentarische System für viele Italiener immer fragwürdiger machen.

Anhänger des „Supermario“ in der italienischen und europäischen „Qualitätspresse“ beschwören, wie schon beim Scheitern anderer Expertenregierungen, die unvermeidliche Unordnung, die Unregierbarkeit Italiens, den zu erwartenden Wahlsieg „der Rechten“, also das vollständige Chaos, in das auch die EU und der Euro hineingerissen würden. Solche Bilder haben jedoch ihren Schrecken verloren und werden Italiener kaum dazu veranlassen, mit ihrer Stimme den drohenden Untergang des Abendlandes aufzuhalten.

Seit Jahren sinkt die Bereitschaft der Italiener, sich an Wahlen zu beteiligen. Sie vertrauen dem System nicht, das seit seiner fundamentalen Krise 1994 nur vorübergehend – unter Silvio Berlusconi – zu einer gewissen Stabilität gefunden hatte. Gerade diesen erfolgreichen Politiker bekämpften in Italien und Europa sämtliche freie Geister, die sich irgendwie links fühlen und an weltoffenen, lässigen und authentischen Lebensformen basteln, wie sie unseren „Werten“ entsprechen. Aus einer Rechtsgemeinschaft wurde die EU allmählich zu einer „Wertegemeinschaft“, die sich nach und nach dazu ermächtigte, wegen ihrer „westlichen Werte“ in die inneren Verhältnisse der Mitgliedstaaten einzugreifen.

Europäische „Werte“ vor nationaler Souveränität

Das geschah zum ersten Mal, ohne jede Scheu, im Jahr 2000. Damals wählten die Österreicher „falsch“. Die ÖVP bildete zusammen mit der FPÖ eine Regierung, die „unseren Werten“ widersprach, wie es sogleich in Berlin, Brüssel und Paris hieß. Die FPÖ, die sich auf schwarz-rot-goldene und nationalliberale Traditionen von 1848 beruft, wurde sofort als „nazistisch“, „faschistisch“ und „rechts“ für unwählbar erklärt, obgleich die SPÖ zuvor mit dieser Partei, die vermeintlich in jedem wahrhaften Demokraten nur Abscheu und Empörung wachrufen müsse, selbst bereits paktiert hatte. Unter der Anleitung der aufgeregten Deutschen verhängten die Staaten der EU in tiefer Sorge um Europa

Sanktionen gegen das ach so gewissenlose Österreich, genauer gegen die Österreicher, die nicht in Berlin oder Brüssel fragten, wen sie wählen dürfen. Doch die Österreicher ließen sich nicht von der Wut „wehrhafter Demokraten“ beeindruckten. Die EU musste die Sanktionen zurücknehmen. Die gemeingefährliche Koalition hatte sechs Jahre Bestand und brachte die EU weder um ihre „Werte“ noch zu Fall.

Italiener reagierten allerdings nie so trotzig-selbstbewusst, wenn vor allem die großen Kenner ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Verfassung in Berlin, Paris und Brüssel auf alle möglichen Reformen drangen, damit sie endlich so effizient wie die Germanen würden. Viel Rücksicht auf die italienische Souveränität nahmen diese Erzieher zur europäischen Einheit nicht. Bereitwillig unterstützt von den italienischen *bourgeois-bohemiens*, die ihre „linke“ und „europäische“ Lebensweise bedroht sahen, wollten sie den „rechten“ Berlusconi weghaben.

Im Jahre 2011, während der Währungskrise und anderer heftiger Irritationen, war es so weit: Vor allem Franzosen und Deutsche, die Experten für Italien, betrieben in Übereinstimmung mit Brüsseler Spitzen den Sturz Berlusconis, unterstützt vom damaligen Staatspräsidenten und allen möglichen Europäern, unter ihnen auch Mario Draghi. Sie konnten im November mit Mario Monti, dem Wirtschaftswissenschaftler und guten Freund einflussreicher Bankiers, einem Experten die Regierung in Rom übertragen.

Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero staunte damals, mit welcher Gleichgültigkeit die Souveränität und die Selbstbestimmung der Italiener von „Europäern“ aus Brüssel beiseitegeschoben wurde, die sich als „Motor“ oder Hegemon der EU aufführten. Ein Hegemon, der nur das Beste für seine Mitglieder will, deren Parlamentarier als parteipolitische Intriganten nicht europäisch zu denken vermögen und deshalb „europäisiert“ werden müssen. Ganz unverhohlen gaben diese „wertebewussten“ Europäer zu erkennen, dazu verpflichtet zu sein, „rechte“ Parteien und Politiker möglichst zu isolieren.

Ja zur Vereinigung, nein zur Einheitlichkeit

Ein *governo tecnico* soll in Übereinstimmung mit der „europäischen Wertegemeinschaft“, wie sie in Brüssel verstanden wird, auch dieser Aufgabe gründliche Aufmerksamkeit zuwenden, ob unter Mario Montis oder später unter Giuseppe Contes und anschließend Mario Draghis Führung. Demokratisch gar nicht legitimierte Kommissare und ihre „europäische“ Gefolgschaft bekämpfen, wie einst die Jakobiner, Parteilichkeit und Föderalismus als Verirrung, und greifen immer häufiger zu erzieherischen Maßnahmen, um ihre Meinungsführerschaft und politische Vorherrschaft zu erhalten. Diese verwechseln sie mit praktischer Vernunft und Sachlichkeit, der sich alle Mitglieder angleichen sollen.

Der jakobinische Wohlfahrtsausschuss glaubte einst, erst dann sein Ziel erreicht zu haben, wenn endlich alles eins und einheitlich geworden ist. Das erwies sich damals als schrecklicher Irrweg. Gerade Italiener, aufgrund ihrer Geschichte die Europäer schlechthin, könnten die Europäische Kommission als neuen Wohlfahrtsausschuss an die alteuropäische, klassische Devise erinnern: *Viribus unitis* – den *vereinigten* und nicht *vereinheitlichten* Kräften zu vertrauen.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören unter anderem „Zur Tyrannei der Werte“ (2010), „Wagner und Verdi. Zwei Europäer im 19. Jahrhundert“ (2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils bei Klett-Cotta).
www.eberhard-straub.de

Demokratisch gar nicht legitimierte Kommissare und ihre „europäische“ Gefolgschaft bekämpfen, wie einst die Jakobiner, Parteilichkeit und Föderalismus als Verirrung, und greifen immer häufiger zu erzieherischen Maßnahmen, um ihre Meinungsführerschaft und politische Vorherrschaft zu erhalten

● MELDUNGEN

Mietern droht Überlastung

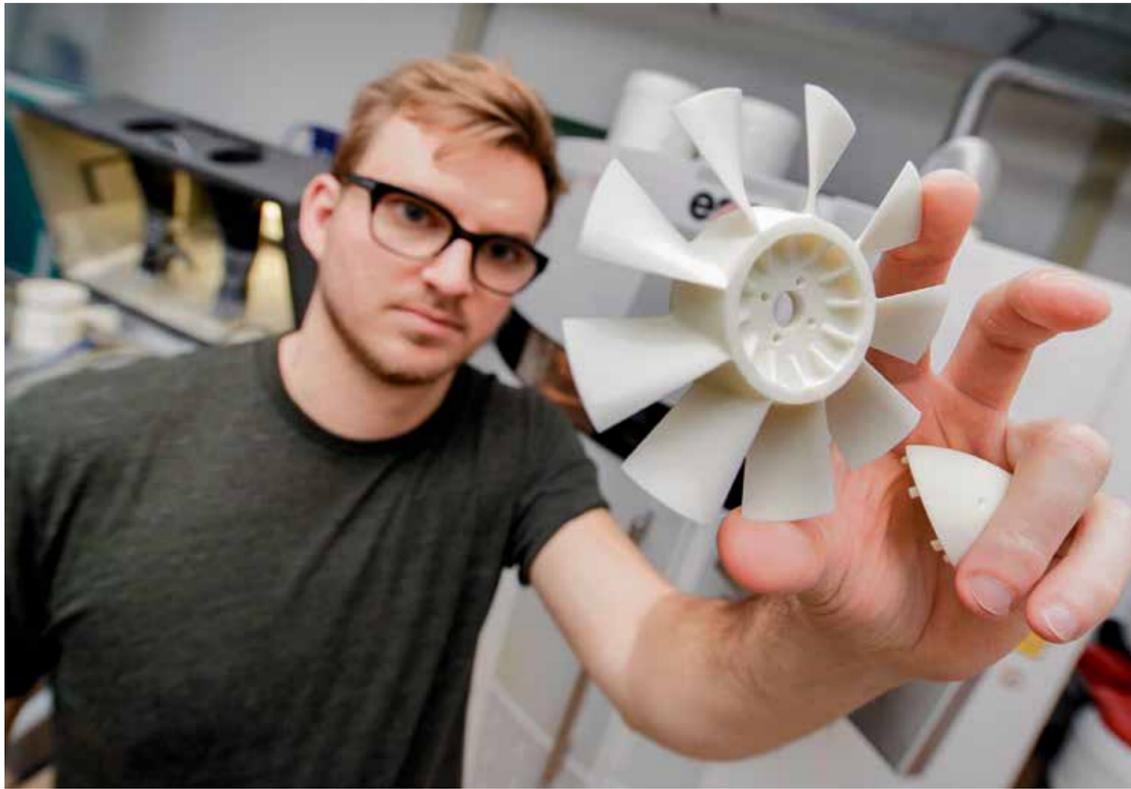
Berlin – Lars von Lackum, der Vorstandsvorsitzender der LEG-Immobilien-Gruppe, geht von enormen Belastungen für Mieter durch drastisch steigende Nebenkosten für Heizung und Warmwasser aus. Gegenüber dem „Handelsblatt“ sagte der Chef von Deutschlands zweitgrößtem privaten Immobilienkonzern, er rechne damit, dass ein Fünftel aller Mieter die Energiepreise finanziell nicht mehr alleine in den Griff bekommt. Auf die LEG-Mieter könnte laut dem Immobilienmanager im nächsten Jahr in der Nebenkostenabrechnung eine zusätzliche Belastung im Umfang von „ein bis zwei Monatsmieten“ zukommen. Von der Politik forderte von Lackum strengere Regeln, damit die Heiztemperaturen noch stärker abgesenkt werden können als bislang: „Ich glaube, dass in der derzeitigen Kriegssituation der Bevölkerung in Deutschland klargemacht werden muss, dass jetzt Verzicht angesagt ist.“ N.H.

Mikroben auf Schutzmasken

Osaka – Der Gebrauch der Mund-Nase-Masken zur Verhinderung von Corona-Infektionen geht ganz offensichtlich mit ernsthaften gesundheitlichen Risiken einher. Dies ist das Fazit eines Artikels von sieben Wissenschaftlern des Department of Microbiology der Kindai University Faculty of Medicine in Osaka unter der Leitung von Ah-Mee Park, welcher am 18. Juli im Fachblatt „Scientific Reports“ erschien. Die Forscher hatten getragene Corona-Schutzmasken von 109 Probanden aus der Normalbevölkerung analysiert und sowohl auf den Außen- als auch den Innenseiten 1600 verschiedene Bakterienarten sowie zahlreiche Pilzkolonien gefunden. Viele der Mikroorganismen sind dabei zweifelsfrei gesundheitsschädlich. Das gilt beispielsweise für den Bacillus cereus, der Durchfall und Erbrechen auslösen kann, und den Bacillus staphylococcus saprophyticus, einen Verursacher von Harnwegsinfektionen, sowie den pathogenen Schimmelpilz Aspergillus. W.K.

Ausgebrannte Journalisten

Frankfurt am Main – Die gewerkschaftsnahe Otto-Brenner-Stiftung hat eine Studie veröffentlicht, welche den Titel „Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg“ trägt und ernüchternde Aussagen zur Attraktivität des Journalistenberufs in Deutschland enthält: 60 Prozent der befragten Medienvertreter erwägen des öfteren, ihren Job hinzuwerfen, und 84 Prozent beklagen das gesunkene Ansehen der schreibenden Zunft. Darüber hinaus waren 48 Prozent der Studienteilnehmer der Meinung, dass die Qualität der journalistischen Arbeit insgesamt nachgelassen habe. Als Ursachen für den „kollektiven Burnout“ nannten die Befragten vor allem den digitalen Wandel, die ökonomische Krise in der Branche, welche zu Personaleinsparungen führe, den allgemeinen Vertrauensverlust der Bevölkerung, was die Arbeit der Medien hierzulande betreffe, sowie mangelnden Rückhalt durch den Arbeitgeber. W.K.



Zu wenig gegen Spionage geschützt: Deutsche Forschung wie hier im 3D-Testzentrum an der TU Berlin

Foto: pa

WISSENSCHAFT

Kooperation mit Hackern

Universitäten lassen sich offen von chinesischen Einrichtungen ausspionieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Deutsche Hochschulen werden regelmäßig Opfer von Cyberangriffen, deren Ziel darin besteht, sensible Daten oder wertvolle Forschungsergebnisse zu stehlen. Denn bei den Bildungseinrichtungen handelt es sich um ausgesprochen weiche Ziele: Ihre IT-Systeme sind veraltet, viel zu komplex, unzähligen Nutzern zugänglich und nicht hinreichend gegen unbefugte Eingriffe gesichert, weil qualifiziertes Personal und finanzielle Mittel für die erforderliche Hard- oder Software fehlen. Oftmals dienen dabei Studentenwohnheime als Einfallstor, weil diese in aller Regel Verbindungen zum Hochschulnetz besitzen.

In letzter Zeit traf es unter anderem die Technische Universität (TU) und die Hochschule für Technik und Wirtschaft

(HTW) in Berlin. Im Falle der TU steckte offensichtlich eine Aktion der russischen Hackergruppe Conti dahinter. Die Behebung von deren Folgen dauerte Wochen und kostete 400.000 Euro.

Hackerangriffe aufgedeckt

In anderen Fällen sitzen die Hacker jedoch in China – und zwar an den dortigen Universitäten. Um Zeit und Geld für eigene Forschungen zu sparen, kooperieren die Hochschulen im Reich der Mitte mit Hackergruppen, die versuchen, an die noch nicht publizierten Erkenntnisse von Wissenschaftlern in Deutschland oder anderswo heranzukommen. Diese Hacker sind keine Kriminellen, sondern betreiben im Dienste des Staates beziehungsweise der Volksbefreiungsarmee Spionage.

Der Analyst Dakota Cary vom Center for Security and Emerging Technology (CSET) der Edmund A. Walsh School of

Foreign Service (SFS) an der privaten Georgetown University im Nordwesten der US-Bundeshauptstadt Washington legte vor einiger Zeit eine aufschlussreiche Studie mit dem Titel „Academics, AI, and APTs“ vor.

Darin listete er sechs chinesische Unis auf, an denen solche Hackergruppen nachweislich aktiv sind. Hierbei handelt es sich um die Hainan University (HNU) in Haikou, die Southeast University (SEU) in Nanjing, die Jiaotong-Universität Shanghai (SJTU), die Xidian University (XU) in Xi'an, die Zhejiang-Universität (ZJU) in Hangzhou und das Harbin Institute of Technology (HIT) in der gleichnamigen Stadt in der Mandchurei. Die HNU beherbergt Hacker, die unter dem Codenamen APT40 operieren, während sich an der SEU die Gruppe Deep Panda tummelt. Die XU wiederum dient als Basis für die APT3, und die APT1 ist gleich an

drei Universitäten präsent, nämlich der SJTU, der ZJU und dem HIT.

Nach dem Erscheinen des CSET-Berichtes glied das Essener Recherchezentrum Correctiv die Liste von Cary mit den Angaben der deutschen Hochschulrektorenkonferenz über Forschungsk Kooperationen zwischen den hiesigen Universitäten und chinesischen Einrichtungen ab und wurde tatsächlich vielfach fündig. Dabei stachen drei Hochschulen besonders hervor:

Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen, die TU Berlin und die TU München – alles sogenannte „Exzellenzuniversitäten“, welche besondere Zierden des Wissenschaftsstandortes Deutschland sein sollen. Die Aachener kooperieren in vier Fällen mit den von Cary genannten chinesischen Hochschulen und die Berliner und Münchener in jeweils drei Fällen.

Recherchezentrum wurde fündig

Desinteressiert reagierten die Universitäten auf die Konfrontation mit den Erkenntnissen von Correctiv und Cary: So teilte die RWTH-Leitung nonchalant mit, ihr sei durchaus bewusst, dass die chinesischen Partnerhochschulen Hackergruppen naheständen. Und es habe auch bereits Cyberangriffe gegeben, ohne dass diese aber konkreten Akteuren zugeordnet werden konnten.

Die TU Berlin gab sich gleichermaßen gelassen: Man verzichte auf eine Kontrolle der Kooperation von „Forschenden ...“, solange es nicht um Kontexte geht, die von der Zivilklausel oder BAFA-relevanten Sanktionen betroffen sind“. Im ersten Falle waren die Selbstverpflichtungen von wissenschaftlichen Einrichtungen gemeint, ausschließlich an zivilen Projekten zu arbeiten, und im anderen Falle die Exportverbote für militärisch nutzbare Güter, deren Einhaltung das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) überwacht.

Ignoranz der Hochschulen

Angesichts dieser Ignoranz der Hochschulen müsste eigentlich der Verfassungsschutz einschreiten, welchem die Spionageabwehr im Inland obliegt. Dem steht allerdings im Wege, dass die deutschen Universitäten nicht verpflichtet sind, einen gesetzlichen Mindeststandard bei der IT-Sicherheit einzuhalten – auch wenn sie zu hochsensiblen Themen forschen. Ebenso besitzt das Bundesamt für Informationssicherheit (BSI) hier keinerlei Zuständigkeit, denn die liegt bei den Ländern.

AMPELKOALITION

Wendemanöver grüner Spitzenpolitiker

Neben Annalena Baerbock und Robert Habeck brüskieren weitere Vertreter der Partei ihre Basis

Noch nicht einmal ein ganzes Jahr als Teil der Ampelkoalition im Bund mitregierend, haben Spitzenpolitiker der Grünen ihrer Parteibasis in den letzten Monaten schon einiges zugemutet. Noch vergangenen Sommer haben die Grünen im Bundestagswahlkampf etwa Plakate mit der Aussage „Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete“ aufgehängt.

In der Bundesregierung sind es vor allem die Grünen-Politiker Annalena Baerbock und Robert Habeck, die stark auf Waffenlieferungen in die Ukraine drängen. Auch Habecks Aussage, im Zweifel sei Versorgungssicherheit wichtiger als der Klimaschutz, kommt für Teile seiner Partei einem Tabubruch gleich. Mit der nun geführten Diskussion um einen zeitweisen Weiterbetrieb der drei letzten deutschen Kernkraftwerke könnte die Führungsriege der Grünen innerparteilich allerdings den Bogen überspannt haben.

Bereits in der ARD-Talkshow „Anne Will“ hatte die Grünen-Bundesvorsitzende

Ricarda Lang am 17. Juli angedeutet, dass sie eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken offenbar nicht mehr kategorisch ausschließt.

Eine Woche später legte die Grünen-Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt nach. Ebenfalls bei „Anne Will“ erklärte sie: „Wenn es dazu kommt, dass wir eine wirkliche Notsituation haben, dass Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können, wenn eine solche Notsituation eintritt, dann müssen wir darüber reden, was mit den Brennstäben ist.“ Ende Juli erklärte Katrin Habenschaden (Grüne), die Zweite Bürgermeisterin der bayerischen Landeshauptstadt: „Sollte der Stresstest des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben, dass München ein Engpass bei der Stromversorgung droht, darf ein Streckbetrieb von Isar 2 kein Tabu sein.“

Die neuen Töne in Sachen Strom aus Kernkraftwerken stoßen innerhalb der Partei zum Teil auf heftigen Widerspruch. Besonders scharf distanzierte sich der frü-

here Umweltminister Jürgen Trittin. Zu den Überlegungen der Münchner Grünen, notfalls Isar 2 länger am Netz zu halten, sagte Trittin gegenüber dem „Spiegel“: „Was sie dazu motiviert hat, müssen Sie die fragen.“

„... dann müssen wir darüber reden, was mit den Brennstäben ist“

Katrin Göring-Eckardt
Bundestagsvizepräsidentin

Auch Bundesumweltministerin Steffi Lemke stellte klar, sie sehe bei den für Jahresende geplanten AKW-Abschaltungen

ebenfalls „keinen Anlass für eine neue Bewertung der Situation“. In Niedersachsen sind die Grünen ebenfalls nicht bereit, den allerneuesten Kurswechsel ihrer Partei mitzumachen. Julia Willie Hamburg, Grünen-Spitzenkandidatin, sagte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, Atomkraft sei hochgradig gefährlich.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtet, wollen Atomkraftgegner bei den Grünen sogar einen Sonderparteitag durchsetzen, falls Wirtschaftsminister Habeck tatsächlich einen sogenannten Streckbetrieb der verbleibenden Atomkraftwerke anstreben. Aus Sicht der Parteiführung ist die Kritik aus dem niedersächsischen Landesverband besonders brisant. In Niedersachsen stehen im Oktober nämlich Landtagswahlen an.

Präsentiert sich die Partei den Wählern in Niedersachsen in den kommenden Monaten gespalten und zerstritten, kann dies den bisherigen Aufwärtstrend der Grünen abrupt abreißen lassen. Norman Hanert

EXTREMISMUS

Die Prioritäten einer Senatorin

Berlins Justizsenatorin Kreck (Linkspartei) gibt Einblick in ihr hoch ideologisches Rechtsverständnis

VON NORMAN HANERT

Seit Monaten sorgen sogenannte Klimaaktivisten mit Sitzblockaden für Verkehrschaos in Berlin. Nachdem die Opposition im Abgeordnetenhaus kritisiert hatte, dass es trotz einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren noch immer keine Anklagen, geschweige denn Verurteilungen gibt, hatte sich Berlins Justizsenatorin Lena Kreck (Linkspartei) unlängst vehement gegen eine Einmischung in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden ausgesprochen. „Wir leben in einem Rechtsstaat mit einer Gewaltenteilung, da haben politische Einflussnahmen auf Richter und Strafverfolgungsbehörden nichts verloren.“

Deutlich weniger Zurückhaltung hat Berlins Justizsenatorin gezeigt, als es kürzlich um Vorwürfe gegen Sicherheitsleute ging, die beim „Christopher Street Day“ eingesetzt waren. Auf der „größten queeren Demonstration der Hauptstadt“ soll bei zwei Wagen des Umzugs Sicherheitspersonal mit angeblichen NS-Tätowierungen eingesetzt worden sein.

Messen mit zweierlei Maß

Lokale Zeitungen berichteten, Besucher des „Christopher Street Day“ hätten bei mindestens zwei der eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter das Symbol der „Schwarzen Sonne“ als Körpertätowierung gesehen. Bei der „Schwarzen Sonne“, mitunter auch Sonnenrad genannt, handelt es sich um ein Symbol, das aus drei übereinandergelegten Hakenkreuzen, beziehungsweise zwölf in Ringform gefassten gespiegelten Siegrunen besteht. Die Schwulenberatung Berlin und der Verein „Bunte Vielfalt e.V.“, die Betreiber der zwei betroffenen Wagen, zeigten sich nach Bekanntwerden der Vorwürfe schockiert und verlangen Aufklärung von den beauftragten Sicherheitsfirmen.

Zu Wort meldete sich auch Kreck. Sie drängte bei der Schwulenberatung darauf, „dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden“. Kreck, Inhaberin eines Dreifach-Ressorts, hat sich in diesem Fall vermutlich in ihrer Eigenschaft als Senatorin für Vielfalt und Antidiskriminierung zu Wort gemeldet. Allerdings hat sie auch als Justizsenatorin mehr Einflussmöglichkeiten, als ihre Äußerungen zur Unabhängigkeit der Justiz bei den lang andauernden Ermittlungsverfahren gegen die straßen-



Nachsicht mit Klimaextremisten: Berlins Justizsenatorin Lena Kreck (Linkspartei)

Foto: pa

blockierenden Klimaextremisten suggerieren. Tatsächlich kennt das deutsche Strafprozessrecht gar keine „Unabhängigkeit der Justiz“, sondern es sieht eine Unabhängigkeit der Richter vor. Die Weisungsmöglichkeiten der Politik auf die Strafverfolgungsbehörden ist in Deutschland sogar so groß, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Mai 2019 zu dem Schluss kam, den deutschen Staatsanwälten fehle die notwendige Unabhängigkeit, um einen Europäischen Haftbefehl auszustellen. In ihrer Begründung bemängelten die Richter in Luxemburg ganz direkt das Weisungsrecht der deutschen Justizminister und -senatoren in Einzelfällen. Die Bundesregierung kündigte daraufhin eine Lösung an, die konform mit dem EU-Recht geht. Dessen ungeachtet sind der Politik verschiedene Möglichkeiten geblieben, generelle Akzente bei der Strafverfolgung zu setzen.

Als damaliger Bundesjustizminister regte beispielsweise der SPD-Politiker

Heiko Maas im Jahr 2016 bei seinen Länderkollegen die Bildung von Staatsanwaltschaften an, die sich gezielt mit rechtsextremem Gewaltkriminalität beschäftigen sollen. Gebrauch machen können die Justizminister und -senatoren auch von einer Berichtspflicht. Als es in den Jahren nach der friedlichen Revolution in Brandenburg beispielsweise zu immer mehr fremdenfeindlicher Gewalt kam, wurde den Staatsanwälten per Ministererlass zeitweise eine Berichtspflicht für solche Fälle auferlegt.

„Schwarze Sonne“ nicht verboten

Effekt einer solchen Regelung kann es durchaus sein, dass Staatsanwälte im Zweifelsfall eher zögern, Ermittlungsverfahren unter Hinweis auf ein mangelndes öffentliches Interesse oder wegen Geringfügigkeit einzustellen oder auf die lange Bank zu schieben. Nicht zuletzt kann die Politik auch versuchen, bereits durch die personelle Auswahl an der Spitze der

Strafverfolgungsbehörde Akzente zu setzen. Berlins derzeitige Chefanklägerin Margarete Koppers wurde beispielsweise im Jahr 2017 noch durch den damaligen grünen Justizsenator Dirk Behrendt dem seinerzeitigen rot-rot-grünen Senat vorgeschlagen. In der Berichterstattung, ob „Süddeutsche Zeitung“, „Focus“, „Berliner Zeitung“ oder „taz“, findet sich dann auch immer wieder der Hinweis, Berlins Generalstaatsanwältin stehe „den Grünen nahe“.

Im Fall der Tätowierungen auf dem diesjährigen „Christopher Street Day“ dürften die Möglichkeiten von Behrends Nachfolgerin zumindest als Justizsenatorin recht begrenzt sein. Wie Kreck als Volljuristin vermutlich selbst weiß oder durch Recherche schnell in Erfahrung bringen kann, ist das Zeigen des Symbols „Schwarze Sonne“ hierzulande nämlich bislang keine Straftat, wie bereits eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Linkspartei ergeben hatte.

WOHNUNGSMARKT

Enteignungs-Initiative wird Täuschung vorgeworfen

Halbierung der Miete? „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ soll falsche Versprechen gemacht haben

Bei einem Volksentscheid am 26. September 2021 in Berlin sprachen sich 59,1 Prozent bei einer Beteiligung von 75,0 Prozent für die Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen aus. CDU, AfD und FDP erheben nun schwere Vorwürfe gegen die Initiatoren von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Es ist von einer Täuschung durch die Initiative die Rede.

Die Initiative für Enteignungen warb mit möglichen Mietminderungen für alle, heißt es da. Rouzbeh Taheri von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ zeigt sich empört. Die Aussage, dass Mieten durch Enteignung nicht flächendeckend sinken, „haben wir getroffen und mehrfach dokumentiert“, beklagt sich der Sprecher. In des wird sogar noch heute auf der Netzseite von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ der Eindruck erweckt, dass die

Miete bei enteigneten Wohnungen auf bis zu 3,70 Euro pro Quadratmeter „im Schnitt“ sinken könnte. In Berlin liegt die durchschnittliche Miete im Bestand der Deutsche Wohnen bei 7,28 Euro pro Quadratmeter. Die Initiative stellt Durchschnittsmietern also eine Halbierung ihrer Miete in Aussicht.

In einer Werbebroschüre ist zu lesen: „Die Anstalt senkt die Mieten, sorgt für gute Instandhaltung...“ Davon will Taheri heute aber nichts mehr wissen. Er sprach in der Sitzung der Enteignungskommission nur noch von einem Mietenstopp. Dirk Stettner von der CDU-Fraktion: „Was auf einer Lüge basiert, kann zu keinem Erfolg führen.“ Frank Hansel von der AfD, früher selbst in der Bauwirtschaft tätig, ergänzt: „Abgesehen davon, dass die Aktivisten der Initiative offenbar verspra-

chen, dass nach einer Enteignung alle Mieten sinken würden oder nur einen entsprechenden Eindruck erwecken, scheint die Abstimmung nur eine Momentaufnahme gewesen zu sein, denn neueste Umfragen weisen derweil 54 Prozent Enteignungsgegner aus. Es spricht sich eben herum, dass Enteignung keine einzige neue Wohnung schafft.“

Nur Minderheit für Verstaatlichung

Niklas Schenker, wohnungspolitischer Sprecher der Linkspartei, bezeichnete die Angriffe von CDU und FDP dagegen als „billigen Versuch, davon abzulenken, dass beide Parteien außer platten Neubau-Parolen nichts anzubieten haben... Entscheidend dafür ist, dass wir die Mieten in den 240.000 Wohnungen bezahlbar halten und überhöhte Mieten absenken“.

Derweil scheint die SPD auf Zeit zu spielen, da sie weiß, dass wohl spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht eine Enteignung wieder kassiert werden würde. Eine Ablehnung der Enteignung durch den Senat hätte aber vermutlich das Ausscheiden der Linkspartei aus dem Regierungsbündnis zur Folge. Den Meinungsumschwung mag „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ nicht zur Kenntnis nehmen. Sprecherin Gisèle Beckouche behauptete am 25. Juni in einer Erklärung: „Berlin ist für Enteignung.“ Der Journalist Henning Jauernig verweist dagegen auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey, laut der nur 23 Prozent der befragten Berliner Enteignungen für ein geeignetes Instrument halten, um die Situation der Mieter und Wohnungssucher zu verbessern. Frank Bücker

KOLUMNE

Ruhe im Karton

VON VERA LENGSELD

„Ruhe im Karton!“ war eine oft gehörte Aufforderung in meiner Kindheit, wenn wir die Nerven der Erwachsenen mit Fragen und Widerspruch zu sehr strapazierten. Eine moderne Variante davon hat jetzt Sozialsenatorin Katja Kipping auf ihrer letzten Pressekonferenz verkündet: Das „Verwaltungsbashing“ müsse aufhören. Es gäbe so viele hochmotivierte Mitarbeiter, die ihr Bestes gäben, aber einfach zu viel zu tun hätten. Man brauche mehr Leute.

Dabei hat Berlin pro Kopf deutlich mehr Verwaltungsangestellte als zum Beispiel Hamburg. Dafür muss ein Fahrschüler nach beendeter Ausbildung mindestens sechs Monate warten, bis er seine Prüfung ablegen kann. Bis dahin dürften ein paar zusätzliche Auffrischungsstunden nötig sein, um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Aus Pankow muss man nach Spandau fahren, um schneller einen neuen Ausweis zu bekommen, weil dort die Wartezeit auf einen Behördetermin kürzer ist. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Da die Politik die Mängel nicht abstellen kann oder will, soll wenigstens nicht mehr darüber gesprochen werden dürfen.

Bei dieser Pressekonferenz kam aber noch ein interessantes Detail zu Tage: Berlin gehörte zu den Städten und Gemeinden, die sich mit dem Slogan: „Wir haben Platz“ für die Aufnahme von noch mehr Migranten, Flüchtlinge genannt, stark gemacht haben. Kipping musste eingestehen, dass die Stadt an die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit gelangt ist. Weil andere Bundesländer sich aus dem solidarischen Verteilungssystem zurückgezogen hätten, müssten in Berlin mehr geflüchtete Menschen untergebracht werden, als es das bundesweite Verteilungssystem EASY vorsieht. Deshalb muss Berlin angesichts der knappen Unterkunftsituation den Notfallplan aktivieren. Was dieser Plan für die Berliner vorsieht, hat die Senatorin noch nicht verraten.

MELDUNG

Lederer will verstaatlichen

Berlin – Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) fordert die Enteignung von Energieunternehmen. Bei einer Senatspressekonferenz in Abwesenheit der an Corona erkrankten Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) erklärte er: „Wir müssen ja nicht auch noch die Rendite der Anteilseigner der Unternehmen mitbezahlen.“ Später sagte er: „Öffentliche Daseinsvorsorge gewinnt in Krisenzeiten einen anderen Stellenwert.“ Allerdings räumte Lederer ein, dies sei seine persönliche Haltung, nicht die des Senats. In dem Zusammenhang verwies er auf die Bundesregierung. Der Bundestag hatte kürzlich Maßnahmen bis hin zur Enteignung von Firmen im Falle eines Energie-Notstands beschlossen. Das Parlament verabschiedete mit den Stimmen der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP eine entsprechende Neufassung des Energiesicherungsgesetzes. F.B.

● MELDUNGEN

Engpässe durch EU-Verordnung

Brüssel – Eine im Mai 2017 in Kraft getretene Medizinprodukteverordnung der EU dürfte ab 2024 dafür sorgen, dass bei über 20.000 medizinischen Artikeln gravierende Versorgungsengpässe entstehen. Dann endet die Übergangsfrist, in der die Hersteller noch nicht verpflichtet sind, die aufwendige und teure Neulizensierung ihrer Produkte vornehmen zu lassen. Nach Schätzungen des Bundesverbandes Medizintechnologie würden die Kosten in jedem einzelnen Fall bei bis zu 500.000 Euro liegen. Deshalb steht zu erwarten, dass Medikamente, für die der Patentschutz ausgelaufen ist, und Nischenerzeugnisse für einen kleinen Anwenderkreis vom Markt verschwinden, weil sich das Zulassungsverfahren nicht lohnt. Gleichzeitig können aber Firmen aus den USA, die keine Neulizensierung ihrer Bestandsartikel nachweisen müssen, weiter in die EU exportieren, was auf eine Ungleichbehandlung und Marktverzerrung hinausläuft. W.K.

Vorwürfe gegen Offiziere

Kiew – In einem Video erheben ukrainisch sprechende Soldaten, die einer Brigade der ukrainischen Marineinfanterie angehören sollen, schwere Vorwürfe gegen Vorgesetzte. Demzufolge soll einer ihrer Kameraden, der Soldat Roman Stebo, von einigen Offizieren so stark verprügelt worden sein, dass er den erlittenen Verletzungen erlag. Damit der Tod des Soldaten nicht vertuscht werden kann oder in Vergessenheit gerät, verlangen die Soldaten in dem Video ein Maximum an Öffentlichkeit in dem Fall. In den Sozialen Medien haben russische Nutzer das Video vielfach als Beleg für eine Erschöpfung und eine wachsende Frustration ukrainischer Soldaten über die eigenen Befehlshaber gewertet. Angehörige dieser Marinebrigade hatten zu den letzten ukrainischen Verteidigern der Hafenstadt Mariupol gehört. N.H.

Lichter-Aus in Österreich

St. Pölten – Stephan Pernkopf, der erste Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich, hat sich für eine „Sperrstunde“ für unnötigen Strom- und Lichtverbrauch ausgesprochen. Geprüft werden könne laut dem ÖVP-Politiker, ob öffentliche Gebäude und Parkplätze in den gesamten Nachtstunden beleuchtet werden müssen. Auch bei Einkaufszentren samt Parkplätzen sowie Schaufenstern „wäre eine Lichtsperrstunde in Krisenzeiten zu überlegen“. Der niederösterreichische Gemeindebundpräsident Johannes Pressl schlug zudem vor, die Verkehrssicherheit zu prüfen, wenn bei Verbindungen im untergeordneten Straßennetz Laternen gedimmt oder abgeschaltet werden. Wegen der hohen Energiepreise haben Linz und Wiener Neustadt bereits im Juli die Beleuchtung bei Sehenswürdigkeiten und öffentlichen Gebäuden reduziert. Die Hauptstadt Wien entwickelt derzeit einen Energiesparplan, der auch das Abschalten der nächtlichen Beleuchtung für den Stephansdom beinhalten wird. N.H.

SYRIEN

Tod an der neuen Hagia Sophia

Eine mit russischer Hilfe erbaute syrische Kirche wurde Ziel eines IS-Terrorangriffs – Zwei Christen getötet

VON BODO BOST

Nachdem Russland im Syrienkrieg ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht hat, gibt man sich nach Beendigung der Kampfhandlungen als Barmherziger Samariter. So wurde mit russischer Hilfe im Ort Suqailabiyya in der Provinz Hama eine Kirche erbaut, die eine kleine Kopie der Hagia Sophia von Istanbul darstellen soll. Während der Eröffnungsfeierlichkeiten wurde die an der Frontlinie zur Terroristenhochburg Idlib gelegene Kirche jetzt Ziel eines Drohnenangriffs von Dschihadisten, bei dem zwei Christen getötet wurden.

Im Jahr 2020, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in einer demonstrativen Geste der Übermacht des Islams über das Christentum die einst größte Kirche der Christenheit, die Hagia Sophia von Konstantinopel, die zuletzt jahrzehntelang ein Museum war, wieder in eine Moschee verwandelte, erfolgte in Syrien von dem dortigen alawitischen

Staatschef Baschar al-Assad der Beschluss, wieder eine neue Hagia-Sophia-Kirche zu bauen. Nach nur zwei Jahren Bauzeit wurde eine kleine Nachbildung der Hagia Sophia fertiggestellt. Statt der vier charakteristischen Minaretttürme, die man in Istanbul nachträglich angebracht hatte, als man die Kirche in eine Moschee umweihete, prangt ein goldenes Kreuz auf der Kuppel der syrischen Variante. Im Vergleich zum monumentalen Istanbul Original sieht die Hagia Sophia von Suqailabiyya wie kaum mehr als eine bescheidene Kapelle aus.

An der Nahtstelle zum IS

Der Ort der neuen Hagia-Sophia-Kirche befindet sich in einer Region im Nordwesten Syriens, in der es einige der wenigen mehrheitlich christlichen Städte im überwiegend islamischen Syrien gibt. Die beiden christlichen Städte Suqailabiyya und Maharda im Norden von Hama hatten zwar zunächst den Aufstand gegen den Präsidenten Assad 2011 unterstützt, aber als dieser Aufstand immer mehr von radi-

kalen Moslems unterwandert wurde und zu einem Glaubenskrieg umfunktioniert wurde, waren viele Christen zu Assad zurückgekommen. In der Folge wurden Christen Opfer der Dschihadisten und der Terrorgruppe Islamischer Staat.

Als Russland ab 2015 an der Seite Assads in den Konflikt gegen die Rebellen in Syrien eintrat, bildete sich in Suqailabiyya eine christliche Miliz unter dem Oberkommando von Nabeel al-Abdullah, die sich als Verbündete von Russland und Assad an der Niederwerfung des islamischen Aufstandes beteiligte. Die Armee Assads konnte zwar mit russischer Hilfe große Teile des Landes und die zweitgrößte Stadt Aleppo zurückgewinnen, aber Dschihadisten aus ganz Syrien machten die Provinz Idlib an der Grenze zur Türkei zu ihrem Zentrum, in das sie sich mit türkischer Hilfe zurückzogen.

Die Front zu dieser Dschihadisten-Provinz, die weiterhin von der Türkei unterstützt wird, befindet sich nur wenige Kilometer nördlich von Suqailabiyya. Fast alle Christen aus Idlib wurden aus ihren

einstigen Hochburgen wie Dschir al Sughur von zumeist uigurischen dschihadistischen Milizen und türkischen Soldaten vertrieben.

Putins Seitenhieb gegen Erdoğan

Nabeel al-Abdullah, ein syrisch-orthodoxer Christ, hatte die Idee, an der Frontlinie zum radikalen Islam, der zum Teil auch vom NATO-Mitglied Türkei unterstützt wird, eine neue Hagia-Sophia-Kirche zu bauen. Er fand die Unterstützung des russischen Militärs in dessen Militärstützpunkt Hmeimim in der Provinz Latakia und auch die seines Bischofs Nicola Baalbaki, dem Metropoliten von Hama.

Abdullah reiste sogar nach Moskau und stellte sein Projekt in der russischen Duma vor. Auch Russland war seinerzeit verärgert über die Entscheidung des türkischen Staatschefs Erdoğan, die Hagia Sophia von einem Museum in eine Moschee umzuwandeln. Immerhin war die Hagia Sophia nach der Eroberung durch die Türken 1453 auch Modell für viele russisch-orthodoxe Kirchen. Im Jahr 2020 nahm Abdullah an dem von der Christlichen Friedensunion organisierten Siebten Internationalen Forum für Religion und Frieden in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau teil. Abdullah erhielt mehrere russische Orden und Medaillen.

Am 24. Juli sollte die Miniaturnachbildung des Originals der Istanbul Hagia Sophia in Suqailabiyya feierlich eröffnet werden. Videos zeigen zahlreiche Beamte, die an der Eröffnungszeremonie teilnahmen, sowie orthodoxe Priester, die das Gotteshaus segneten. Vor der Kirche war ein Wandgemälde zu sehen, das den syrischen Präsidenten Assad neben dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zeigt. Während der Einweihungszeremonie, an der auch eine russische Delegation teilnahm, erfolgte ein Drohnenangriff aus dem nahegelegenen Idlib-Gebiet, in der die Türkei das Sagen hat. Dabei wurden nach Angaben der syrischen staatlichen Agentur SANA zwei Teilnehmer der Zeremonie getötet und zwölf verletzt.

Der Angriff erfolgte wenige Tage, nachdem berichtet worden war, dass bei russischen Luftangriffen in der von Rebellen kontrollierten nordwestlichen Provinz Idlib sieben Menschen getötet worden waren. Bei den Opfern in Suqailabiyya handelte es sich um christliche Vertriebene aus dem Gebiet Idlib.



Original und „Kopie“: Es braucht schon viel Phantasie, um in der Hagia Sophia von Suqailabiyya (großes Foto), die Ziel einer Terrorattacke war, einen Nachbau der ehemaligen byzantinischen Kirche in Istanbul erkennen zu können (oben links)

UKRAINE

Stühlerücken in Kiew

Die Motive hinter Präsident Selenskyjs umstrittenen letzten Personalentscheidungen bleiben unklar

Am 17. Juli entließ der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa und den Direktor des Inlandsgeheimdienstes SBU, Iwan Bakanow. Er begründete dies in einem längeren Dekret, in dem es unter anderem hieß: „Bis heute wurden 651 Strafverfahren wegen Landesverrats und Kollaboration seitens von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaften, Ermittlungsbehörden und anderer Strafverfolgungsbehörden registriert ... Insbesondere sind mehr als 60 Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und des Sicherheitsdienstes der Ukraine im besetzten Gebiet geblieben und arbeiten gegen unseren Staat.“

Einen Tag später kündigte Selenskyj an, dass er weitere 28 Angehörige des SBU aus ihren Ämtern entfernen wolle. Dies-

mal lautete der Vorwurf statt Hochverrat nur „unbefriedigende Arbeitsergebnisse“.

Außerdem ernannte er Bakanows bisherigen Stellvertreter Wassyl Malyuk zum kommissarischen Chef des Geheimdienstes. Malyuk ist im Gegensatz zu Bakanow kein Quereinsteiger und Jugendfreund Selenskyjs, sondern ein Absolvent der Akademie des SBU. Er war bislang für die Korruptionsbekämpfung zuständig und an der Enttarnung eines hochrangigen SBU-Beamten beteiligt, dem vorgeworfen wird, geheime Informationen an Russland weitergegeben zu haben.

Graue Eminenz hinter Selenskyj

Am 19. Juli wiederum mussten auch noch der Vizedirektor des Inlandsgeheimdienstes, Wolodymyr Horbenko, sowie die SBU-Regionalchefs von Sumy, Dnipropet-

rowsk, Poltawa, Schytomyr und Transkarpatien ihre Posten räumen. Dem folgte am 20. Juli eine Erklärung Selenskyjs, dass er eine neue Parlamentskommission einrichten wolle, deren Aufgabe darin bestehen solle, den Einsatz westlicher Waffen in der Ukraine zu überwachen: „Um allen Manipulationen russischer Propagandisten und derer, die ihnen in der Ukraine oder anderswo helfen, entgegenzuwirken, wird ein solches zusätzliches parlamentarisches Kontrollinstrument eingerichtet.“

Außerdem hieß es an diesem Tag, man gehe jetzt auch verstärkt gegen jene ukrainischen Verräter vor, die dem Feind heimlich als Artilleriebeobachter dienen. Dazu gehöre die Aussetzung eines Kopfgeldes von 100 US-Dollar für die Ergreifung solcher Personen.

In Anbetracht der Lage in der Ukraine erscheinen diese Maßnahmen als durchaus angebracht. Dennoch regt sich Kritik am Vorgehen Selenskyjs. So mutmaßen Oppositionspolitiker wie Wolodymyr Ariew, dass manche der Personalentscheidungen auf das Wirken von Andrij Jermak zurückgingen. Der frühere Filmproduzent und nunmehrige Leiter des Präsidialamtes der Ukraine gilt als Graue Eminenz hinter Selenskyj und soll kein gutes Verhältnis zu Bakanow und Wenediktowa haben. Deshalb könnten die beiden auch das Opfer interner Machtkämpfe geworden sein. Auf jeden Fall ist der Nachfolger der Generalstaatsanwältin, Oleksiy Symonenko, ein enger Vertrauter von Jermak, den Ariew mittlerweile ganz offen als „Gefahr für die ukrainische Demokratie“ bezeichnet. Wolfgang Kaufmann

VON NORMAN HANERT

Über Jahrzehnte der Nachkriegszeit galt es meist als schlechter Stil, wenn sich deutsche Politiker im Ausland zu Fragen des hiesigen Tagesgeschäfts äußerten oder auf Auslandsreisen sogar andere deutsche Politiker verbal angingen.

Ungeachtet dieser Gepflogenheit hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) während seines jüngsten Besuchs in der Ukraine scharfe Kritik an Aussagen der beiden Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) und Rainer Haseloff (CDU) geübt. Gegenüber der ARD sagte der Bundesminister: „Ich finde es wichtig, dass wir uns auch in Deutschland als Gesellschaft nicht von Putin spalten lassen, und deshalb muss jeder demokratische Politiker, auch die Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Sachsen, wissen, was sie sagen.“ Heil reagierte damit auf die Forderung des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, die Beziehungen zu Russland nicht abreißen zu lassen und auf Putin einzuwirken, um den Krieg in der Ukraine „einzufrieren“. Man brauche weiter russische Rohstoffe, so Kretschmer.

In einem „Zeit“-Interview beantwortete Kretschmer die Frage, wann „galoppierende Inflation und extrem steigende Energiepreise“ den sozialen Frieden in Deutschland gefährden. Schon im Mai hatte der Regierungschef des Freistaates gewarnt: Die harten Sanktionen gegen Russland „treffen uns zum großen Teil selbst“.

Zweifel am Kurs der Regierung

Zweifel am Sanktionskurs der Ampelkoalition meldet auch Sachsen-Anhalts Regierungschef Rainer Haseloff an. Bereits Anfang Juli plädierte er dafür, angesichts weiter steigender Energiekosten die Russland-Sanktionen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Die wachsenden Zweifel in Mitteldeutschland haben mittlerweile nicht nur Hubertus Heil von der SPD, sondern auch den CDU-Chef Friedrich Merz auf den Plan gerufen. Im ZDF-Sommerinterview sagte Merz mit Blick auf die Sanktionskritik aus Sachsen: „Wir haben mit Michael Kretschmer einen Ministerpräsidenten in unseren Reihen, der das aus der sächsischen Perspektive anders sieht, aber auch das ist nicht die Meinung der Union.“ Merz betonte, es gebe kein Ost-West-Gefälle bei der Frage nach den Sanktionen. Kretschmer sei nicht der einzige Ministerpräsident im Osten.

Schon die Sanktionskritik, die aus der Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt kommt, lässt an der Richtigkeit der Diagnose des CDU-Chefs zweifeln.

Kretschmer und Haseloff können vielmehr als prominente Stimmen einer um



Durch den Baustoffmangel sind ihre Arbeitsplätze bedroht: Bauarbeiter in Sachsen

Bild: imago images/Daniel Schäfer

RUSSLAND-SANKTIONEN

In den Neuen Bundesländern wächst der Frust

Prominente Politiker aus dem Osten der Republik und Vertreter des Handwerks warnen vor massiven Folgen der Boykott-Maßnahmen für Deutschland

sich greifenden Frustration über die Energiepolitik gesehen werden. So hat mittlerweile Bundeswirtschaftsminister Habeck Post von den wirtschaftspolitischen Sprechern von fünf CDU-Landtagsfraktionen der östlichen Bundesländer erhalten. In ihrem Schreiben warnen die Absender den Grünen, das, was in den vergangenen 30 Jahren nach der friedlichen Revolution mühsam aufgebaut und stabilisiert wurde, werde nicht mehr zu retten sein, wenn die Bundesregierung an ihrer bisherigen „ideologisch geprägten Energiepolitik“ festhält.

Konkret forderten die CDU-Wirtschaftspolitiker aus den Landesparlamenten, die Kohlekraftwerke bis 2038 weiterlaufen lassen und die letzten verbliebenen Kernkraftwerke später vom Netz zu nehmen. Die Unionspolitiker befürchten, dass Unternehmen ins Ausland

abwandern werden, wenn Energie nicht mehr zu beherrschbaren Preisen verfügbar ist.

30 Jahre Arbeit in Gefahr

Habeck hat mittlerweile auch Post von Kommunalpolitikern der Insel Rügen erhalten, die von dem Grünen die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 verlangen. Wie der Sassnitzer Bürgermeister Frank Kracht mitgeteilt hat, gehe es dabei um dauerhafte Energiesicherheit. Wenn es technische Schwierigkeiten gebe, diese Energiesicherheit über Nord Stream 1 zu gewährleisten, müsse man neue Wege finden. Nord Stream 2 sei eine Möglichkeit, so der parteilose Bürgermeister von Sassnitz.

Streit um den Sinn der bisherigen Sanktionsmaßnahmen findet mittlerweile auch im Zentralverband des Deut-

schens Handwerks (ZDH) statt. An die Adresse des Verbandes und seines Präsidenten Hans Peter Wollseifer gerichtet hat Karl Krökel, der Kreishandwerksmeister aus Dessau-Roßlau, gefordert, allgemeine politische Äußerungen zum Ukraine-Konflikt zu unterlassen. In einer Mitteilung der Handwerksvertreter aus Sachsen-Anhalt heißt es: „Bereits Mitte Juni hatte die Kreishandwerkerschaft Anhalt-Dessau-Roßlau einen Offenen Obermeisterbrief veröffentlicht, in dem sich das lokale Handwerk deutlich gegen den Krieg als Mittel der Politik und gegen Waffenlieferungen positioniert.“ Auch sei in dem Brief deutlich gemacht worden, „dass die Wirtschaftssanktionen den russischen Angriffskrieg nicht beeinflussen und gleichzeitig aber die einheimische Wirtschaft und Bevölkerung massiv treffen“.

GEESCHÄFTSKLIMA-INDEX

Deutschland an der Schwelle zur Rezession

Das Münchner Ifo-Institut konstatiert düstere Zukunftserwartungen in allen Branchen

Mit dem Ende der Corona-Maßnahmen sollte für die deutsche Wirtschaft alles besser werden. Doch dann kam der Ukrainekrieg, und die Stimmung ist schlecht wie seit dem Frühjahr 2020 nicht mehr, als der erste flächendeckende Lockdown das Land lahmlegte. Clemens Fuest, Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, das einen monatlichen „Geschäftsklima-Index“ herausgibt, redete bei der Präsentation der neuesten Zahlen in der vergangenen Woche auch nicht lange um den heißen Brei herum: „Hohe Energiepreise und drohende Gasknappheit belasten die Konjunktur. Deutschland steht an der Schwelle zur Rezession.“

Das Ifo-Geschäftsklima basiert auf zirka 9000 monatlichen Meldungen von

Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors, des Handels und des Bauhauptgewerbes. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Sorgenkind Baubranche

Der Index fiel im Juli auf 88,6 Zähler von 92,2 Punkten im Vormonat. Das ist aufgrund der saisonalen Lage eher ungewöhnlich. „Wir haben quer durch alle Bereiche der Wirtschaft einen sehr starken Pessimismus, was die nächsten sechs Monate angeht“, sagte Fuest. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe ist der Index stark gefallen. Der Pessimismus hat laut Index den höchsten Stand seit April 2020

erreicht. Und diese Einschätzung zieht sich nahezu durch alle Industriebranchen. Ihre aktuelle Lage bewerteten die Unternehmen ebenfalls schlechter. Die Neuaufträge waren erstmals seit zwei Jahren leicht rückläufig. Im Handel ist der Indikator abermals deutlich gesunken. Die Erwartungen der Händler sind mit Blick auf die aktuellen Zahlen enttäuscht worden, und die Sorgenfalten werden im Hinblick auf die kommenden Monate immer tiefer. „Es gibt gegenwärtig keine Einzelhandelsparade, die optimistisch in die Zukunft schaut“, schreibt das Ifo-Institut.

Besonderes Sorgenkind ist derzeit die Baubranche. Eigentlich sollte sie vor allem von den milliardenschweren Investitionsprogrammen profitieren. Doch Lieferengpässe und eine um sich greifende

Materialknappheit sorgen bereits jetzt für Stornierungen. Nach einer kurzen Erholung im Vormonat hat sich daher die Stimmung wieder merklich verschlechtert.

Die Aussichten für das kommende halbe Jahr sind von großem Pessimismus geprägt. Dass der aktuelle Index nicht noch schlechter ausgefallen ist, liegt nach wie vor am Dienstleistungssektor. Der Indikator liegt weiterhin auf hohem Niveau. Doch hat sich das Geschäftsklima auch dort erheblich verschlechtert. „Nach zuletzt großem Optimismus drehte sich die Stimmung auch im Tourismussektor und dem Gastgewerbe“, heißt es in dem Index-Bericht. Dabei spielen Befürchtungen wegen möglicher neuer Corona-Einschränkungen im Herbst eine Rolle.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Riesiges Finanzloch

Berlin – Die Finanzierungslücke bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist deutlich größer als angenommen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums soll das Defizit im nächsten Jahr 17 Milliarden Euro erreichen. Zudem errechnete das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) in Berlin im Auftrag der Krankenkasse DAK-Gesundheit, dass 2023 19 Milliarden fehlen werden. Sollte es zu einem Komplettausfall der russischen Gaslieferungen und Massenentlassungen kommen, läge das Minus sogar bei 24 Milliarden Euro. Doch damit nicht genug: Das Finanzloch dürfte kein kurzfristiges Phänomen bleiben. Vielmehr droht es in den nächsten drei Jahren auf 30 Milliarden anzuwachsen. Wenn der Konflikt mit Russland weiter eskaliert, droht ein noch größeres Loch. Deshalb fordern die Gesetzlichen Krankenkassen nun eine Neukonzeption des „Finanzstabilisierungsgesetzes“, an der das Gesundheitsministerium derzeit arbeitet. W.K.

Erster Aldi ohne Kasse

Utrecht – Aldi unternimmt einen Schritt in Richtung Abschaffung des Bargeldes. Im niederländischen Utrecht müssen sich die Kunden beim Betreten des Marktes via QR-Code, den eine App erzeugt, anmelden. Per Sensoren und Überwachungskameras wird erfasst, was der Kunde aus den Regalen nimmt und dann vom Bankkonto des Kunden abgebucht. Das Unternehmen lobt sich selbst: „Die Aldi Shop & GO-App soll den Menschen dabei helfen, ihren Einkauf zu erledigen und komplett kontaktlos und automatisch zu bezahlen“, heißt es. Jan Oostvogels, CEO Aldi Holding B.V. in den Niederlanden: „Es passt zu unserer Strategie als Discounter, den Kunden ihren Einkauf so einfach wie möglich zu gestalten... Schließlich zeigt unsere Erfahrung, dass unsere Kunden schnelle und einfache Abläufe an den Kassen schätzen.“ Aldi Süd betreibt in London seit dem 18. Januar eine ähnliche Filiale. F.B.

Kaum Anfragen aus der Türkei

Berlin – Fluggäste können erst nach dem Ende der Hauptreisezeit mit Verbesserungen auf Deutschlands Flughäfen rechnen. Nach einer Schätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft fehlen an den Verkehrsflughäfen bis zu 7000 Arbeitskräfte. Die durch Personalengpässe verursachten Störungen bei der Gepäckverladung sollten eigentlich durch bis zu 2000 Mitarbeiter behoben werden, die befristet in der Türkei angeworben werden. Unter Berufung auf die zuständigen Behörden für die Flughäfen Frankfurt, Berlin, München und Düsseldorf berichtet die „Welt“ allerdings, dass bislang bei den meisten Behörden keine Anträge aus der Türkei vorliegen. Für die Beschäftigung in den Sicherheitsbereichen der Flughäfen müssen generell alle Arbeitskräfte eine Zuverlässigkeitsüberprüfung durchlaufen. Die Luftfahrtbehörden in Berlin/Brandenburg und Düsseldorf haben Forderung nach einer Vereinfachung oder Beschleunigung der Sicherheitsüberprüfung eine Absage erteilt. N.H.

KOMMENTARE

Heuchlerisch

HANS HECKEL

Die jüngste Auslassung der Vorsitzenden des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes (VZBV), Ramona Pop, ist bemerkenswert. Pop kritisierte den Tankrabbat, weil damit „vor allem jene mit großen Autos gefördert“ würden. „Menschen mit geringem Einkommen können sich solche Spritschlucker gar nicht leisten.“

Die Aufgabe der Verbraucherschützer besteht darin, die Verbraucher zu schützen, nicht, sie zu erziehen – etwa zu einer anderen Wahl beim Autokauf. Verbraucherschützer sind dazu da, die Interessen der Konsumenten zu vertreten, auch gegenüber der Politik, und nicht politische Ziele, wie sie offenbar die frühere Grünen-Politikerin Pop verfolgt, bei den Verbrauchern durchzusetzen – etwa per Steuerung durch einen „sozial“ gestaffelten Tankrabbat.

Auffällig ist, dass nicht nur Pop, sondern auch ihre Vorgänger an der VZBV-Spitze den Grünen entstammen. Offenbar ist hier kaum bemerkt ein parteipolitischer Erbhof entstanden, der den

Zugriff auf den lukrativen Chefposten sichert. Von diesem aus wird dann unverblümt grüne Politik gemacht und damit die Warnung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bestätigt: „Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht.“

Obendrein ist Pops „soziale“ Attitüde heuchlerisch. Es ist ihre Partei, welche die Speerspitze stellt beim Verbot der Verbrennermotoren. Aber auch Pop ist klar, dass E-Autos im Schnitt den Verbraucher deutlich teuer kommen als der herkömmliche Verbrenner. Die Folge wird sein (und dies ist vielleicht sogar beabsichtigt), dass sich viele ärmere Menschen kein Auto mehr werden leisten können.

Das trifft diejenigen am härtesten, die in ländlichen Gebieten mit dünnem ÖPNV-Netz wohnen, weil sie sich das Leben in den teureren Städten gar nicht leisten können. Für diese Menschen könnte das Verbrenner-Aus existentielle Folgen zeitigen. Sie werden im nicht mehr nur übertragenen Sinne „abgehängt“ und bleiben chancenlos in Nirgendwo zurück.

Null Kunstgenuss

HARALD TEWS

Ob Sexismus-Vorwürfe bei den Bayreuther Festspielen, Kolonialismus-Streit im Berliner Humboldt-Forum, Russland-Bashing bei den Salzburger Festspielen oder andauernde Antisemitismus-Anklagen bei der Kasseler Kunstausstellung documenta – fast scheint es, als würde dem Besucher immer öfter der unbeschwerter Kunstgenuss vermiest. Die neue „woke“-Bewegung, die hypersensibel jeden vermeintlichen kulturell-ideologischen Fehltritt aufspürt, hat die Kunstwelt inzwischen voll unter ihre Kontrolle gebracht.

Im Fall der documenta hat die „aufgeklärte“ Linke indes ein Eigentor geschossen. Hier hat die BDS-Kampagne, die für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel eintritt, es soweit getrieben, dass die Kunstausstellung kurz vorm Abbruch steht. Man hat Aktivisten, die mit dieser Bewegung zumindest sympathisieren, dazu gebracht,

diese Ausstellung zu kuratieren. Die Folge waren Kunstobjekte mit antisemitischen Motiven, die einen Dominoeffekt auslösten: Kurz nach Ausstellungsbeginn musste ein monumentales Gemälde abgehängt werden (die PAZ berichtete), die Generaldirektorin Sabine Schormann trat zurück und wurde durch den Kulturmanager Alexander Farenholtz ersetzt. Kurz danach tauchten weitere Ausstellungsobjekte mit antisemitischem Hintergrund auf, und weiteren Hinweisen auf eine „antisemitische Bildsprache“ soll jetzt ein wissenschaftliches Beratergremium nachgehen, welches das Unvermeidbare verhindern soll: den Abbruch der documenta.

Dabei stinkt der Fisch von ganz oben. Von jüdischer Seite kam bereits die Rücktrittsforderung an Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne). Sie hat die Kunstausstellung auch mit ihrer Weigerung, sich klar von der BDS-Bewegung zu distanzieren, sehenden Auges in den Abgrund schlittern lassen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-32
Fax Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Republikanische Sinnstiftung: Am 11. August 1922 bestimmte Reichspräsident Friedrich Ebert das „Lied der Deutschen“ zur offiziellen Nationalhymne Deutschlands

Foto: imago images/United Archives international

LEITARTIKEL

Die Deutschen und ihr Lied

RENÉ NEHRING

Am 11. August 1922 bestimmte Reichspräsident Friedrich Ebert das „Lied der Deutschen“ aus der Feder des Heinrich Hoffmann von Fallersleben zur offiziellen Nationalhymne Deutschlands (siehe Seite 10). Es war der dritte Verfassungstag der noch jungen Weimarer Republik, deren führende Repräsentanten bemüht waren, den demokratischen Nationalstaat sowohl in die Traditionslinien deutscher Geschichte einzureihen als auch dessen eigenständigen Charakter innerhalb dieser Geschichte zu betonen. Deshalb auch wurde weder Ernst Moritz Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland?“ noch Max Schneckenburgers „Wacht am Rhein“ noch das „Heil dir im Siegerkranz“ der Hohenzollernmonarchen zur Hymne bestimmt, sondern das Lied der demokratischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts.

Mit dem Ende der Republik von Weimar war auch das „Lied der Deutschen“ fast schon wieder Geschichte. 1933 bestimmte die neuen Machthaber, dass von der Hymne nur noch die erste Strophe zu spielen sei und im direkten Anschluss daran das „Horst-Wessel-Lied“ der NS-Bewegung zu erklingen habe. Im Mai 1952 einigten sich Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss darauf, dass das „Lied der Deutschen“ wieder Nationalhymne sei, bei offiziellen Anlässen jedoch nur dessen dritte Strophe gesungen werden solle. Und nach der Einheit von 1990 bestimmten Kanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dass nur noch die dritte Strophe Nationalhymne ist.

Misstrauen gegen die eigene Nation

Schon diese wenigen Daten zeigen, dass das „Lied der Deutschen“ – wie auch die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold – immer ein Symbol der Freiheit und der Demokratie war und keines der absoluten Fürstentum oder gar der Diktatur. Und anders als etwa die „Marseillaise“ der Franzosen, in der es unter anderem heißt, „unreines Blut tränke unsere Furchen“, war und ist es kein Lied, das andere Völker bedroht, sondern vielmehr die Einheit der eigenen Nation über alles stellt (vor allem über den Partikularismus) – sowie „Einigkeit und Recht und Freiheit“ als „des Glückes Unterpfand“ bezeichnet. Geht es schöner – und vor allem friedlicher?

Von diesem Bewusstsein scheint hundert Jahre später kaum etwas geblieben. Zwar wehen die Nationalfarben Tag für Tag über dem Reichstag und wird das „Lied der Deutschen“ bei offiziellen Anlässen routiniert gespielt – doch achten

insbesondere Eliten in Politik und Medien darauf, dass die Symbole der Nation nicht allzu populär werden. Bezeichnend hierfür war der Abend der Bundestagswahl 2013, als Bundeskanzlerin Angela Merkel ihrem treuen Gefährten Hermann Gröhe entsetzt eine kleine Deutschlandflagge aus der Hand riss, die jener zum Jubeln mit auf die Bühne nehmen wollte. Wäre so etwas je in Frankreich, Italien, Polen oder in den USA denkbar?

Was deutsche Eliten umtreibt, ist ein permanentes Misstrauen gegenüber der eigenen Nation – die Sorge, die Deutschen könnten durch einen allzu überschwänglichen Gebrauch ihrer nationalen Symbole wieder zurück zu jenem Nationalismus finden, der sie im 20. Jahrhundert zweimal in den Abgrund geführt hatte.

Ohne sinnstiftende Symbole gibt es keine Gemeinschaft

Mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur stellt sich gleichwohl die Frage, wie lange dieser Grundverdacht noch aufrechterhalten werden soll? Seit Gründung der Bundesrepublik betreiben die Deutschen ein stabiles demokratisches System, in dem freie Wahlen samt Regierungswechseln eine Selbstverständlichkeit sind und selbst neue oppositionelle Kräfte entstehen konnten. Die Deutschen von heute sind eines der angesehensten Mitglieder der Vereinten Nationen und beteiligen sich auf vorbildhafte Weise an deren verschiedensten Missionen. Und sie gehören zu den größten Trägern der internationalen Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe. Wie viel Zeit soll eigentlich noch vergehen, bis sie wieder ohne Unterstellungen ihre Hymne singen und ihre Flagge zeigen dürfen?

Die Funktion nationaler Symbole

Ein ganz anderer Aspekt ist die Funktion, die Symbole wie die Hymne oder die Flagge für eine Nation haben. Anders als es die Kritiker wahrhaben wollen, dienen diese Symbole keiner rückwärtsgewandten Folklore – sondern sind elementare Bestandteile der politischen Identität einer Nation. Oder anders: Ohne eine sinnstiftende Symbolik gibt es keine Gemeinschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich seit den Tagen des Wirtschaftswunders weniger über patriotische Überliefe-

rungen definiert als vielmehr über ihre wirtschaftlichen Erfolge. Vor dem Hintergrund der totalen Niederlage des Jahres 1945 – und auch im Vergleich zu den armen Brüdern und Schwestern im Osten – leuchtete die Gegenwart für viele Deutsche Jahrzehnte lang in den schönsten Farben. Mochten sich andere Nationen auch über ideelle Güter wie ihre Geschichte und Sprache definieren – die Gesellschaft der Bundesrepublik definierte sich mehr und mehr über materielle Werte wie die Zahl der verkauften Autos oder der gebauten Eigenheime – oder die Stärke der Deutschen Mark. Und wo die Vorfahren stolz waren auf gewonnene Schlachten und Kriege waren die Bundesdeutschen stolz auf ihren lange Zeit innegehabten Status als „Exportweltmeister“.

Doch was, wenn der Wohlstand selbst Geschichte wird? Seit Jahren schon sind Schulen, Verwaltungsgebäude und die öffentliche Infrastruktur marode. Gerade stellt die Politik mit Blick auf die hohen Inflationsraten und die drohende Energieknappheit die Bürger darauf ein, dass auch in ihrem privaten Umfeld die guten Zeiten vorbei sein könnten. Was also, wenn der gemeinsame Wohlstand als Sinnstifter der bundesrepublikanischen Gemeinschaft wegbriecht?

Gesellschaft braucht Sinnstiftung

Der Staats- und Verwaltungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat vor Jahrzehnten den Satz geprägt, dass gerade der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Seit dem Verlust der Bindungskraft des Christentums und damit des Gottesgnadentums als Herrschaftsgrundlage sowie seit der parallel dazu erfolgenden Aufwertung der individuellen Freiheitsrechte der Bürger fehlen wesentliche Kräfte, die zuvor Gemeinschaft gestiftet haben. Wenn es um die Bereitschaft geht, Gesetzen zu folgen und Steuern zu zahlen, und erst recht, wenn es darum geht, sich zum Wohle des Gemeinwesens mildtätig zu engagieren und untereinander Solidarität zu üben, ist der moderne Staat essenziell auf die freiwillige Mitwirkung seiner Bürger angewiesen. Und diese ist umso größer, je mehr sie den Staat als den ihren empfinden.

Insofern kann es vor dem Hintergrund der aktuellen Nöte sein, dass die Eliten dieses Landes schon bald sehr froh darüber sind, dass sich die Deutschen noch immer untereinander – und erst recht gegenüber ihrem Staat – verbunden fühlen. Und dass sie noch immer ihre alte Hymne singen und ihre Flagge schwingen, die jener Verbundenheit einen sichtbaren Ausdruck verleihen.

Beruflich ein schwarzes Schaf der Familie

Der Berliner Bankierssohn Eduard Magnus hatte statt Geld nur die Leinwand vor Augen – Vor 150 Jahren starb der Portraitmaler

VON MARTIN STOLZENAU

Die Berliner Behrenstraße beginnt am Bebelplatz und verläuft in Berlin-Mitte über rund 1200 Meter bis zur Ebertstraße. Die südlich zur Prachtmeile Unter den Linden parallel verlaufende Straße wurde Ende des 17. Jahrhunderts angelegt, gehörte mit repräsentativen Bauten bald zum exklusiven Bankenviertel und war auch die gefragte Adresse einiger berühmter Persönlichkeiten. Das reichte vom Künstler Daniel Chodowiecki und der Salongnière Rahel Varnhagen von Ense über Preußens Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt bis hin zur Bankiersfamilie Magnus im Haus Nr. 46.

Der Hausbesitzer Immanuel Meyer Magnus stammte ursprünglich aus Schwedt, hatte eine jüdische Herkunft und konvertierte mit seiner Familie 1807 zum evangelischen Glauben. 1809 gründete er als Johann Matthias Magnus in Berlin das Bankhaus Magnus mit Sitz in der Behrenstraße. Von den sechs Söhnen des Bankiers Magnus wurden Carl Adolf und Friedrich Martin ebenfalls Banker. Sohn Gustav dagegen wurde ein berühmter Physiker. Einer der Enkel gehörte zum Gründungskomitee der Deutschen Bank.

Eine Sonderrolle nahm Sohn Leopold Eduard Samuel ein. Beruflich galt er als schwarzes Schaf der Bankiersfamilie und wurde Künstler. In seinem Atelier in der Behrenstraße 46 entwickelte er sich später jedoch zu einem der erfolgreichsten deutschen Portraitmaler. Der optische Eindruck, den wir heute von dem Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy haben, geht maßgeblich auf sein Ölporträt von 1846 zurück.

Von anderen Persönlichkeiten können wir uns kein Bild mehr machen, da ein Großteil seiner Bilder seit dem Zweiten Weltkrieg verschollen ist. Der erhalten gebliebene Rest zählt dagegen zum kostbaren Bestand von privaten und öffentlichen Sammlungen in aller Welt. Das reicht von der Alten und Neuen Berliner Nationalgalerie über die Eremitage in St. Petersburg und das Thorvaldsen-Museum in Kopenhagen bis hin zur National Portrait Gallery in London. 150 Jahre nach seinem Tod besitzen seine Bilder eine besondere Anziehungskraft für Kunstfreunde und einen kaum zu beziffernden Stellenwert auf dem Kunstmarkt.



Jugendliche Schönheit: Magnus-Portrait der Sängerin Jenny Lind als 26-Jährige

Magnus wurde am 7. Januar 1799 geboren und durfte wie seine Brüder seinen Neigungen folgen. Er offenbarte früh seinen Hang zur Kunst und konnte sich parallel zum Schulbesuch zum Maler weiter-

entwickeln mit seinem eigenen Atelier in der ersten Etage des Hauses in der Behrenstraße 46.

Die Mutter bildete den Mittelpunkt der Familie, führte ein offenes Haus mit prominenten Besuchern aus dem Geistes- und Geschäftsleben und erzog ihre Kinder zur christlichen Wohltätigkeit. Sohn Magnus besuchte die Aktklasse der Kunstakademie, fand im Mal-Professor Jacob Schlesinger einen einfühlsamen Lehrer und Berater und unternahm mehrjährige Studienreisen, die ihn nach Frankreich, Spanien, Ägypten und Italien führten.

Magnus lebte mit Unterbrechungen insgesamt acht Jahre in Rom, begeisterte sich zunächst für die Malweise der Nazarener und war Mitglied des Deutschen Künstlervereins. Einige seiner frühen römischen Arbeiten gehören inzwischen zur Sammlung der 1913 durch eine Stiftung der deutschen Mäzenin Henriette Hertz gegründeten Bibliotheca Hertziana in Rom, die heute eine kunstgeschichtliche Forschungseinrichtung der Max-Planck-Gesellschaft ist.

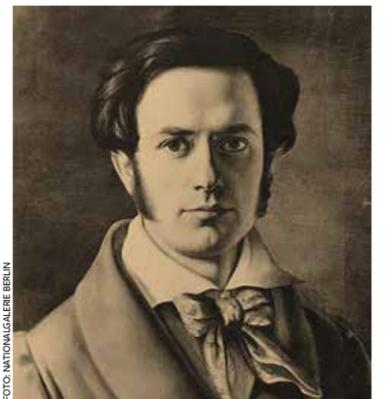
Nach seiner Rückkehr nach Berlin bezog Magnus sein Atelier im Elternhaus und etablierte sich bald als aufstrebender Berliner Maler. Nach frühen Genrebildern mit südländischen Themen im Stil der Nazarener vollzog der Künstler eine stetige Weiterentwicklung. Er wurde Mitglied der Kunstakademie und angesichts seines künstlerischen Durchbruchs zum Professor ernannt. Aus dem Nazarener wurde zunächst ein Romantiker, der dann Einflüsse des Realismus übernahm, viele Berliner Persönlichkeiten portraitierte und die Bilder auf Ausstellungen präsentierte.

Zur Palette seiner Prominentenportraits gehörten die Bildnisse seiner Künstlerkollegen Adolf Menzel, Ludwig Schwanthaler, Bertel Thorvaldsen und Christian Daniel Rauch. Vor seiner Leinwand standen ferner Mathilde Gräfin zu Lynar, die Salongnière Ernestine von Wil-

denbruch und Felix Mendelssohn Bartholdy, mit dem er verwandt war und dessen ganze Familie er ins Bild setzte.

Besonders die Portraits der Opernsängerinnen Jenny Lind und Henriette Sonntag verschafften dem Portraitisten der großbürgerlichen Berliner Gesellschaft viel Ansehen. Mit diesem Erfolg wurde der Künstler in den Senat der Akademie berufen, war an zahlreichen gutachterlichen Entscheidungen beteiligt, erhielt einige Auszeichnungen wie den Roten Adlerorden und äußerte sich auch öffentlich zu theoretischen Kunst- und politischen Tagesfragen.

Doch im Alter befahl ihn ein Leiden, das für einen Maler das Aus bedeutet: Ab 1862 litt er am Grauen Star, der mehrere wenig erfolgreiche Operationen zur Folge hatte. Nachdem seine Arbeitsfähigkeit erheblich eingeschränkt worden war und Magnus einen Wohnungs- und Atelierwechsel in die heutige Anhalter Straße vorgenommen hatte, erlitt er einen Gehirnschlag, an dessen Folgen er am 8. August 1872 verstarb. Magnus wurde 73 Jahre alt und fand auf dem Begräbnisplatz der Magnus-Familie auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof seine letzte Ruhe.



Eduard Magnus: Selbstbildnis von 1827

KUNST

Deutsches Mekka des Impressionismus

Gleich vier neue Werke von Claude Monet ergänzen die Sammlung von Hasso Plattner im Potsdamer Museum Barberini

Das Potsdamer Museum Barberini entwickelt sich immer mehr zum führenden deutschen Ausstellungshaus für impressionistische Kunst. Nachdem man jetzt vier nahezu unbekannte Gemälde von Claude Monet für die Sammlung des SAP-Mitbegründers und Kunstmäzens Hasso Plattner erwerben konnte, besitzt das Potsdamer Kunstmuseum nun insgesamt 107 impressionistische Gemälde.

Mit 38 Gemälden von Monet zeigt es außerdem in Europa den größten Werkkomplex Monets außerhalb von Paris. Das Museum feiert die Neuerwerbungen mit einem reduzierten „Ticket-Sommer-Special“: Vom 15. Juli bis 31. August zahlen Besucher täglich von 16 bis 19 Uhr nur zehn Euro und ermäßigt acht Euro für den Besuch der Impressionismus-Sammlung und der aktuellen Ausstellung „Die Form der Freiheit. Internationale Abstraktion nach 1945“.

Die vier neuen Gemälde Claude Monets ergänzen als Dauerleihgaben der Hasso-Plattner-Foundation jetzt den Impressionismusbestand des Museums Barberini. Sie entstanden zwischen 1874 und 1901 und bilden für sich einen repräsentativen Querschnitt des Werks Monets, dem das Barberini in Kooperation mit dem Denver Art Museum bereits im Jahr 2020 die Ausstellung „Monet. Orte“ wid-



Neu im Museum Barberini: Claude Monets „Der kugelförmige Baum in Argenteuil“

mete. Die Gemälde „Der Tümpel im Schnee“ (1874/75), „Der kugelförmige Baum in Argenteuil“ (1876), „Der Apfelbaum“ (1879) und „Das Parlament, Sonnenuntergang“ (1901–03) befanden sich zuvor in privaten Sammlungen und waren nicht oder kaum öffentlich zugänglich.

„Das Parlament, Sonnenuntergang“ – gemeint ist das im dunkelvioletten Schleier durchscheinende Westminster Palace in London – und „Der Apfelbaum“ waren 1904 und 1906 in Berlin zu sehen. Paul Cassirer stellte sie hier vor, bevor sie in die USA verkauft wurden. Das neu erworbene Bild mit der Schneelandschaft wurde bislang nur einmal ausgestellt, im Paris des Jahres 1879, und das Gemälde aus der Serie der „Houses of Parliament“ war zuletzt 1976 öffentlich zugänglich.

„Dass ein so bedeutendes Werk wie ‚Das Parlament, Sonnenuntergang‘ vor fast 30 Jahren zum letzten Mal ausgestellt wurde, zeigt die Tragweite dieses Ankaufs für das Museum Barberini“, freut sich Museumsdirektorin Ortrud Westheider. Die vier Monet-Werke jetzt dauerhaft im Museum Barberini zeigen zu dürfen, bezeichnet Westheider als Sensation. Mit dem Gemälde aus der 19 Werke umfassenden Serie der „Houses of Parliament“ sind jetzt drei Serien Monets mit wichtigen Beispielen in der Sammlung Hasso Platt-

ner vertreten: die „Getreideschober“, die „Seerosen“, und nun ein Bild der Serie, die während drei Mal-Kampagnen zwischen 1899 und 1901 in London begonnen und in Giverny vollendet wurde.

Aktuell in einem eigenen Raum präsentiert, werden die Neuerwerbungen bald ihre Plätze in den Themenräumen der Sammlungspräsentation im Barberini einnehmen. Die Sammlung zeigt, wie Künstler aus drei Generationen – Impressionisten, Neo-Impressionisten und Fauvisten – eine neue Landschaftsmalerei schufen, die auf dem Vertrauen auf die eigene Wahrnehmung beruht.

Die Geschichte des Impressionismus wird aber auch in den Kontext der Vorbilder gestellt: „Monet ließ sich von William Turner und James Abbott McNeill Whistler anregen. Das zeigen drei seiner in Venedig gemalten Gemälde ebenso wie nun das Gemälde vom Westminster Palace mit dem dramatischen Sonnenuntergang im typischen Londoner Smog, der schon Turner fasziniert hatte“, so Westheider.

barberini/tws

DEUTSCHLANDLIED

Hymne der Weimarer Republik

Nach der Gründung des Deutschen Reiches stellte sich die Frage nach einer Hymne für festliche Staatsakte. Eine Nationalhymne im engeren Sinne hatte das Kaiserreich nicht. Bei entsprechenden Gelegenheiten wurde Preußens „Heil dir im Siegerkranz“ variiert, dessen Melodie wie die diverser anderer deutscher Fürstenhymnen jene der britischen Nationalhymne „God Save the Queen“ beziehungsweise „God Save The King“ war. Dieses hohe Lied auf den Monarchen war für die Weimarer Republik unbrauchbar.

Das Deutschlandlied zur eingängigen Haydn-Hymne hatte schon im 19. Jahrhundert seine Freunde gehabt. Am 11. November 1914 meldete



Reichspräsident Friedrich Ebert

der Heeresbericht nach der Schlacht von Langemarck: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesang ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellung vor und nahmen sie.“

Am 12. Mai 1919 nannte der zum Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung gewählte Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach in einer Rede das Deutschlandlied einen Ausdruck „der Verehrung für das Land unserer Väter“. Nach seiner Ansprache erhoben sich die Parlamentarier von ihren Plätzen und sangen einmütig „Deutschland, Deutschland über alles“.

Allerdings taten sich die Entscheidungsträger wie nach dem Zweiten auch schon nach dem Ersten Weltkrieg mit der Entscheidung schwer. Andererseits wurde das Fehlen einer Nationalhymne im diplomatischen Verkehr mit dem Ausland zunehmend lästig.

Am 11. Juli 1922 beschloss dann das Reichskabinett auf Anregung des sozialdemokratischen Innenministers Adolf Köster, dem ebenfalls sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert vorzuschlagen, den Verfassungstag einen Monat später zum Anlass zu nehmen, das Deutschlandlied zur Nationalhymne zu proklamieren.

Ähnlich wie später Bundespräsident Theodor Heuss hatte auch Reichspräsident Ebert Hemmungen, das Deutschlandlied feierlich zur Nationalhymne zu erklären. Stattdessen verkündete er am 11. August 1922, „so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute ‚Deutschland über alles‘. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarzrotgoldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.“

Manuel Ruoff
(siehe Leitartikel Seite 8)

NACHT DER ERMORDETEN DICHTER

Als sich Josef Stalins Antisemitismus gegen die Poeten richtete

Vor 70 Jahren wurden viele vormalis hochrangige Exponenten des Jüdischen Antifaschistischen Komitees im Keller der Lubjanka erschossen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Rund zwei Monate nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges, am 24. August 1941, fand in Moskau eine große „Öffentliche Versammlung der Vertreter des jüdischen Volkes“ statt. Deren Zweck bestand darin, die Juden in aller Welt zur materiellen und moralischen Unterstützung der Kriegsanstrengungen der UdSSR zu bewegen. Demselben Zweck diente das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK), das am 7. April 1942 erstmals mit einem Appell an „Juden in der ganzen Welt“ an die Öffentlichkeit trat. Bis 1945 gelang es dem Komitee, in den USA, Mexiko, Kanada und Großbritannien 45 Millionen US-Dollar für die Rote Armee in Form von Kriegsanleihen, Fahrzeugen, Bekleidung und medizinischem Gerät zu sammeln.

Nachdem sie für die Mobilisierung von Juden gegen das Dritte Reich nicht mehr benötigt wurden, gerieten das JAK und dessen Mitglieder allerdings bei der Krennführung in Ugnade. Drei Gründe seien hier genannt. Erstens verdächtigte Stalin die Juden in der UdSSR nach der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948, sich dem Judenstaat und dessen Schutzmacht USA stärker verbunden zu fühlen als der Sowjetunion und für diese Mächte zu spionieren. Zweitens interpretierte der Diktator im Kreml den Versuch der Neukonsolidierung des jüdischen Lebens nach dem Holocaust als

unverhohlene Abkehr von der kommunistischen Ideologie. Und drittens betrachtete Stalin den Traum führender JAK-Vertreter von der Errichtung einer eigenen autonomen Sowjetrepublik auf der Krim als „zionistisch-imperialistische Verschwörung“ zur Abtrennung der Halbinsel von der Sowjetunion.

Rund 70 JAK-Mitglieder

Deshalb veranlasste er im Januar 1948 die Ermordung des JAK-Vorsitzenden Solomon Michoels durch eine Geheimpolizeinheit unter dem Befehl des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit Sergej Ogozow. Dem folgten die Auflösung des JAK zum 20. November des Jahres und erste Verhaftungen von Mitgliedern des Komitees.

Wenig später begannen die sowjetischen Zeitungen gegen „heimatlose Kosmopoliten“ im Lande zu hetzen, mit denen die Juden gemeint waren. Den Anfang machte die „Prawda“ am 28. Januar 1949 mit einem Angriff auf „unkontrollierte, böswillige ... Profitjäger ohne Wurzeln und ohne Gewissen ... Gewachsen auf der schimmigen Hefe des Kosmopolitentums, der Dekadenz und des Formalismus der Bourgeoisie ... Nationalisten, hier nicht heimisch, ohne Mutterland, die unsere proletarische Kultur mit Gestank vergiften“. Dies veranlasste das einstige JAK-Mitglied Perez Markisch zu der Bemerkung: „Hitler wollte uns physisch vernichten, und Stalin will es geistig tun.“



FOTO: JEWISHRU

„Hitler wollte uns physisch vernichten, und Stalin will es geistig tun“

Perez Markisch

sowjetischer und jüdischer Lyriker

Doch damit lag der Lyriker falsch: Es ging dem Machthaber in Moskau sehr wohl auch um die ganz reale körperliche Auslöschung jüdischer Prominenter und Intellektueller. Davon zeugte wenig später der gewaltsame Tod der Schriftsteller Schmuel Persow und Der Nister alias Pinchas Kahanowitsch. Die übrigen vormaligen Angehörigen des JAK wurden ebenfalls zwischen September 1948 und Juni 1949 verhaftet und anschließend unablässig gefoltert, damit sie ihre „konterrevolutionären Verbrechen“ gestanden. So erhielt Boris Schimeliowitsch mehr als zweitausend Schläge auf das Gesäß und die Fersen, verweigerte aber

dennoch jegliche Aussage. Dahingegen gab Joseph Jusefowitsch später vor Gericht zu Protokoll, dass er alles unterschrieben habe, was man ihm vorgelegt habe. „Ich war sogar bereit zu gestehen, der Neffe des Papstes zu sein und auf dessen Befehl zu handeln“, so der Wissenschaftler am Institut für Geschichte der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Solomon Bregman, einstmals stellvertretender Minister für Staatskontrolle der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, fiel durch die Misshandlungen ins Koma, aus dem er nicht mehr erwachte. Er starb am 23. Januar 1953 in der Krankenstation des Butyrka-Gefängnisses.

15 Angeklagte

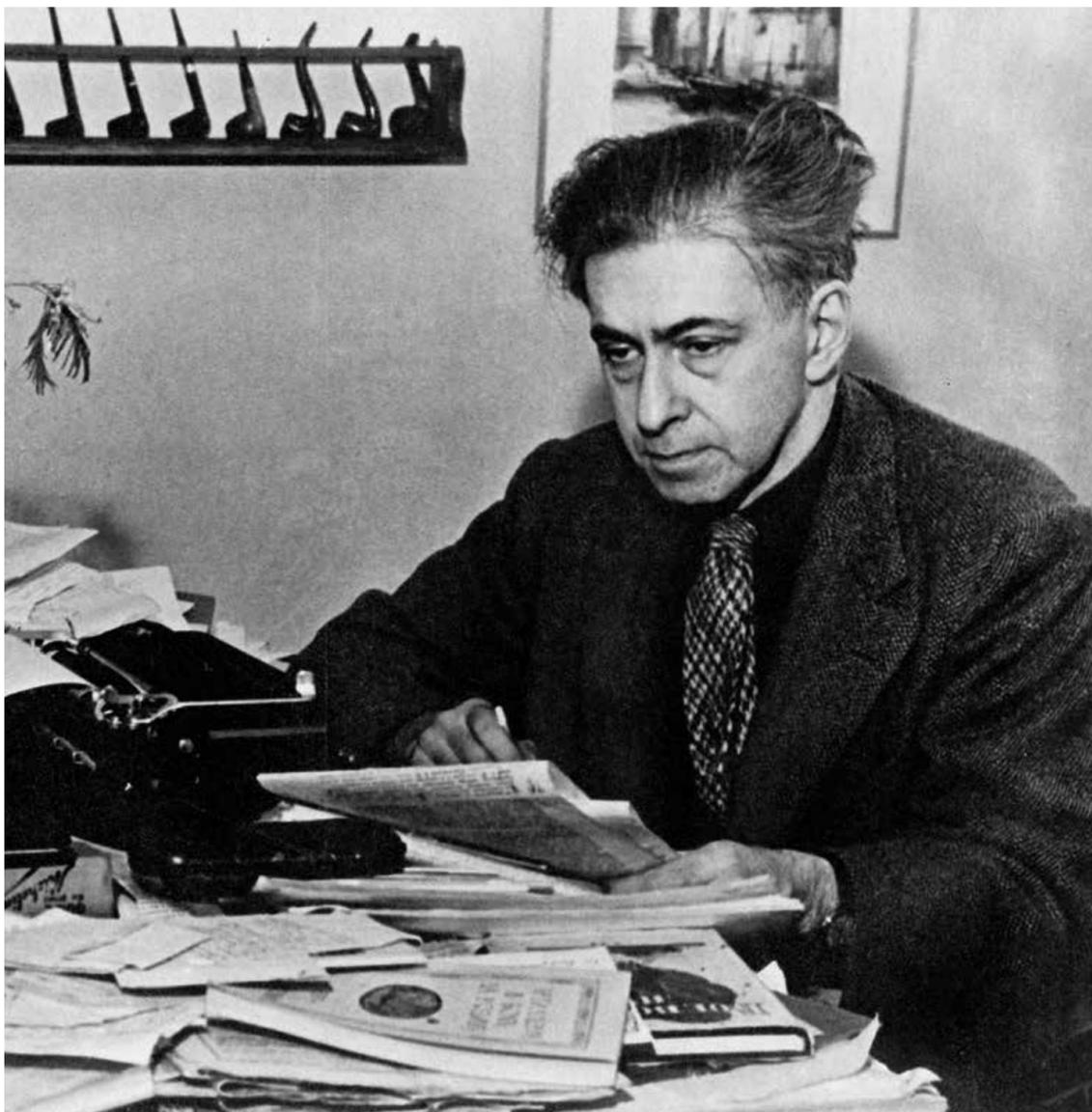
Den übrigen Verhafteten wurde vom 8. Mai bis zum 18. Juli 1952 der Prozess gemacht. In dem Geheimverfahren gab es weder Staatsanwälte noch Verteidiger, sondern nur drei Militärrichter. In der Regel erkannten diese schließlich auf Tod durch Erschießen und Einzug des gesamten persönlichen Besitzes. Eine Ausnahme bildete neben Bregman, dessen Verhandlung zurückgestellt wurde, Lina Stern, die mit dreieinhalb Jahren Haft davonkam.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1952 wurden die Todesurteile im Keller des Moskauer Gefängnisses Lubjanka vollstreckt. Da zu den Opfern auch die Schriftsteller und Lyriker Markisch, David Hofstein, Itzik Feffer, Leib Kwitko und David Bergelson gehörten, wird heute oft von einer „Nacht der ermordeten Dichter“ oder „Nacht der getöteten Poeten“ gesprochen. Die übrigen Hingerichteten waren jedoch Berufspolitiker (Solomon Losowski), Chefarzt (Boris Schimeliowitsch), Theaterdirektor (Benjamin Suskin), Wissenschaftler (Joseph Jusefowitsch), Übersetzer und Journalist (Leon Talmi, Ilja Watenberg, Tschajka Watenberg-Ostrowskaja) sowie Redakteur (Emilia Teumin). Viele davon hatten sich in der Vergangenheit große Verdienste um die Sowjetunion erworben. Zu den 13 Exekutierten gehörten beispielsweise drei Träger des Stalinpreises, der höchsten zivilen Auszeichnung der Sowjetunion, sowie ein Träger des Leninordens und des Ordens des Vaterländischen Krieges Erster Klasse.

13 Exekutionen

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 überprüfte das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR die Urteile und stellte am 22. November 1955 fest, dass die Anklagepunkte „ohne Substanz“ gewesen seien. Wer von den einst rund 70 Mitgliedern des JAK die Verfolgung überlebt hatte, emigrierte später in der Regel nach Israel. Dort wurde 1977 ein Denkmal für die Opfer der Mordnacht eingeweiht. Zu den wenigen Vertretern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, die in der Sowjetunion blieben, zählte der Schriftsteller Ilja Ehrenburg. Der fungierte ab September 1948 als Stalins Sprachrohr gegen den Zionismus, was der israelische Botschafter in Moskau mit der Feststellung quittierte: „Man wird nie so gut verraten, wie von den eigenen Leuten.“

Der Verfolgungsdruck auf die Juden in der Sowjetunion nahm nach den „Schwarzen Jahren“ von 1948 bis 1953 ab. Dennoch entschlossen sich viele Russen jüdischen Glaubens später zur Auswanderung. Während 1959 noch 2,2 Millionen Juden in Sowjetrußland lebten, liegt deren Zahl in der heutigen Russischen Föderation gerade einmal noch bei rund 135.000.



„Man wird nie so gut verraten, wie von den eigenen Leuten“: Ilja Ehrenburg gehörte zu den wenigen Vertretern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, welche die Nacht der ermordeten Dichter überlebten und in der Sowjetunion blieben Foto: Ullstein

Verordnete Erinnerung

Während Spaniens Geschichtspolitik in Sachen Bürgerkrieg früher eher auf Versöhnung und Pluralismus gesetzt hat, drücken die Sozialisten nun eine undifferenzierte Parteinahme für Rotspanien und gegen Nationalspanien durch

VON EBERHARD STRAUB

Bürgerkriege sind die grausamsten, weil in ihnen der Gegner als absoluter Feind bekämpft wird, mit dem ein Kompromiss unmöglich ist. Am besten war es anschließend immer, sich auf die Kraft des Vergessens und des Schweigens zu verlassen.

An diese praktische und bewährte Übereinkunft hielten sich die Spanier, als im Herbst 1975 Francisco Franco starb, der Sieger im Bürgerkrieg von 1936 bis 1939. Sie standen vor der schwierigen Aufgabe, möglichst einen unaufgeregten Übergang von dem autoritären System in einen parlamentarischen Rechtsstaat zu finden. Sie waren stolz darauf, wie bravourös sie unter der Leitung des Königs Juan Carlos mit Einschluss aller Parteien diese Herausforderung unter dem kräftigen Applaus der Europäer bewältigt hatten.

Diesen Konsens gefährdete 2007 das unter dem Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero vom Parlament, den „Cortes“, gebilligte, dort aber sehr umstrittene Gesetz zum historischen Gedächtnis. Es ist unlängst ergänzt worden mit dem Gesetz zur „memoria democrática“, zum demokratischen Gedächtnis. Ausdrücklich wird dort darauf hingewiesen, dass Vergessen für Demokraten unmöglich sei. Also müssen alle so weit vereinheitlicht werden, sich auf eine bestimmte Weise zu erinnern, wie das Gesetz es befiehlt.

Gesetz zum historischen Gedächtnis

Beide Gesetze verdammen den Staat, den der Generalissimo und Caudillo gegründet und in dem er fast vierzig Jahre geherrscht hatte, als Unrechtsstaat, beruhend auf Kriegsverbrechen, Folter, Verletzung der Menschenrechte und der internationalen humanitären Regeln, schreckliche Vergehen, die unverzeihlich sind und in dem kollektiven Gedächtnis aufbewahrt werden müssen. Eine staatliche Behörde, eine Art Wahrheitsministerium, soll dafür sorgen, dass in diesem Sinne die Erziehung zu demokratischem Bewusstsein nicht weiter vernachlässigt wird. Die Republik, die schon vor dem Bürgerkrieg gescheitert war, ist damit jeder Kritik entrückt, wird verklärt, und Republikaner, ob gefallen, diskriminiert oder in die Emigration gezwungen, werden von nun an als Märtyrer unentbehrlich für die demokratische Wertegemeinschaft.

Diese braucht offenbar Zwist und Hader, unnützes Erinnern, um mit Goethe zu reden, weil es nur Unfrieden stiftet. Nur was fruchtbar ist, hielt er für wahr und erachtete deshalb nur solche Besinnung auf Vergangenheit und Geschichte als ersprießlich, die dem Geist, der nach Brot verlangt, Nahrung bietet und ihn fördert. José Ortega y Gasset, ein spanischer Goetheaner, variierte auf vielfache Weise diese Ratschläge und mahnte oft seine Spanier, nicht das tätige Leben zu versäumen, weil ins Vergangene allzu sehr verstrickt, das als Abgetanes und Ausgelebtes gar nicht dabei hilft, die Gegenwart und deren Forderungen mit Glück und Geschick zu meistern.

Ortega y Gasset verteidigte energisch 1931 den Übergang von der Monarchie zur Republik. Er war Abgeordneter und riet oft genug, nicht parteilichen Leidenschaften nachzugeben und sich mit den Vergangenheit zu beschäftigen, sondern an ein neues, vitales Spanien zu denken, an eine Nation, die Lebenskräfte weckt, aus der Resignation herausführt und die bereit ist, die vielen Willen zu einem gemeinsamen Wollen zu bündeln.



In ihre Amtszeit fielen das Gesetz zum historischen Gedächtnis und das Gesetz zum demokratischen Gedächtnis: Die sozialistischen Ministerpräsidenten von 2004 bis 2011 beziehungsweise seit 2018, José Luis Rodríguez Zapatero und Pedro Sánchez (v.l.) Foto: pa

Ihm kamen bald Zweifel an den Republikanern, die mehr an Abstraktionen als an die Wirklichkeit dachten und sich nicht scheuten, die freien Gedanken ihren Wünschen und Anordnungen angleichen zu wollen, weshalb er 1936 enttäuscht das republikanische Spanien verließ, aber 1949 zurückkehrte. Ohne ein Anhänger des Regimes zu sein, wurde er gleichsam als souveräne Macht anerkannt und als solche in seiner Entfaltung als Lehrer und Anreger nicht eingeschränkt. Ortega y Gasset repräsentierte den spanischen Geist und wurde überall in Europa als Autorität betrachtet. Soll dieser große Spanier auf einmal aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht werden, weil sein Verhalten nicht den heutigen Vorstellungen einiger bornierter Ideologen entspricht? Immerhin verließ er Spanien wegen dreister Republikaner, die dem freien Geist, der weht wie und wohin er will, misstrauten.

Gesetz zum demokratischen Gedächtnis

Dieses Misstrauen äußert sich auch in den Gesetzen, die sich anmaßen, die historische Wahrheit dogmatisch einzugrenzen und wie einen Glaubensartikel der Diskussion zu entziehen. Schon das Wort demokratisch ist auffallend. Die Linken nannten sich Republikaner, sie kämpften für die Republik und nicht für die Demokratie. Demokratie und demokratische Wertegemeinschaft gehören zur Ideologie des Westens, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg als anglo-amerikanische Lehre mit dem Anspruch auf universale Geltung durchgesetzt wurde. Spanische Republikaner traten hingegen bewusst in die Traditionen der Französischen Revolution, und zwar der radikalen Jakobiner. Diese sahen in der Republik eine Heilsanstalt und erklärten sich als wahre Republikaner, und deshalb als hohe Priester der Welterlösung durch die Republik, dazu berechtigt, alle, die noch nicht fest in der republikanischen Gesinnung stehen, zu erziehen und sich ihnen anzugleichen, bis eine völlige Übereinstimmung der Gemüter erreicht ist. Parteien und Wettbewerb schien ihnen ein Beweis dafür, dass unzulängliche Elemente weiterhin ihr Unwesen treiben

und damit die Republik gefährdeten, die erst zum Ausdruck der heilsamen Einheit werden kann, wenn die eine, unteilbare Nation die Einheit aufgrund vollständiger Vereinheitlichung erreicht hat.

Republikaner, wie etwa Manuel Azaña, ab 1936 Staatspräsident, fürchteten, die Republik um ihre Substanz zu bringen, wenn etwa „Rechte“ an der Regierung beteiligt würden. Die Republik befindet sich im Kampf gegen rechts, gegen Reaktion und Faschismus, und darf deshalb nicht mit formaljuristischen Einwänden darauf verpflichtet werden, eine parlamentarische Mehrheit zu respektieren, die eben eine falsche Mehrheit ist. Über dem Recht und der Verfassung steht die republikanische Moral und Tugend. Die Sorge um deren Reinheit ist revolutionären Republikanern auferlegt. Die meisten Republi-

kaner ahmten wie in einem historischen Kostümstück jakobinische Attitüden nach und bedienten sich eines verstaubten Pathos und einer verwelkten Phraseologie, die nichts mit der Gegenwart und Spanien zu tun hatten. Ihr rabiater Kirchenkampf oder ihr sehr ambivalentes Verhalten zu Gewalt und Mord gehören zu diesem revolutionären Maskenspiel. Insgesamt bildeten die Linken keinen einheitlichen Block; sie waren untereinander gar nicht eins, zumal besonnene Sozialisten es für notwendig hielten, sich mit Bürgern, Monarchisten oder rechten Republikanern zu verständigen, da Spanien, der Staat und das Gemeinwohl wichtiger seien als ideologische Wünschbarkeiten.

Republikanische Moral und Tugend

Vor allem Kommunisten, eine Minderheit, warnten im Interesse des Staates vor den revolutionären Redensarten. Sie folgten der Weisung Stalins, den Klassenkampf vorerst in den Hintergrund zu schieben, um eine nationale Sammlung mit der Volksfront zu ermöglichen. Sie hatten eine andere Vorstellung von der Republik, und wieder einer anderen hingegen die Anarchisten oder die Katalanen an. Meist waren die Republikaner mehr mit sich selbst als mit Francisco Franco beschäftigt.

Unter den Rechten verhielt es sich nicht viel anders: Sie stritten untereinander, verschiedenen Richtungen verpflichtet, auch republikanischen, zusammengehalten allein von Franco, der keiner Partei angehörte, zu allen Parteien Distanz hielt, weil er sie allesamt für unfähig hielt, mit den Problemen des schon seit Jahrzehnten aus dem Gleichgewicht geratenen Spanien fertig zu werden. Es gab nicht, wie es immer heißt, zwei Spanien, ein rechtes und ein linkes, sondern viele Spanien mit Programmen und Hoffnungen, die sich kaum miteinander vereinbaren ließen. Die Überlegenheit Francos bestand darin, dass er sich über den Zerfall des Parteienstaates keine Illusionen machte und hoffte, mit Improvisationen die Grundlagen für ein neues Spanien zu schaffen, seine Diktatur als Übergang begreifend in andere Verhältnisse, von denen er keine feste Vorstellung hatte. Sein Ziel war auf jeden Fall die Entpolitisie-

rung und Entideologisierung der Spanier. Damit hatte er Erfolg.

Versuch jakobinischer Vereinheitlichung

Bajonette taugen zu vielem, aber nicht dazu, auf ihnen zu sitzen. Das gab Ortega y Gasset zu bedenken. Dem staatsklugen Machiavellisten Franco musste man das nicht sagen. Während seiner Herrschaft schlug er immer wieder unerwartete Pfade ein und konnte viele Spanier für sich gewinnen und tatsächlich populär werden. Eine Opposition musste er nicht konsequent verfolgen. Es gab keine nennenswerten Widerstandsgruppen. In der Emigration warf jeder jedem vor, für den Untergang der Republik verantwortlich zu sein. Je länger Franco regierte, desto mehr machte sich Resignation breit. Alle warteten auf dessen Tod, auch in den Kreisen, auf die sich Franco stützte. Das größte Ärgernis für die Propagandisten eines nationalen Geschichtsbildes um die Republikaner im Mittelpunkt besteht darin, dass die Geschichte über deren Ideen hinwegschritt und sie als Vertreter eines sterbenden Spaniens bedeutungslos für die Erneuerung Spaniens blieben, wie sie sich unter Franco vollzog. Nach dem Tode Francos verhielten sich auch die ehemals Besiegten oder deren Erben nüchtern und erlagen nicht der Versuchung, ihr Scheitern zu beschönigen und sich mit vergeblichem Streit nachträglich gar zum Sieger im Bürgerkrieg aufzuschwingen. Das hätte sie lächerlich gemacht und als ewig Gestrige um jedes Ansehen gebracht. Auch sie zogen aus der Katastrophe die Lehre, die schrecklichen Fehler der dreißiger und früherer Jahre nicht zu wiederholen.

Der König war von Franco erzogen worden, er suchte junge Leute aus, die sich im System bewährt hatten und deshalb wussten, wie und mit wem Veränderungen eingeleitet und erfolgreich fortgeführt werden konnten. Ihnen schlossen sich pragmatisch alle Politiker an, um von dem wirklichen Spanien ausgehend und nicht von einem erträumten, dem Staat und der Gesellschaft einen Rahmen zu geben, der elastisch genug war, dem Leben in seiner Vielfalt genug Spielraum zu seiner freien Entfaltung zu gewähren. Sie waren keine Opportunisten und unmoralische Karrieristen. Im Gegenteil, sie stifteten unter Spaniern, was diese schon lange vor der Republik und dem Bürgerkrieg vermissten, Einigkeit, und ermöglichten es jedem, sich mit Spanien als dem gemeinsamen Vaterland zu versöhnen.

Die geschichtspolitischen Gesetze sind jetzt ein Symptom dafür, dass sich diese Einigkeit aufgelöst hat. Die Idealisierung einer Republik, die nicht einem Attentat erlag, sondern an ihren eigenen Widersprüchen zerbrach, dient nicht der historischen Wahrheit, für die ohnehin keine Partei und keine Regierung zuständig ist. Es handelt sich um einen Versuch jakobinischer Vereinheitlichung, der Einigkeit verdächtig ist, weil sie Vielfalt voraussetzt. Der Verdross sehr vieler Spanier wegen der Spiele der Parteipolitiker empfängt durch solche Willkürakte neue Nahrung. Ein von derartiger Parteilichkeit geprägtes „demokratisches“ Erinnern schwächt die innere Verfassung und kräftigt sie nicht.

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010), „Wagner und Verdi. Zwei Europäer im 19. Jahrhundert“ (2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils bei Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de

Die Idealisierung einer Republik, die nicht einem Attentat erlag, sondern an ihren eigenen Widersprüchen zerbrach, dient nicht der historischen Wahrheit, für die ohnehin keine Partei und keine Regierung zuständig ist. Es handelt sich um einen Versuch jakobinischer Vereinheitlichung, der Einigkeit verdächtig ist, weil sie Vielfalt voraussetzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es gibt heute viele Gründe, sich zu ängstigen. Aber kaum jemand fürchtet den Q-Day. Dabei wäre das der schicksalhafte Tag, an dem die neuen Quantencomputer das Internet, so wie wir es derzeit kennen und nutzen, für immer zerstören. Und zwar nicht etwa deshalb, weil sie ein eigenes Bewusstsein entwickelt haben und nun zum Aufstand gegen ihre Schöpfer blasen. Vielmehr liegt die Gefahr im Missbrauch der Technik durch den Menschen.

Quantencomputer zählen zu den wichtigsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Im Gegensatz zu klassischen Rechnern vollführen sie ihre Operationen nicht fortlaufend nacheinander, sondern parallel, was ein sehr viel schnelleres Arbeiten ermöglicht. So benötigte der experimentelle Google-Quantencomputer namens Sycamore 2019 nur ganze 200 Sekunden, um eine ungeheuer komplizierte Berechnung durchzuführen, für die der damals leistungsstärkste konventionelle Supercomputer Summit von IBM ungefähr 10.000 Jahre benötigt hätte. Das birgt große Vorteile, aber auch Gefahren.

Mit Quantencomputern lassen sich hyperkomplexe Probleme in der Material- und Pharmaforschung, dem Finanzwesen, der Logistikbranche und den Naturwissenschaften in extrem kurzer Zeit lösen – beispielsweise durch die Simulation von atomaren Prozessen und der Verhältnisse in scheinbar chaotischen Systemen oder die Optimierung von schier unüberschaubar vernetzten Vorgängen.

Gleichzeitig sind Quantencomputer theoretisch aber ebenso in der Lage, alle bislang gebräuchlichen Verschlüsselungssysteme zu knacken, was fatale Auswirkungen zeitigen würde. Denn wenn wir im Netz agieren, arbeiten im Hintergrund zugleich diverse kryptographische Algorithmen. Sie verschlüsseln unsere Daten oder entschlüsseln und prüfen diese, um beispielsweise Zahlungsvorgänge abzuschern.

Wie lang ist die Galgenfrist?

Bislang existiert allerdings noch kein Quantencomputer, der es mit den gegenwärtig verwendeten Verschlüsselungen aufnehmen könnte, obwohl der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) bereits seit 2014 an der Entwicklung von kryptologisch nutzbaren Quantencomputern arbeitet und die Unternehmen Intel, IBM und Google in den vergangenen beiden Jahren Versuchsmuster mit schon recht beeindruckenden Fähigkeiten vorstellten.

Darüber hinaus vermag niemand genau vorherzusagen, wann der erste Quantencomputer die jetzigen Verschlüsselungssysteme obsolet machen wird, was vermutlich erfordert, dass die Quantenprozessoren noch etwa eintausend Mal schneller arbeiten als heute. Manche Ex-



Ist bald nichts mehr geheim? Eine neue Computergeneration gefährdet unsere Datensicherheit schon jetzt

Foto: imago images/Image Source

DATENSCHUTZ

Das größte Computer-Hacking aller Zeiten steht bevor

Neuartige Quantencomputer könnten bald praktische alle Verschlüsselungen knacken. Wissenschaftler arbeiten fieberhaft an Gegenmaßnahmen – kommen sie zu spät?

perten geben uns eine Galgenfrist von etwa fünf bis zehn Jahren. Dahingegen vertritt Juliane Krämer, Mathematikerin und Informatik-Professorin an der Universität Regensburg sowie Leiterin der dortigen Arbeitsgruppe zur Datensicherheit und Kryptografie, die Ansicht, dass der Q-Day erst um 2042 herum komme.

Aber selbst wenn dem so wäre: Die irgendwann einsatzbereiten Quantencomputer sind dennoch schon jetzt gefährlich! Grund: Für kriminelle Hacker oder Geheimdienste wie die NSA ist es kein Problem, den verschlüsselten Datenverkehr des Jahres 2022 abzufangen beziehungsweise zu speichern, um diesen dann 2027, 2032, 2042 oder später mit einem Quantencomputer zu decodieren. Hierbei würden sicher immer noch genügend sensible Informationen in falsche Hände geraten.

Angesichts dieses Gefahrenpotentials gibt es seit 2016 Bemühungen, den Q-Day durch präventive Maßnahmen zu verhin-

dern. Federführend war und ist hierbei das National Institute of Standards and Technology (NIST) in Gaithersburg im US-Staat Maryland, welches das US-amerikanische Pendant zum deutschen Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) darstellt. Diese Institution hat einen Wettbewerb ausgeschrieben und Computerwissenschaftler in aller Welt dazu aufgerufen, neue fortgeschrittenere Verschlüsselungsalgorithmen zu entwickeln, die auch von Quantencomputern nicht geknackt werden können. Und tatsächlich gingen beim NIST hieraufhin viele brauchbare Vorschläge für sogenannte Post-Quanten-Codes ein.

Aktuell kristallisieren sich dabei die gitterbasierten Verschlüsselungsverfahren als erfolgversprechendste Lösung heraus, weil sie in restlos allen Funktionen anwendbar sind, welche in IT-Systemen ablaufen. Dabei sieht das Wirkprinzip folgendermaßen aus: Gitter enthalten diverse Kreuzungspunkte von Linien. Wenn

man die Koordinaten eines Punktes kennt, der außerhalb des Gitters liegt, besteht die rechnerische Möglichkeit, diesen dem nächstgelegenen Gitterpunkt zuzuordnen. Bei zwei- oder dreidimensionalen Gittern ist das sogar relativ einfach. Für Verschlüsselungszwecke werden allerdings Gitter verwendet, die 500 oder mehr Dimensionen aufweisen, wodurch die Punktpaarbildung extrem aufwendig ausfällt.

Besser jetzt schon vorsichtig sein

Erste praktische Tests der hierauf beruhenden Post-Quanten-Codes gab es bereits – unter anderem durchgeführt von Google. Parallel hierzu bemühten sich weitere Kryptologen, alle theoretischen Möglichkeiten der Entschlüsselung solcher Codes in Betracht zu ziehen und präventiv auszuschließen. Dennoch bleiben aber zwei große Unsicherheitsfaktoren.

Der erste ist die Zeitspanne bis zur allgemeinen flächendeckenden Einfüh-

rung der neuen Verschlüsselungssysteme in der gesamten Welt des Internets sowie in der vorhandenen Zugangshardware. „Wir wissen, wie es geht; es ist nur nicht klar, ob wir es rechtzeitig schaffen werden“, bekannte der prominente Quantencomputer-Pionier Peter Shor vom Massachusetts Institute of Technology (MIT). Und dann besteht auch die Möglichkeit, dass gänzlich neue Quantenalgorithmen die innovativen Post-Quanten-Verschlüsselungen dann doch wieder aushebeln – es somit also zu einer Runde Zwei im Wettrennen zwischen Code-Entwicklern und potentiellen Code-Knackern kommt.

Man sollte sich bereits jetzt Gedanken darüber machen, welche Daten und Informationen, die momentan noch sicher verschlüsselt dem Internet anvertraut werden können, auch in fünf bis 20 Jahren niemanden etwas angehen. Und dann eben schon in der Gegenwart die entsprechende Vorsicht walten lassen.

DIKTATUR

Wie in einem finsternen Zukunftsroman

Neue Technik macht es möglich: Chinas Kommunisten wollen nun sogar die Gedanken der Menschen kontrollieren

Das Unterdrückungssystem der Kommunistischen Partei Chinas wird von Jahr zu Jahr ausgefeilter – nicht zuletzt durch den flächendeckenden Missbrauch von Künstlicher Intelligenz. Allerdings galt bislang zumindest noch der Grundsatz: „Die Gedanken sind frei!“ Doch auch das könnte sich bald ändern.

Um die fast 97 Millionen Parteimitglieder ideologisch zu indoktrinieren, wurde diesen bereits auferlegt, eine App namens Xuexi Qiangguo (zu deutsch: Von Xi lernen und die Nation stärken) auf ihrem Smartphone zu installieren. Die App meldet, wie oft der Nutzer Jubelartikel über den Kurs der chinesischen Führung

liest oder sich Propagandavideos der Partei anschaut. Wer hierbei fleißig Punkte sammelt, erhält Privilegien, wer die App ignoriert, bekommt Probleme. Dabei hat bereits das obligatorische Herunterladen Konsequenzen, denn hierdurch gewinnt die Regierung Zugriff auf Biodaten aus dem jährlichen Gesundheitscheck, die Einkaufshistorie des Nutzers, seine Standortdaten und gelöschte Inhalte. Allerdings lässt sich die Loyalität der Parteimitglieder damit trotzdem nicht mit hinreichender Sicherheit bestimmen.

Deshalb hat das Hefei Comprehensive National Science Center der Chinesischen Akademie der Wissenschaften nun

ein Programm entwickelt, das aus den Hirnströmen und der Mimik von Versuchspersonen während ideologischer „Schulungen“ ermitteln kann, inwieweit diese Menschen bereit sind, „der Partei dankbar zu sein, der Partei zuzuhören und der Partei zu folgen“.

Ein Video, welches diese neue Technologie vorstellt, wurde am 1. Juli im Internet hochgeladen, dann aber kurz darauf wieder gelöscht. Der Schritt erfolgte wohl in Reaktion auf kritische Artikel in britischen Medien wie dem „Telegraph“, der „Daily Mail“ und der „Times“, wobei der „Times“-Reporter Didi Tang als erster auf den Bericht der Forschungsein-

richtung in der Acht-Millionen-Stadt Hefei stieß.

Laut dem Kommentar zu dem Video soll das Programm zum einen ganz direkte „Empfehlungen“ geben, wie die jeweilige Versuchsperson sich politisch „weiterbilden könne“, zum anderen aber auch dabei helfen, „neue Wege für den Parteaufbau zu schaffen“. Das Ganze klingt nach einem schlechten Science-Fiction-Film, doch nach Meinung vieler IT-Experten dürfte es tatsächlich funktionieren – genau wie beispielsweise auch der „Virtuelle Staatsanwalt“, der seit Ende 2021 im People's Procuratorate of Pudong New District of Shanghai Municipality zum

Einsatz kommt und im Akkord Anklagen wegen Kreditkartenbetrugs, Diebstahls, vorschriftswidrigen Fahrens sowie „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ fabriziert.

Immerhin forschen Wissenschaftler aus dem Reich der Mitte schon seit mindestens 2018 an Verfahren zur Gedankenkontrolle. Das belegt ein Artikel in der „South China Morning Post“, in dem über entsprechende Experimente an Fabrikarbeitern in Hangzhou berichtet wurde. Nun bleibt abzuwarten, ob die westlichen Verfehrer chinesischer Methoden zur Kontrolle der Bevölkerung auch Interesse an der neuen Erfindung aus Hefei zeigen. W.K.



RAGNIT

Tilsiter nach altem Rezept

Im Deutschen Haus gibt es neben einem Restaurant eine Käserei und Zimmervermietung

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Das Königsberger Gebiet ist reich an Kontrasten. In der Stadt Königsberg und an der Küste entwickelt sich rasch neue Infrastruktur – Wohnsiedlungen, Hotels, Pensionen, Restaurants, Plätze, Erholungsgebiete, Konzerthallen und Kinos, Kasinos sowie neue Parks entstehen.

Dies kann man von den östlichen Randgebieten im nördlichen Ostpreußen nicht gerade behaupten. Sie wiesen bisher einen Entwicklungsrückstand auf. Die Geschäfte schlossen, die Menschen zogen weg, und Touristen verirrt sich kaum dorthin, da es außer verfallenen Häuserfassaden und kaputten Straßen oft wenig zu sehen gibt.

Die Stadt Ragnit, zehn Kilometer von Tilsit entfernt, direkt an der Grenze zur Republik Litauen, ist ein Beispiel dafür. In den 1990er- bis 2000er-Jahren war die Stadt verfallen und von ihren Bewohnern verlassen worden. Erst in den letzten Jahren hat eine Veränderung eingesetzt. Die Coronavirus-Pandemie und die geschlossenen Grenzen haben das Interesse an Reisen nicht nur an die Strände, sondern auch in die entlegenen Winkel der Königsberger Exklave geweckt. Und Ragnit ist zu einem attraktiven Touristenziel auf der Landkarte der Region geworden. Die Menschen kommen jetzt sowohl aus der gesamten Region als auch aus anderen Teilen der Russischen Föderation. 2021 besuchten rund 30.000 Touristen Ragnit, und viele von ihnen besuchten das berühmte Deutsche Haus.

Das Gebäude in der Polnischen Straße [ul. Pobeda 51a] beherbergt seit 1792 das Deutsche Haus mit Restaurant und Gästezimmern. Im 19. Jahrhundert nahm der Daubas-Kurweg seinen Anfang im Restaurant Deutsches Haus. Dieser führte entlang des linken Memel-Ufers bis in die sogenannte Litauische Schweiz durch einen hügeligen Mischwald.

Das Deutsche Haus bestand bis 1945. Nach dem Krieg wurde das Hotel geschlossen, das Restaurant jedoch weiter-



Wiedereröffnung: Das „Deutsche Haus“ knüpft an alte deutsche Traditionen an wie das Schild über dem Eingang (s.u.) beweist

betrieben. Der geräumige Saal mit hohen Decken wurde für Filmvorführungen und Bankette genutzt. In der Folgezeit verfiel das Gebäude und wurde baufällig. Im Jahr 2012 kaufte der Unternehmer Ivan Artjuch die Anlage. Ihm gehört eines der größten Wäschereunternehmen der Region. Er wurde auf das Gebäude in Ragnit aufmerksam und beschloss, es zu erhalten. Er beschloss, in das ehemalige Hotel zu investieren und es zu vermieten.

Da es jedoch niemand mieten wollte, beschloss der Investor, es selbst zu tun. Anfangs verließ das Geschäft mit dem Restaurant recht reibungslos. Doch 2014, nach der Einführung des Lebensmittelembargos, als die Einfuhr von Käse aus

dem Ausland verboten wurde und Lieferanten aus Litauen und Polen den Königsberger Markt verließen, kam die Idee auf, selbst Käse zu produzieren.

Im Oktober 2016 wurde die handwerkliche Käserei Tilsit-Ragnit in Ragnit eröffnet. Der Käse wird im Hinterhof des Restaurants hergestellt. Das Hauptprodukt der Käserei ist der Tilsiter Käse, der von Schweizern erfunden wurde, die vor fast 200 Jahren nach Ostpreußen zogen, und der in Tilsit hergestellt wurde, woher er seinen Namen erhielt. Französische Kritiker bezeichneten ihn damals als „Frischkäse mit Scheunenaroma“.

Die Käserei Ragnit nutzt das alte Rezept und erzielt ein ähnliches Ergebnis wie das Original. Der Geschmack ist zwar nicht der eines Heuschobers, aber er ist ebenfalls sehr ausgeprägt.

Insgesamt werden in Ragnit 13 Käsesorten hergestellt: Cachotta, Gouda, Alpkäse, Camembert, Emmentaler und weitere Sorten. Es gibt auch Unterarten mit Zusatz von Kreuzkümmel, Paprika oder Basilikum. Der Käse kann direkt im Geschäft gekauft und im Restaurant probiert werden. Auf dem Schild über dem Eingang steht, dass es sich um das Deutsche Haus handelt, ein 1792 gegründetes Restaurant und Hotel. Das Erdgeschoss des Deutschen Hauses verfügt über mehrere Räume, ein Restaurant, einen Bankettsaal und einen Verkostungsraum. Für Reisegruppen werden Kurse in der Käseherstellung angeboten. Die Zahl der Besucher steigt.



ALLENSTEIN

„Grüne Nachbarschaft“ in der Bismarckstraße

Im Rahmen eines Programms des Bürgerhaushalts wurden bereits zahlreiche Hinterhöfe gemeinschaftlich verschönert

Ein weiteres Projekt im Rahmen des Allensteiner Bürgerhaushalts, der Bürgerbeteiligung bei der Verwendung eines Teils des Stadthaushalts, betrifft die Umgestaltung des Innenhofs in der Bismarckstraße 15. Eines der Elemente des Projekts stellt ein einzigartiges Wandgemälde dar. Dadurch soll dieser Ort ein angenehmer Treffpunkt für die Bewohner der umliegenden Mietshäuser werden. Begrünt, ästhetisch ansprechend und nach den neuesten ökologischen Trends eingerichtet soll der Innenhofbereich den Wohnkomfort erhöhen.

Wie die Ideengeber der Umgestaltung sagten, habe der Hof bis zu diesem Zeitpunkt vernachlässigt gewirkt. Der wiederbelebte Innenhof soll die Anwohner ermutigen, sich um ihn zu kümmern und sie zu weiteren Nachbarschaftsinitiativen inspirieren. Das Projekt im Rahmen des Allensteiner Bürgerhaushalts ist eine

Fortsetzung von Maßnahmen des Programms „Hinterhöfe der Natur 2021“, bei dem die Bewohner unter anderem die

Einrichtung von zwei Erholungssecken und eine entsprechende Bepflanzung anstrebten. Zu den notwendigen Maßnah-

men gehört auch die Pflasterung als durchlässige Oberfläche – so soll der Wasserabfluss gewährleistet sein und die Gefahr von Überschwemmungen bei starken Regenfällen verringert werden.

Bewohner legen selbst mit Hand an

Das geplante Wandbild für den Innenhof wird eine Größe von etwa 13,5 mal 9,5 Metern haben, und es wird eine der Wände des Gebäudes in der Bismarckstraße verschönern. Es handelt sich um eine Impression der regionalen Natur, in der Tiere und Pflanzen dargestellt sind. Die Arbeiten werden mit professionellen Farben ausgeführt, die eine angemessene Farbsättigung sowie eine Witterungsbeständigkeit für mindestens 60 Monate gewährleisten.

Bei dem bereits erwähnten Programm „Hinterhöfe der Natur“ werden die Bewohner eingeladen, das Erscheinungsbild ihres Wohnumfeldes selbst mitzubestimmen.

In der ersten Programmphase erarbeiten die Stadtbewohner ein Konzept für die Entwicklung des Innenhofs, in der nächsten werden die Arbeiten gemeinsam durchgeführt. Das Programm wird in den Bereichen durchgeführt, die unter das „städtische Revitalisierungsprogramm Allenstein 2020“ fallen. Es handelt sich dabei um stark verdichtete Gebiete. Die Entwicklung von Hinterhöfen durch die Schaffung von Grünflächen ist eine Antwort auf das Problem der übermäßigen Anhäufung von Asphalt und Beton im städtischen Raum.

Derzeit läuft die sechste Auflage des Programms. In den vergangenen Jahren bekamen dank der bewilligten Mittel unter anderem die Hinterhöfe in der Zimmerstraße, in der Sandgasse, in der Kaiserstraße, der Wadangerstraße und auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz ein neues Gesicht.



Us nteSSI sitatpore laborit et que de officie ndaepudi beruntessi.

Foto: D.K.

MELDUNGEN

Anstieg der Coronazahlen

Königsberg – Im Königsberger Gebiet haben sich in der vergangenen Woche insgesamt 401 Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Zu den sieben Tagen zuvor betrug der Anstieg 75 Prozent. Diese Zahlen wurden von der regionalen Gesundheitsbehörde Rospotrebнадзор am 25. Juli veröffentlicht. Bei den meisten Patienten tritt die Krankheit in Form einer akuten Atemwegsinfektion auf, während ein Prozent an einer Lungenentzündung und drei Prozent an COVID-19 ohne Symptome leiden. Die meisten der Infizierten waren zwischen 30 und 49 Jahre alt (85 Prozent). Von 77 Bewohnern der Region, die innerhalb von 24 Stunden erkrankt waren, mussten neun ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dies ist die höchste Rate der vergangenen drei Monate. Die Eigenschaften des Virus ändern sich. Seit Anfang 2022 ist der vorherrschende Stamm „Omikron“, der sich allerdings auch verändert. Mittlerweile sind fünf Unterarten bekannt. MRK

Stadt verteuert Monatskarten

Allenstein – Während in der Bundesrepublik bundesweit das 9-Euro-Ticket eingeführt wurde mit dem Ziel, Menschen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu bewegen, zahlen Fahrgäste des öffentlichen Personennahverkehrs in Allenstein seit dem 1. Juli mehr für Zeitkarten. Nach dem neuen Tarif kostet eine reguläre Monatskarte in Allenstein umgerechnet zirka 22 statt 17 Euro. Auch Einzelfahrscheine wurden teurer. Die Preiserhöhung war nach Auffassung der Allensteiner Behörden notwendig, weil die städtischen Verkehrsbetriebe Verluste machten. Es habe sich gezeigt, dass es angesichts der Inflation und der hohen Treibstoffpreise unmöglich sei, die derzeitigen Tarife für den öffentlichen Verkehr beizubehalten. D.K.

Wir gratulieren...



Zum 106. Geburtstag

Kruska, Elsa, geb. **Tertel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 10. August

Zum 102. Geburtstag

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August

Zum 100. Geburtstag

Zornig, Edith, geb. **Fuhrmann**, aus Wehlau, am 8. August

Zum 98. Geburtstag

Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August

Grunewald, Kläre, geb. **Gutzeit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August

Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August

Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August

Zum 97. Geburtstag

Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August

Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Klokken, Kreis Elchniederung, am 6. August

Zum 96. Geburtstag

Ahlbrecht, Hildegard, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. August

Fortak, Prof. Dr. Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August

PAZ wirkt!

Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, am 10. August

Zum 95. Geburtstag

Barth, Herta, geb. **Gollack**, aus Wehlau, am 7. August

Sadlowski, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

Zum 94. Geburtstag

Alexander, Ruth, geb. **Weituschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August

Ciastek, Ursula, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August

Grafe, Hertha, geb. **Stepputat**, aus Kamanten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. August

Kampmann, Fred, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 8. August

Kusserow, Hanna, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 6. August

Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August

Pachan, Hugo, aus Wheerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Piechotka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August

Windwehr, Käte, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 9. August

Zum 93. Geburtstag

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August

Bierfreund, Brunhilde, geb. **Bytzek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 5. August

Brasgalla, Eitel, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August

Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August

Hrastnick, Erna, geb. **Krüger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 9. August

Kazich, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 7. August

Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August

Kinne, Irmgard, geb. **Buddrus**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August

Kummer, Waltraut, geb. **Kirstein**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 9. August

Mark, Edith, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. August

Nellesen, Helmut, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. August

Ollesch, Ursula, geb. **Wulf**, aus Wehlau, am 8. August

Schmidt, Erika, geb. **Maschlini**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 9. August

Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August

Söcknik, Harry, aus Dorf Trakehen, Kreis Ebenrode, am 8. August

Zum 92. Geburtstag

Bölk, Frieda, geb. **Thiel**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Graefe, Inge, geb. **Erdmann**, aus Lyck, am 9. August

Lehmer, Gertrud, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 6. August

Niewierra, Hildegard, geb. **Masannek**, aus Neidenburg, am 11. August

Pietsch, Helga, geb. **Matties**, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 7. August

Rudat, Kurt, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 7. August

Schlennstedt, Annemarie, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 7. August

Spohrer, Ursula, geb. **Matern**, aus Fischhausen, am 9. August

Tuchlinski, Carmen, geb. **Wöhre**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. August

Zschäbitz, Ingeborg, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 11. August

Zum 91. Geburtstag

Acker, Irmgard, geb. **Sdorra**, aus Lyck, am 7. August

Altenberend, Gerda, geb. **Dunkel**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 11. August

Bischoff, Hildegard, geb. **Köppe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 9. August

Eixmann, Irene, geb. **Stahl**, aus Schuckeln, Kreis Ebenrode, am 8. August

Gall, Renate, geb. **Regehr**, aus Schreitlacken, Kreis Fischhausen, am 8. August

Hechler, Eva, geb. **Barnowski**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. August

Hoelt, Margot, aus Borowitz Mühle, Kreis Neidenburg, am 6. August

Jerosch, Magdalene, geb. **Elian**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. August

Kostrewa, Lothar, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. August

Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. August

Lewandrowski, Heinz, aus Neidenburg, am 9. August

Rosowski, Anneliese, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. August

Scharfenort, Georg, aus Salza, Kreis Lötzen, am 7. August

Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 10. August

Schroll, Maria, geb. **Gwisda**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 10. August

Seidler, Klara, geb. **Wosing**, aus Wehlau, am 8. August

Switalski, Johanna, geb. **Gertulla**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 6. August

Wolff, Günther, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 8. August

Zum 90. Geburtstag

Behrens, Gerhard, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. August

Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 9. August

Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August

Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. August

Kanigowski, Irmgard, geb. **Wilke**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. August

Kloß, Edelgard, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 8. August

Merkeliunas, Vincas (Willi), geb. **Batschkus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. August

Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Straußen, Kreis Lyck, am 10. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Pullwitt, Heinz, aus Barten, Kreis Mohrungen, am 11. August

Quass, Werner, aus Tannau, Kreis Treuburg und aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 8. August

Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. August

Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August

Speicher, Gerhard, aus Lyck, am 6. August

Tarrach, Artur, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 7. August

Upadek, Irma, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

Wilzewski, Ulrich, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 9. August

Wydra, Hans-Joachim, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. August

Zum 85. Geburtstag

Dargel, Hannelore, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 8. August

Goetzle, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. August

Grahs, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 8. August

Jakubzik, Isolde, geb. **Faltin**, aus Treuburg, am 5. August

Kaminski, Käthe, geb. **Andrioff**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Klein, Ruth, geb. **Granitz**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 8. August

Korte, Johanna, geb. **Lask**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 5. August

Krygier, Hildegard, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 7. August

Lach, Horst, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 9. August

Lambrecht, Anneliese, geb. **Matzeit**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 10. August

Lingnau, Marianne, geb. **Kaspar**, aus Königsberg, am 11. August

Moysig, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 11. August

Porepp, Eva, geb. **Baumgarth**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. August

Rasch, Siegwald, aus Lötzen, am 8. August

Tittel, Ingeborg, geb. **Lewandrowski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Treanor, Irmgard, geb. **Podlasly**, aus Treuburg, am 9. August

Willamowski, Walter, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. August

Wohlgemuth, Gerhard, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 5. August

Zum 80. Geburtstag

Apfelbaum, Ilse, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 7. August

Bohn, Renate, geb. **Urbick**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. August

Hartung, Peter, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 9. August

Hölger, Sigrid, geb. **Busch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. August

Mathiszik, Siegfried, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. August

Packhäuser, Karsten, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 7. August

Schweizer, Sabine, geb. **Soult**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 5. August

Stelzer, Gertrud, geb. **Doliwa**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 7. August

OL

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen und Veranstaltungen im August

innerungsarchäologie, Objektcollagen von Frank Popp (1941-2020).

eintritt. Eine Anmeldung ist unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ausstellungen Noch bis 16. Oktober: Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers.

Veranstaltungen Sonntag, 7. August, 14 Uhr: Sonntagsführung mit Dr. Jörn Barfod, Finissage der Kabinettausstellung „Königsberger Rot“, Eintritt: 1,50 Euro zuzüglich Museums-

Ostpreußisches Landesmuseum Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Noch bis 7. August, Kabinettausstellung: Königsberger Rot – Er-

Zusendungen für die Ausgabe 33/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 33/2022 (Erstverkaufstag 19. August) **bis spätestens Dienstag, den 9. August**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Termin und Bericht

Hof – In der nächsten Veranstaltung wird es um den Mauerbau am 13. August und das ostpreußische Wappentier, den Elch, gehen.

Wasserwege in Ost- und Westpreußen und ihre Bedeutung

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, traf sich im Juli in der Gaststätte Jahnheim. Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern. Er hatte einen umfangreichen Vortrag zum Thema „Wasserwege in Ost- und Westpreußen und ihre Bedeutung“ vorbereitet. Unterstützt von anschaulichem Bildmaterial und verschiedenen Landkarten bzw. Ausschnitten führte er die interessierten Zuhörer über die verschiedenen Wasserwege durch Ost- und Westpreußen.

Als die Region im 13. und 14. Jahrhundert erschlossen wurde, war der bestehende Urwald oft nur auf Gewässern oder in Ufernähe zu durchdringen. Bis in die Neuzeit hinein blieben die Wasserstraßen auf Flüssen und die vielen Seen die wichtigsten Transport- und Verkehrswege. Mit dem Blick auf die Karte Ost- und Westpreußens fällt ein ganzes Netz an Gewässern auf, zuerst die Ostseeküste, dann eine große Anzahl von Seen und diversen Flüssen, die durch künstlich geschaffene Kanäle verbunden sind. Christian Joachim begann seine Schilderung mit der Memel, die heute in einem Abschnitt die Grenze zwischen Belarus und Litauen und am Unterlauf die Grenze zur Oblast Kaliningrad bildet. Von dem weit gefächerten Mündungsdelta am Kurischen Haff

bestand durch die Memel mit den Verbindungskanälen zum Dnepr (1765–68 gebaut), zur Weichsel (1839) und zum Frischen Haff in alle Richtungen ein Wasserwegnetz, auf dem reger Gütertransport stattfand. Neben den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde vor allem Holz bis zur Mündung transportiert und später, zum Teil verarbeitet, über die Ostsee bis nach England verschifft.

Rund 70 Kilometer südlicher, fast parallel zur Memel, ist der Pregel zu finden. Der Fluss ist in seiner ganzen Länge von 123 Kilometern von Insterburg bis ins Frische Haff schiffbar. Über verschiedene Abzweigungen bestehen Verbindungen zum Kurischen Haff und zur Memel. Im 17. Jahrhundert begann man die masurischen Seen mit Kanälen zu verbinden und die sehr flache Angerapp schiffbar zu machen.

Durch finanzielle und technische Probleme wurde das Vorhaben 1774 eingestellt. Auch bei der Schiffbarmachung der Alle tauchten große Schwierigkeiten auf. Vom Teilausbau zwischen Wehlau und Friedland profitierten die Ziegeleien der Region. Manche Kanalbaupläne verschwanden auch wegen der zunehmenden Bedeutung des Eisenbahnverkehrs in der Versenkung.

Zwischen 1890 und 1901 wurde der Königsberger Seekanal mit einer Fahrinne von 6,7 Metern Tiefe und einer maximalen Breite von 30 Metern gebaut, sodass Waren im Hafen gleich auf seegängige Schiffe verladen werden konnten. Am schnellen Transport ihrer Produkte in den Westen waren auch die ostpreußischen Landwirte interessiert. Dazu waren aber mehr Kanäle als Verbindungen nötig.

Schwierig waren beim geplanten Masurischen Kanal die Höhenunterschiede von 111 Metern. Mit zehn gigantischen Schleusen sollten diese überwunden werden. Die Bauarbeiten wurden durch die beiden Weltkriege unterbrochen und nur eine der geplanten Schleusen,



Hundegatt Blick in den Königsberger Hafen, der nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bau von drei neuen Hafenbecken zu einem wichtigen Umschlagsplatz für Waren wurde

Foto: Wikipedia

die auf polnischem Gebiet bei Guja liegt, fertiggestellt. Bereits im Mittelalter war der Königsberger Hafen von überregionaler Bedeutung. Der Deutsche Orden handelte mit Bernstein, Kupfer, Wachs, Pelzwerk, Getreide und Holz. Der Innenhafen entstand ab 1902, nachdem bis dahin die beiden Arme des Pregels als Hafenplatz gedient hatten.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden drei neue Hafenbecken gebaut. Die Abtrennung Ostpreußens vom deutschen Reichsgebiet nach dem Friedensvertrag von Versailles machte den Ausbau des Königsberger Hafens zum Hochseehafen erforderlich. 1930 hatte Königsberg den modernsten Ostseehafen mit über 4000 gelöschten Schiffen. Ein besonderes Plus des Hafens war seine Eisfreiheit, sodass keine Winterpause nötig war.

Ein weiterer Wasserweg, der heute eine touristische Attraktion ist, war der Oberländer Kanal. Er verläuft von Deutsch Eylau über

Osterode bis Elbing zum Frischen Haff. Seine Besonderheit, die fünf Rollberge, half bei der Bewältigung des Höhenunterschieds von 99 Metern. Die Schienenwagen transportieren die Schiffe über Land und sind als Standseilbahnen ausgelegt, die von Wasserrädern angetrieben werden. Das Kanalsystem gilt als technisches Denkmal und steht daher unter Denkmalschutz.

Am Ende seiner Ausführungen ging Herr Joachim noch auf die Weichsel ein. Diese verläuft hauptsächlich durch Westpreußen. Mit ihren 1048 Kilometern ist sie der längste Fluss im heutigen Polen. Sie ist größtenteils naturbelassen und entspringt in den Schlesischen Beskiden, einem Gebirgszug. Das Delta der Weichsel, zu dem auch die Mottlau in Danzig und die Nogat in Elbing gehören, liegt südlich der Danziger Bucht. Durch ihr Delta führen viele Kanäle und Flüsse, die mit kleineren Booten befahren werden können. Die Weichsel ist

nicht durchgehend schiffbar. Von Warschau bis Danzig ist sie aber ein Teil der internationalen Wasserstraßen E40 (Ostsee bis Schwarzes Meer) und E70 (Antwerpen bis Memel). Christian Joachim schloss seinen Vortrag mit dem Fazit, dass in Ostpreußen schon früh ein Wasserwegnetz geplant und zum Teil umgesetzt wurde und empfahl bei einem Besuch in der Heimat unbedingt eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal.



Bremen

Nachruf

Nachruf auf Hartmut Perschau, geboren 28. März 1942 in Danzig, gestorben. 25. Juli 2022 in Bremen.

Mit großer Betroffenheit haben die Bremer Ost- und Westpreußen vom Tod Hartmut Perschaus erfahren.

Als Hartmut Perschau 1995 aus Hamburg nach Bremen kam, hatte er sich bereits als Gestalter norddeutsch-hanseatischer CDU-Politik einen allseits geschätzten Namen gemacht.

Hier trat er als Bürgermeister und Senator für Finanzen in eine Große Koalition unter Führung von Henning Scherf ein. Damit begann auch für unsere Landsmannschaft eine Phase verbesserter Wertschätzung im Land Bremen. Im November 1998 durften wir zu unserem 50-jährigem Bestehen Gast eines Senatsempfangs im Festsaal des Bremer Rathauses sein. Zum gleichzeitigen Erscheinen der von uns herausgegebenen Dokumentation zur Eingliederung der Vertriebenen in Bremen „Bremen hat Zuzugssperre“ erfuhren mehr als 400 Gäste in der Oberen Rathauhalle von der persönlichen Verbundenheit Hartmut Perschaus mit seiner Heimat im unteren Weichselland.

In diesem Sinne war er auch bereit, auf unseren Vorschlag einen Senatsempfang für Alfred Cammann, verdienter Erzählforscher der ostdeutschen Volkskunde, im Rathaus auszurichten.

Der „Spiegel“ schrieb kurz vor der Bürgerschaftswahl 1999 über den Politikstil in der Großen Koalition: „Der neue Stil, das seien ‚Entscheidungen auf Zuruf‘, ohne Aktenberge und Gegenanträge. Immer montags morgens treffen sich Scherf und sein CDU-Stellvertreter Hartmut Perschau in dessen Arbeitszimmer im Finanzsenat, um die grobe Linie zu verabreden, der Kabinett und Fraktionen dann zu folgen haben.“ Hartmut Perschau soll damals über Henning Scherf, den Präsidenten des Senats, gesagt haben: „Wenn er den Frieden mit mir halten will, dann muss er CDU-Politik durchsetzen. Und das macht er mit mir seit einigen Jahren ...“

Als populärer Spitzenkandidat der Bremer CDU erreichte er bei der Bürgerschaftswahl 1999 mit 37,1 Prozent das bis dahin beste CDU-Ergebnis.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

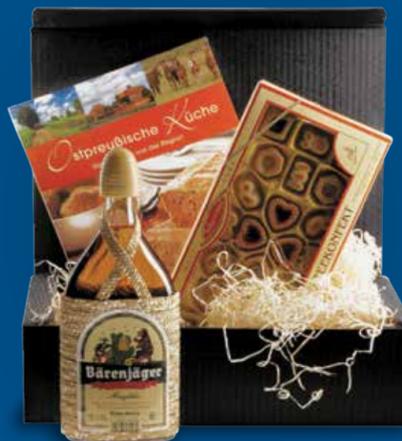
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Als die Grünen 2007 die CDU als Bündnispartner der Sozialdemokraten ersetzten, war das für ihn der Beginn des Abschieds aus der Politik, den er Ende 2009 endgültig vollzog.

Dass unsere Landsmannschaft sich gerade in jenem Jahr erweiterte und die Westpreußen und insbesondere auch die Danziger integrierte, hat ihn sehr gefreut. Erneut war er gerne als Redner zu uns gekommen und begleitete unsere Erweiterung mit guten Wünschen und Worten der Zuversicht.

Unsere Landsmannschaft wird Hartmut Perschau stets in sehr guter Erinnerung behalten.



Freuten sich, endlich wieder zusammenzukommen: Teilnehmer der Kreisgruppe Wiesbaden beim diesjährigen Garten-Sommerfest Foto: Schetat

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Sommer-Gartenfest

Wiesbaden – Unter dem breiten und schattenspendenden 60 Jahre alten Nussbaum des „Gutshof-Erbenheim“ konnten sich die Besucher beim gewohnten „Sommer-Gartenfest“ vergnügen. Die aufgespannte Fahne mit der Elchschaufel ließ erkennen, dass sich hier eine Schar von Ostpreußen und Freunden der Landsmannschaft nach zwei Jahren Pandemie-Zwangspause wieder zusammengefunden hatte.

Gleich zu Beginn hatte der Vorsitzende Dieter Schetat aufgerufen, bei der Hitze reichlich zu trin-

ken. So standen dann auch während des ganzen Festes Mineralwasser und Säfte aus biologischem Anbau des Gastgebers Dr. Ralf Schaab – ausgewiesener Fachmann in Pflanzenanbau und Agrarökonomie – als kühle Erfrischung zur Verfügung. Besonders gelobt wurde der selbst gebackene Kuchen der Damen des Hofes, der für die Kaffeetafel in reicher Auswahl aufgetischt war. Natürlich gab es auch genügend Zeit zur Unterhaltung und zum Austausch von Erinnerungen und „Plachandern“.

Bei der anschließenden Feldrundfahrt im Planwagen durch die Wiesen und Felder des umweltfreundlich geführten Bauernhofes gab es von Mitarbeiter Michael

Sandstedt manch Wissenswertes zur ökologischen Landwirtschaft und zum Klimaschutz zu hören. Leider hatten die Störche, die hier hin und wieder nach Futter suchen, vermutlich wegen der Hitze eine Ruhepause eingelegt.

Vergnügliche Abwechslung vor dem Abendessen bereitete das beliebte Würfelspiel, bei dem die glücklichen Gewinner Margitta Krafczyk, Irmgard Jelonnek und Gerhard Skibka vom Vorsitzenden mit Sektgeschenken belohnt wurden.

Zur Stärkung für den Heimweg gab es die sehlichst erwartete Vesperplatte mit allerlei Leckereien und den dazu passenden Getränken. Weil der Nachmittag allen

gut gefallen hatte, erhielten Frau Schaab und Herr Sandstedt Lob und Anerkennung für die freundliche und einfühlsame Betreuung. Wie am Ende zu hören war, freuen sich die Besucher schon auf das Sommer-Gartenfest im nächsten Jahr.



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby.

Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen Seestadt Pillau e.V.

Eckernförde – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3; 68. Pillauer Treffen in der Patenstadt Eckernförde. Dazu laden wir herzlich ein und freuen uns auf ein Wiedersehen.

Das Treffen beginnt am Sonnabend, 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3. Gäste sind willkommen. Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach zum Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr, gebucht.

Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag, um 12 Uhr, statt.

Ab 13.30 Uhr treffen wir uns dann wieder im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. Ein Unterhal-

tungsprogramm ist noch in Vorbereitung. Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. *Christina Ziegler*

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amsehlstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil am 10. und 11. September 2022

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Kommen auch Sie am 10. und 11. September ins Hotel Haase, Lehrter Straße 12, in 31303 Burgdorf bei Hannover. Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase: Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Rätsel

Magisch: 1. Jodsalz, 2. Isthmus, 3. Blonson, 7. Tivoler – Sanduhr, 4. Cardinen, 5. Erlaubnis, 6. Hoehlen, 2. Aufnahme, 3. Kaninchen, 1. Bleistift, Mittelworträtsel: 1. Bleistift, 2. Aufnahme, 3. Kaninchen, 4. Cardinen, 5. Erlaubnis, 6. Hoehlen, 7. Tivoler – Sanduhr, 3. Blonson

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

PAZZ2 31

Schüttelrätsel

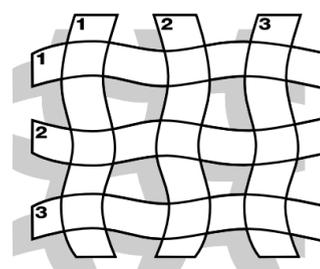
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABEGI LMMST	ABTU	BDEIN	EMSU	EEGNN	BBEU	EINR	ILNZ
FGUU					IRU		
AEEJ NT		BEIN RS					
				ENZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein mechanischer Zeitmesser.

1	DRUCK						MINE
2	TON						LEITER
3	HAUS						STALL
4	TUELL						STOFF
5	START						SCHEIN
6	FELS						MENSCH
7	SUED						HUT



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 angereicherte Speisewürze
- 2 Landenge
- 3 sportliche Jacke

Heimatkreisgemeinschaften

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Meter Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Sonnabend, 10. September:

9.00 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“ in Burgdorf, Lehrter Str. 12

10.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park

Ab 10.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.

11.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im „Hotel Haase“

15.30 Uhr: Sondertreffen „Zinten-Stadt“ (für alle)

Ab 18.30 Uhr Gemütliches Beisammensein

Sonntag, 11. September:

9.00 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“

ca. 10.00 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“

11.00 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im „Hotel Haase“

Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz

Ostpreußenlied

Totenehrung (Arnold Hesse, Kreiskarteiführer und Kassenwart)

Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...)

Grüßworte

Festansprache: Viola Reyentanz, Kreisvertreterin

Thema: „Heimattreue aus der Sicht einer Nachgeborenen“

Instrumentalstück

Schlusswort der Kreisvertreterin

Deutschlandlied 3. Strophe

16.00 Uhr Offizielles Ende des Hauptkristreffens

Änderungen vorbehalten

Am Abend vor dem Kreistreffen, am 9. September, 19 Uhr, findet unser traditionelles Matjesessen statt, ebenfalls im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Es soll all jenen, die schon am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an die Kreisvertreterin Viola

Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343)-433, E-Mail: reyvio@web.de

Aufgrund von durch Corona eventuell herrschenden Einschränkungen müssen wir uns Änderungen des Programms vorbehalten.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hauptkristreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September, Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Hauptkristreffen.

TOP 1–10 Chor, Begrüßung/Bericht Kreisvertreter, Eröffnung und Begrüßung Vorstand, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bericht Kassenprüfer/Entlastung,

Bericht Sachstand Kreiskartei, Chor, Geistliches Wort, Gedenkminute, Planungen 2022/2023, Grußwort Patenkreis, Grußwort ROSCH, Patenschaftsbetreuer, Ehrungen/Laudatio, Chor, Schlusswort Vorstand, Chor – gemeinsames Singen.

TOP 1–10 Chor, Begrüßung/Bericht Kreisvertreter, Eröffnung und Begrüßung Vorstand, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bericht Kassenprüfer/Entlastung, Bericht Sachstand Kreiskartei, Chor, Geistliches Wort, Gedenkminute, Planungen 2022/2023, Grußwort Patenkreis, Grußwort ROSCH, Patenschaftsbetreuer, Ehrungen/Laudatio, Chor, Schlusswort Vorstand, Chor – gemeinsames Singen.

Frage an die Leser

Königsberger Foto gesucht. Für eine Arbeit an der RWTH Aachen über den ostpreußischen Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel wird ein Foto des Meridianzeichens der Sternwarte Königsberg gesucht. Das Meridianzeichen stand an der Hubertusstraße, nahe dem Schwanenteich und wurde vermutlich im Zweiten Weltkrieg zerstört.

Informationen bitte an Ulrich Arndt, Am Knöpp 22, 52156 Monschau, E-Mail: uli.arndt@onlinehome.de

Satzungsgemäße Änderungen vorbehalten.

Einladungen zu diesem Hauptkristreffen wurden allen Mitgliederinnen/Mitglieder schriftlich satzungsgemäß übersandt.

Der Vorstand



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Wahl des Kreistages im Jahr 2023

Kandidaten

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach § 10 unserer Satzung sind 15 Mitglieder des Kreistages zu wählen. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl. Gemäß § 2 Absatz 4 der Wahlordnung hat der Kreisausschuss am 30. Januar 2022 folgenden Wahlvorschlag beschlossen:

- Behrendt, Klaus, 1938 (Lyck), Sandstraße 28, 80335 München.
- Cub-Teufel, Adele, 1949 (Lyck), Catenhorner Straße 49, 40882 Ratingen.
- Czerwinski, Siegmund, 1939 (Andreken), Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.
- Czudnochowski, Dieter-J., 1947 (Morgengrund), Lärchenweg 23, 37079 Göttingen.
- Dombrowski, Werner, 1938 (Skomanten), Am Brüngröbroich 9, 40764 Langenfeld.
- Donder, Reinhard, 1941 (Kalkofen), Seebergen 2, 22956 Lütjensee.
- Fenner, Sebastian, 1971 (Kaltlagen), Seestraße 4, 83209, Prien am Chiemsee.
- Gentek, Uwe, 1959 (Neumalken), Tuppenend 25 a, 41749 Viersen-Süchteln.
- Heupel, Gesine, 1967 (Morgengrund), Bürgerstraße 35, 36199 Rotenburg a. d. Fulda.
- Janzig, Gerhard, 1940 (Waiblingen), Wichernstraße 42, 42653 Solingen.
- John, Ewa, 1957 (Lyck), Mittelweg 2, 54293 Trier.

12. Kalisch, Hans Peter, 1963 (Lyck), August-Grabbe-Siedlung 28, 31840 Hessisch Odendorf.

13. Komossa, Manfred, 1944 (Langheide), Theodor-Heuss-Straße 30, 96215 Lichtenfels.

14. Mader, Heidi, 1964 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

15. Mader, Marc, 1986 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

16. Mader, Michael, 1956 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

17. Meiburg, Dirk, 1972 (Sarken), Patriotischer Weg 58, 18057 Rostock.

18. Moucha, Gerdt, 1947 (Petzkau), Haselnussweg 10, 14624 Dallgow-Döberitz.

19. Nilson, Anorthe, 1944 (Morgengrund), Kopenhagenstraße 18, 37079 Göttingen.

20. Norra, Wilhelm, 1938 (Sarken), Anna-Spiegler-Straße 67, 28277 Bremen.

21. Pistorius, Günter, 1954 (Keipern), Mannesmannstraße 2, 58452 Witten

22. Schenkewitz, Andreas, 1956 (Maschen), Am Wall 65, 15366 Hoppegarten

23. Schneider, Herbert, 1940 (Fließdorf), St.-Ulrich-Straße 2, 86899 Landsberg a. L.

24. Vogel, Hans Ulrich, 1957 (Lindenfließ), Ilenbrook 24, 21107 Hamburg.

25. Wiesensee, Bärbel, 1946 (Mostolten), Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten.

Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, einzureichen.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten.

Bärbel Wiesensee,
Kreisvertreterin

PAZ wirkt!



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

66. Hauptkristreffen

Wesel – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Hauptkristreffen in Wesel mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. August:

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube

ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August:

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82

10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel

14.30 Uhr: Hauptkristreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff,

Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen

16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg

16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

Wesel – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr, in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkristreffens mit folgender Tagesordnung:

- Begrüßung durch den Kreisvertreter
- Feststellung der Anwesenheit und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr
- Bericht des Kreisvertreters
- Kassen und Prüfungsbericht
- Entlastung des Vorstands und der Kassenführung
- Haushaltsplan 2023
- Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“
- Bildband
- Rastenburg Treffen 2019–2023
- Verschiedenes
- Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff
Kreisvertreter

Trakehner Verband



Im Zeichen der Elchschaufel
Vier Tage lang fand in Münster-Handorf das diesjährige Reitpferdeturnier statt, bei dem hoffnungsvolle Sportpferde in

drei Disziplinen gegeneinander antraten. Das Bild zeigt Vanessa Siedenkopf vom RSG Uelzener Land e.V. auf dem Trakehner Salvana's Habitus.



OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Noch bis 16. Oktober: Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers.

Veranstaltungen

Donnerstag, 11. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn „Im Garten des Malers – Impressionistische Malerei“. Was ist eigentlich Impressionismus, und woran kann man ihn erkennen? Anmeldung per E-Mail: bildung@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950.

Dienstag, 16. August, 14.30 Uhr, 3,- Euro zuzüglich ermäßigter Eintritt (mit Kaffee, Tee und Gebäck): Vortrag von Eike Eckert „Macht, Pracht und Intrigen – die Karriere des Zarinne-Günstlings Ernst Johann von Biron (1690 – 1772), Herzog von Kurland und Semgallen“. Vor 350 Jahren verstarb Ernst Johann von Biron, seit 1737 Herzog von Kurland und Semgallen. Als Günstling der Zarin Anna Ivanovna lenkte er für ein Jahrzehnt die Regierungsgeschäfte Russlands. Der als ehrgeizig und habgierig dargestellte Biron schuf in seinem Herzogtum Prachtbauten wie das Schloss

Ruhental/Rundale. Gleichzeitig war er beim russischen Adel verhasst. Als er 1740 als Regent des Russischen Reiches den Gipfel seiner Macht erreichte, wurde er festgenommen und nach Sibirien verbannt. Eckert beleuchtet die außergewöhnliche Karriere Biron, die mit der Verbannung noch keinesfalls beendet war. Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38 21335 Lüneburg

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

OSTPREUSSENS TIERWELT

Refugium für sensible Tierarten

In der östlichsten Provinz des Deutschen Reiches fühlten sich viele Lebewesen wohl

VON WOLFGANG KAUFMANN

Durch seine sanften Hügel- und Heidelandschaften, breiten Flussniederungen, Moore und dichten Waldgebiete in Verbindung mit einer vergleichsweise recht geringen Bevölkerungsdichte zählte Ostpreußen seit jeher zu den wichtigsten Refugien für sensible Tierarten in Deutschland, wenngleich manche Spezies dann letztendlich auch hier ausgerottet wurde.

Das galt beispielsweise für Wisente und Bären. Der letzte Wisent in Ostpreußen starb bereits im Jahre 1755. Damals gab es nur noch vier Exemplare des Europäischen Bisons auf deutschem Gebiet, von denen man drei in einen Wildpark bei Berlin brachte, während der vierte zwei Raubschützen zum Opfer fiel, die für ihre Tat zehn Jahre Festungshaft erhielten. Und ein knappes halbes Jahrhundert später, nämlich 1804, starb auch der letzte Bär in Ostpreußen – erschossen vom Sohn des Försters von Puppen. Wobei hier aber keine Bestrafung erfolgte, weil nach wie vor eine Weisung Friedrich des Großen vom 23. Oktober 1740 Gültigkeit besaß, der zufolge die „sich mehrenden Bären“ als „culturschädliche Thiere ... brav tod geschossen werden“ sollten.

Wisente und Bären

Diese radikale Entscheidung des Königs resultierte aus dem Umstand, dass die mittlerweile rund einhundert Bären in Ostpreußen damals immer öfter in menschliche Siedlungen eindrangten und Kälber oder Schafe rissen sowie Bienenkörbe plünderten. Allerdings dauerte es dann noch 64 Jahre, bis der letzte Vertreter der in Ostpreußen ansässigen Europäischen Braunbären zur Strecke gebracht werden konnte, wobei später wiederholt noch einzelne zugewanderte Tiere Jägern vor die Flinte gerieten.

Dahingegen schafften es die Wölfe, in Ostpreußen zu überleben, obwohl auch



Majestätisch schreitet er durch die Wälder: der Elch, „Wappentier“ der Landsmannschaft Ostpreußen

Foto: Shutterstock

sie unter enormem Verfolgungsdruck standen, weil sie über das Weidevieh herfielen. So kam es alleine im Zuständigkeitsbereich der Königsberger Kammer im 18. Jahrhundert zum Abschuss von rund 600 Wölfen pro Jahr. Und Friedrich Wilhelm III. erhob mit dem Jagdregal vom 4. Januar 1814 die Wolfsjagd schließlich gar zur staatsbürgerlichen Pflicht. Ebenso berichten die historischen Quellen von 101 erlegten Wölfen zwischen 1900 und 1944. Die meisten dieser Tiere traf es dabei im Raum der Masurischen Seenplatte und in den Memelforsten an der Grenze zu Litauen. Heute leben in den Wäldern Ermlands und Masurens wieder 114 Wölfe in 24 Rudeln, wie eine Zählung der polnischen Forstbehörden im Februar 2022 ergab.

1500

Elche lebten 1945 in dem 46.550 Hektar großen Reichsnaturschutzgebiet „Deutscher Elchwald“

Außerdem wäre da noch der Elch, ein nachgerade idealtypischer Vertreter der Fauna Ostpreußens: Man kann den größten und majestätischsten Angehörigen der Familie der Hirsche mit Fug und Recht als absoluten Ureinwohner der Region bezeichnen. Und hier überlebte der Elch im Gegensatz zum übrigen Deutsch-

land auch das Vordringen der „Zivilisation“, weil die brandenburgisch-preussische Herrscher bereits ab 1638 ständig neue Schutzmaßnahmen zu seinen Gunsten verfügten. Dennoch schwankte die Zahl der Elche in Ostpreußen im Laufe der Zeit sehr stark – insbesondere, wenn militärische Auseinandersetzungen tobten.

So schrumpfte der Bestand während des Siebenjährigen Krieges auf gerade einmal sieben Tiere, während man 1914 wieder von 800 Exemplaren ausging. Bis 1945 hatten sich die Elche dann sogar derart vermehrt, dass die Behörden 1500 Stück registrierten. Dies lag unter anderem an der Errichtung des 46.550 Hektar großen Reichsnaturschutzgebietes

„Deutscher Elchwald“ östlich und südöstlich des Kurischen Haffs per Verordnung von 12. September 1937. Heute soll sich nach der zwischenzeitlich fast vollständigen Ausrottung des Elches in der Region während der Wirren nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eine beachtliche Population durch Zuwanderung aus Polen und Litauen gebildet haben.

Ostpreußen als Vogelparadies

Ansonsten gehört auch der Weißstorch zu den ganz charakteristischen Angehörigen der Tierwelt Ostpreußens. 1905 zählten die Behörden fast 15.000 Horstpaare in den Regierungsbezirken Königsberg, Allenstein und Gumbinnen. Und 1934 waren es schließlich bereits über 18.000, wobei diese genau 36.617 Jungstörche großzogen. Somit brüteten damals 54 Prozent aller im Deutschen Reich registrierten Horstpaare in Ostpreußen. Und heute findet der Weißstorch auf dem Territorium der ehemaligen preussischen Provinz ebenfalls noch recht vorteilhafte Lebensbedingungen, obgleich seine Population gegenüber 1934 um ein Viertel zurückging.

Der Stellenwert Ostpreußens als Vogelparadies zeigt sich darüber hinaus an der großen Zahl von Zugvögeln, die hier auf dem Weg nach Süden Zwischenstation machen. Dabei bildet die 98 Kilometer lange Kurische Nehrung einen regelrechten Flaschenhals, der in Spitzenzeiten tagtäglich von bis zu zwei Millionen Vögeln auf Wanderschaft passiert wird. Deshalb entstand auf der Halbinsel dann auch die erste ornithologische Forschungsstation der Welt: Die Vogelwarte Rossitten nahm am 1. Januar 1901 ihren Betrieb auf und gehörte ab 1923 zum Netzwerk der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Ihrer kriegsbedingten Evakuierung im Oktober 1944 folgte dann 1946 die Neueröffnung in Möggingen bei Radolfzell am Bodensee.

KULTURTAGUNG

Traditionen als Trend?

Brauchtum und Traditionen der Deutschen aus dem östlichen Europa im Fokus der Kulturtage des BdV Hessen in Wiesbaden

Bei der diesjährigen Kulturtagung des BdV-Landesverbandes Hessen Mitte Juli in Wiesbaden-Naurod drehte sich thematisch alles um Traditionen und Bräuche der Deutschen aus dem östlichen Europa und den ehemaligen Staaten der Sowjetunion.

Zwei Impulsvorträge sowie eine Autorenlesung führten wissenschaftlich und literarisch in die angebotenen Arbeitsgruppen ein, in denen sich die Teilnehmer aller Altersklassen generationenübergreifend mit dem eigenen Traditionsverständnis und dem anderer kreativ auseinandersetzen konnten.

Nach der Eröffnung und Begrüßung der Teilnehmer und Gäste – darunter der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegfried Ortman –, durch die BdV-Landeskulturbeauftragte Rose-Lore Scholz, sprach der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Unterausschusses im Hessischen Landtag für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW), Andreas Hofmeister, ein Grußwort. Er sei dankbar, dass der BdV nach einer coronabedingten Pause seine Kulturtage wieder aufleben lasse.

Agnes Maria Brüggling-Lazar, Kulturreferentin in der BdV-Landesgeschäftsstelle, stellte die Arbeit des BdV-Kulturreferates

vor, die europäisch und generationenübergreifend ausgerichtet sei. In ihrer Präsentation wurde die Veranstaltungsvielfalt sichtbar, die von Ausstellungen, Vorträgen und Tagungen bis hin zur Inventarisierung von Heimatsammlungen reicht. Zu den umfangreichen digitalen Projekten gehört insbesondere der YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes CULTURE TO GO mit derzeit 80 Beiträgen.

Ergänzend hierzu gab Carlos Mühlhaus einen Einblick in die Arbeit der Podcast-Redaktion. Beim Interview-Podcast zur europäischen Zeitgeschichte geht es um Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung, aber auch um das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa. Im Mittelpunkt stehen Gespräche mit Zeitzeugen, deren Enkeln oder mit Experten auf dem Gebiet.

In wissenschaftlichen Vorträgen erhielten die Teilnehmer wichtige Impulse für die Arbeit in den Arbeitsgruppen am nächsten Tag. Die in Budapest geborene Ungarndeutsche Csilla Schill, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Volkskunde der Deutschen im östlichen Europa (Freiburg), gab in ihrem Vortrag „Zwischen Traditionspflege und Ethno-Business. Feste und Bräuche seit der Wen-



Kulturtagung: Die Veranstalter des BdV Hessen

Foto: Carsten Becher

de in Ungarn“ einen Überblick über die Pflege deutscher Traditionen in Ungarn. Feste, Bräuche und Traditionen seien wichtige Marker für die Aktivität und Vitalität einer ethnisch definierten Minderheitengruppe, so Schill. Dies gelte auch in Siedlungsgebieten der Nachfahren deutscher Einwanderer, wo man in Dörfern mit größerem deutschem Bewohneranteil die eigene „donauschwäbische Kultur“

heute wiederentdecke und sich verstärkt darauf rückbesinne.

Im Vortrag „Tradition, Ritual und Politik. Eine besondere Beziehung in besonderen Situationen“ sprach die gebürtige Südtirolerin und in Wien lehrende Ethnologin und Expertin für die Themen Heimat, Brauchtum und Tracht, Elsbeth Wallnöfer, über die Instrumentalisierung von Brauchtum für politische Zwecke am

Beispiel der Wyschywanka, einem traditionellen, mit Stickereien versehenen Kleidungsstück, das vor allem in der Ukraine getragen wird.

Der Abend endete mit der Lesung des rumäniendeutschen Autors und Dramatikers Thomas Perle aus seinem 2018 erschienenen Buch „wir gingen weil alle gingen“.

Die Theaterwerkstatt „Zwischen Generationen und Traditionen. Theaterspiel als Brücke“ wurde geleitet von der hessischen BdV-Jugendreferentin, Autorin mit russlanddeutschen und finnischen Wurzeln, Katharina Martin-Virolainen. Die Teilnehmer ihrer Arbeitsgruppe setzten sich mit der Frage auseinander, wie sich persönliche Schicksale von Flucht und Vertreibung deutscher Minderheiten aus dem östlichen Europa szenisch umsetzen lassen.

Die zweite Werkgruppe „Tradition hinterfragen – Tradition neu schreiben“ wurde von Thomas Perle geleitet. Ausgehend vom Weihnachtsfest tauschten sich die Teilnehmer in Gesprächsgruppen über Traditionen und Bräuche aus. Die eigenen familiären Erfahrungen dienten schließlich für die Verschriftlichung einer ganz eigenen Geschichte. **PM**

HISTORISCH

Der Kaiser und das Automobil

Kaiser Wilhelm II. ging im Jahre 1907 in Heringsdorf das Benzin aus

VON ERWIN ROSENTHAL

Im Ostseebad Heringsdorf gibt es zahlreiche historische Gebäude. Die Villa Staudt, in bester Lage im Zentrum der Heringsdorfer Promenade gelegen, gehört zweifellos dazu. Zudem ist das Gebäude, in dessen Vorgarten sich seit 2003 eine Büste Kaiser Wilhelms I. befindet, ein eindrucksvolles Denkmal der Bäderarchitektur.

Die Gemeinde Heringsdorf hatte sich gegen eine Aufstellung dieser Büste auf Gemeindeland ausgesprochen. Im „Kaiserbad“ liebt man seinen Kaiser und möchte diesen nicht durch einen anderen Kaiser ersetzt sehen. Es wäre sicherlich auch nicht im Sinne des ersten deutschen Kaisers gewesen, dass sein Abbild lediglich in Ermangelung einer Büste seines Enkels aufgestellt wird.

Gast in Heringsdorf seit 1866

Es war Wilhelm II., der von 1907 bis 1912 jährlich mit seiner Staatsjacht Hohenzollern das Flottenmanöver in der Pommerischen Bucht vor Swinemünde inspizierte und anschließend von der Witwe des Berliner Großkaufmanns Wilhelm Staudt, Elisabeth Staudt, in ihrer Heringsdorfer Villa Miramar zum Tee empfangen wurde. Einen Feriensitz hatten die Hohenzollern im mondänen Ostseebad Heringsdorf zu ihrem Bedauern nicht. Der spätere Kaiser Wilhelm II. logierte im Jahre 1866 bereits als Siebenjähriger mit seinen Eltern, der Kronprinzessin Victoria von Preußen und dem preußische Kronprinzen Friedrich sowie seinem Bruder Heinrich mehrere Wochen im Weißen Schloss auf dem Heringsdorfer Kulm.

Um den Besuch des Monarchen bei der Konsulin ranken sich wilde Gerüchte. Die Heringsdorfer erklärten sie kurzerhand zur Mätresse des Kaisers. Auch bei den jährlich stattfindenden Kaisertagen ist das Paar die Hauptattraktion. Als sicher gilt, dass Elisabeth Staudt bei der Hochzeit ihrer ausnehmend hübschen Tochter Auguste-Viktoria mit dem Rittermeister Wilhelm von Kummer den Kaiser, der Taufpate des Bräutigams war, kennengelernt hatte und seitdem ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm pflegte.



Die Staudt-Villa, einst „Miramar“ genannt, in der Kaiser Wilhelm II. oft zu Gast war: Im Garten befindet sich die Büste seines Großvaters Wilhelm I. In bester Lage Heringsdorfs bietet das Haus heutzutage komfortable Apartments

Den relativ kurzen Weg von Swinemünde nach Heringsdorf legte der Kaiser, in dessen Garage mehr als zehn Automobile verschiedener Marken standen, darunter auch Elektroautos, mit dem Auto zurück. Im Mai 1907 war der Kaiser wiederum auf dem Weg nach Heringsdorf. Am Ortseingang, unterhalb des Präsidentenberges erwarteten ihn zahlreiche Einwohner Heringsdorfs.

Die Kinder der einklassigen Schule hatten schulfrei bekommen und sicherten sich wegen der besseren Sicht erhöhte Plätze. Sie alle verehrten ihren Kaiser und hofften, dass ihr Heimatort und sie selbst am kaiserlichen Glanz partizipieren würden. Als sich die Autokolonne des Kaisers näherte, brach Jubel aus. Unter Hurra- und Hochrufen schwenken die Männer ihre Mützen. Huldvoll lächelnd grüßte der Kaiser zurück.

Dann passiert etwas Unerwartetes: Der Motor eines Automobils stottert und hört schließlich ganz auf zu laufen. Das Fahrzeug bleibt stehen und die Kolonne stockt. Nach einigem Suchen kommt der Chauffeur zu dem Schluss: Das Gasolin (Benzin) ist alle. Die Umstehenden wol-

len ihrem Kaiser helfen, wissen aber nicht wie. Wegen des zu erwartenden Spotts darf das Auto nicht zur Promenade geschoben werden und eine Tankstelle gibt es im Ort noch nicht.

Der Glasermeister Hähle aus der Lindenstraße reagiert am schnellsten. Er bie-

tet einen benzingefüllten Kanister an, der in seiner Werkstatt steht. Bis zur Lindenstraße ist es nicht weit, und in wenigen Minuten ist er zurück. Das Gasolin wird eingefüllt, die Kurbel gedreht und der Motor springt wieder an. Nachdem alle Formalitäten geregelt sind, setzt sich die Kolonne wieder in Bewegung.

Anfang einer Erfolgsgeschichte

Einige Tage später schickt Glasermeister Hähle die Rechnung, der er einen Brief beifügt, nach Berlin. In dem Brief bittet er darum, sich kaiserlich-königlicher Hoflieferant von Gasolin nennen zu dürfen. Gleichzeitig verspricht er, dass künftig in Heringsdorf Gasolin immer in ausreichender Menge zur Verfügung stehen wird. Dem Wunsch Hähles wurde in der Hauptstadt entsprochen.

Mit der Tankstellenkonzession nahm eine unternehmerische Erfolgsgeschichte ihren Anfang. Der Pferdestall und die Überdachungen für die Droschken in der Lindenstraße mussten Garagen weichen. Hier konnten Autos nicht nur abgestellt, sondern auch repariert werden. Für die beiden kleinen Söhne des Glasers war die Hinwendung ihres Vaters zum Automobil prägend. Jeder von ihnen eröffnete später als Kfz-Meister eine Autowerkstatt in Swinemünde und führte diese erfolgreich bis 1945.



Auch hier kann man komfortabel seinen Urlaub verbringen: Die Villa Hähle, mit viel Liebe zum Detail renoviert, zählt zu den schönsten Bädervillen Heringsdorfs

UNESCO

Stralsund und Wismar – 20 Jahre Weltkulturerbe-Städte

Zwei Städte – ein Erbe in Mecklenburg-Vorpommern

Die UNESCO feiert in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Verabschiedung der Welterbekonvention. Gleichzeitig jährt sich die Aufnahme der „Historischen Altstädte Stralsund und Wismar“ in die Welterbeliste zum 20. Mal. Beides ist Anlass für Stralsund und Wismar, ihr Welterbe in besonderer Weise in den Blickpunkt zu rücken.

Für Oberbürgermeister Alexander Badow und Bürgermeister Thomas Beyer vermitteln Welterbestätten ein Verständnis für unsere Geschichte und verbinden Menschen über Grenzen hinweg. „Es sind Orte, in denen wir gemeinschaftlich zum Wohle der gesamten Menschheit handeln. Das wollen wir in Stralsund und Wismar im Jubiläumsjahr zeigen.“

„Zwei Städte – ein Erbe“, in diesem Sinne haben die beiden Städte für die Bürger und für Gäste ein Jahresprogramm zusammengestellt. Es wirft neue Perspektiven auf die Altstädte und ermöglicht unterschiedliche kulturelle Zugänge. Bis

Dezember dieses Jahres sind insgesamt 45 Veranstaltungen geplant, darunter Führungen, Konzerte, Wettbewerbe, Ausstellungen, Tagungen, Lesungen.

Welterbestätten sind Orte von herausragendem Wert. Insgesamt 1154 Kultur- und Naturdenkmale in 167 Ländern gehören derzeit zum UNESCO-Welterbe der Menschheit. Davon befinden sich 51 dieser Orte in Deutschland. Vor 20 Jahren, am 27. Juni 2002, wurden die „Historischen Altstädte Stralsund und Wismar“ in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. Damit bescheinigte ihnen die Staatengemeinschaft einen außergewöhnlichen universellen Wert. Sie sind somit weltweit als besonders schützenswert anerkannt.

Grundlage ist die UNESCO-Welterbekonvention aus dem Jahr 1972, die bislang von 194 Staaten unterzeichnet wurde. Sie verpflichten sich darin, ihre Welterbestätten zu schützen und für künftige Generationen zu erhalten.

Über die Aufnahme neuer Stätten in die Welterbeliste entscheidet jährlich das Welterbe-Komitee. Um als Welterbe anerkannt zu werden, muss eine Stätte von außergewöhnlichem universellen Wert



Es gibt viel zu entdecken in Stralsund: Durchgang im Rathaus mit Blick zum Portal von St. Nikolai

sein. Der Vorschlag kommt aus den Ländern selbst. Gemeinsam mit dem Antrag ist ein überzeugender Erhaltungsplan vorzulegen. Kriege, Naturkatastrophen, Verfall aus Bauprojekte bedrohen Welterbestätten überall auf der Erde. Die so genannte „Rote Liste“ verzeichnet die Stätten des gefährdeten Welterbes.

Stralsund und Wismar sind Beispiele für typische mittelalterliche Hansestädte. Sie haben ihre Stadtgrundrisse mit dem Gefüge aus Straßen, Quartieren, Plätzen und Grundstücken seit dem Mittelalter bewahrt. Erhalten sind viele Gebäude aus verschiedenen Epochen, darunter Giebelhäuser, Klöster, Rathäuser und sechs aus Backstein errichtete Pfarrkirchen. Sie belegen den im Seehandel erworbenen Reichtum und zeugen von der politischen Bedeutung beider Ostseestädte während der Hansezeit. Ihre fast 200-jährige Zugehörigkeit zum schwedischen Königreich im 17. und 18. Jahrhundert machten Stralsund und Wismar zu wichtigen Festungen

● SAIL SZCZECIN

Die „Gorch Fock“ kommt nach Stettin

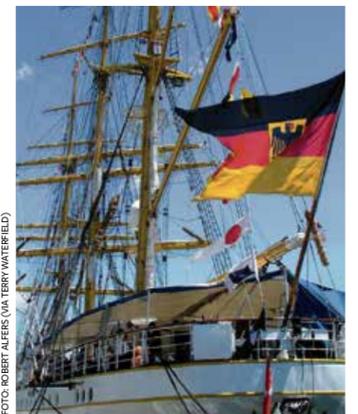
Der größte Star des kommenden Segelfestivals „Sail Szczecin 2022“ steht schon fest. Mitte August wird das deutsche Dreimastschiff „Gorch Fock“, das 1958 gebaut wurde und das erst im Oktober vergangenen Jahres nach einer zeit- und kostenintensiven Sanierung wieder als Ausbildungsschiff der Deutschen Marine zur Verfügung steht, zum ersten Mal in Stettin einlaufen.

Die „Sail Szczecin“ findet dieses Jahr vom 19. bis zum 21. August statt. Die dreitägige Veranstaltung bietet den Besuchern eine Kombination aus Segeltraditionen, großen Freiluftveranstaltungen, einer Regatta, Konzerten und guter Küche. An beiden Seiten der Oder wird es Segelschiffe und Attraktionen geben.

Baltic-Regatta

Im Rahmen des Festivals wird Stettin von Segelschiffen der A- und B-Klasse sowie kleineren Schiffen besucht, die an der begleitenden Baltic Regatta teilnehmen werden. In diesem Jahr werden die Schiffe auf der Strecke Rostock-Stettin-Tallinn fahren. Die Segelschiffe beteiligen sich bereitwillig am künstlerischen Programm und stellen ihre Decks für Besucher zur Verfügung.

● Weitere Informationen im Internet unter: zagle.szczecin.eu



Die „Gorch Fock“ kommt als maritimer Botschafter nach Stettin

● Stralsund in Zahlen

Anzahl Denkmäler in der Altstadt: 563. Sanierungsgrad Altstadt: zirka 90 Prozent aller Gebäude sind saniert. Anzahl Gebäude Altstadt, 2002: 1004 Gebäude; 2020: 1164 Gebäude (davon zirka 80 Prozent im Privateigentum). Bevölkerungszahl Altstadt am 31. Dezember 2002: 3741; am 31. Dezember 2021: 6173. Tourismus: 2002: 274.397 Übernachtungen. 2020: 584.806 Übernachtungen. Anzahl öffentlicher Gelder, die seit 1990 in die Altstadt geflossen sind: 341 Millionen Euro, davon städtischer Eigenanteil 168 Millionen Euro. Quelle: Pressestelle Stralsund/www.stralsund.de

„Wir stellen unsere Industrielandschaft auf den Kopf“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„War Kant Rassist?
Natürlich nicht!
Endlich mal eine
Publikation, die sich
traut, ihn vor solchen
ekelhaften Vorwürfen
zu verteidigen“

Benjamin Rothenberg, Dormagen
zum Thema: Der Fall Immanuel Kant
(Nr. 29)



Ausgabe Nr. 29

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

PUBLIZIERTE HORRORWERTE
ZU: LOB DES ZWEIFELS (NR. 27)

Sie haben den Nagel genau auf den Kopf getroffen! Corona-Leugnern wird von allen Seiten ein Ignorieren der „wissenschaftlichen Erkenntnisse“ vorgeworfen. Sie selbst verweisen auf das Gegenteil, dass nämlich „die Wissenschaft“ diese Erkenntnisse in Wirklichkeit nie besessen hat und wohl auch gar nicht erst haben will. Trotzdem sind auch Politiker und Medien voll darauf abgefahren.

Genau ähnlich, aber mit noch viel gravierenderen Auswirkungen, steht es mit der „wissenschaftlichen Erkenntnis“ des menschengemachten Klimawandels. Die publizierten Horrorwerte sind gleich um das sechsfache höher, als es der Wirklichkeit entspricht. Der große Rest geht auf den Einfluss unserer Sonne.

Da mir der gesamte Rechenweg der maßgeblichen „Klimaforscher“ bis in alle Details bekannt ist, sind für mich auch die einzelnen Fehlkalkulationen genau ermittelbar. Entweder stehen dahinter ideologische Absichten oder man möchte früher gemachte Falschannahmen hinterher nicht mehr zugeben.

Hinzu kommt noch, dass wegen des steigenden Partialdrucks der CO₂-Gehalt der Atmosphäre bei gleichbleibender globaler Emission bereits bei zirka 0,05 Prozent (= 500 ppm) sein endgültiges Maximum erreicht und weitere Emissionen keine zusätzlichen Effekte bewirken. Bis dahin wird die CO₂-bedingte Erderwärmung um 0,5 Grad Celsius gestiegen sein, wovon dem deutschen Emissionsanteil von zwei Prozent nur 0,01 Grad Celsius zuzurechnen wäre. Für diesen winzigen Effekt sind wir dabei, unsere gesamte Industrielandschaft auf den Kopf zu stellen.

Siegfried Dittrich, Hamm

GEFANGEN IM HÖLLENLAGER
ZU: AMERIKANISCHE
HUNGERLAGER (NR. 26)

Vielen Dank für die Vorstellung der Buch-Dokumentation von Horst W. Gömpel

über die sogenannten „Rheinwiesen-Lager“ der Amerikaner, die nichts anderes als Höllenlager waren.

Mein Vater, Wilhelm Kristen, musste sie nach seiner Gefangennahme im April 1945 erleben. Obwohl durch Lungen- und Armdurchschuss verwundet, wurde er zusammen mit anderen Kameraden eines Reservelazarets in Meerane dahin verbracht, wo die Gefangenen unter freiem Himmel und ohne ausreichende Verpflegung dahinvegetierten. Grauenhafte Szenen spielten sich oftmals ab. Die amerikanischen Wachen machten sich zum Beispiel einen Spaß daraus, ein Brot in die eng an eng liegenden Menschen zu werfen und sich dabei zu amüsieren, wie sich darum gebalgt wurde.

In der Informations- und Dokumentationsstelle in Bretzenheim, wo sich auch der Augenzeugenbericht meines Vaters befindet, kann man eine große Zahl solcher Berichte nachlesen.

Schön, dass es noch Autoren gibt, die sich an Themen heranwagen, bei denen nicht nur die Deutschen Täter waren.

Manfred Kristen, Freital

NICHTS VERSÄUMT?
ZU: DER ENERGIEWENDE GEHT
DIE PUSTE AUS (NR. 26) UND:
DIE TÜCKEN VON HABECKS
ABKOPPLUNGSPÄNEN (NR. 27)

Das Thema Energie war doch schon lange vor Corona und Ukrainekrieg ein Thema. Die Politik hat die Energiewende seit Jahrzehnten verschlafen. Wenn auch die Grünen bis vor wenigen Monaten noch nicht Regierungspartei waren, so haben sie doch maßgeblich zu dieser derzeitigen Energiekrise beigetragen.

Der Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck ist jetzt 52 Jahre alt. Was hätte eigentlich der 26-jährige Habeck zu der heutigen grünen Politik gesagt? Antwort: Der war junger Vater, und er hätte wahrscheinlich gesagt, dass alles, was dem zukünftigen Leben seiner Kinder dient, eine gute Sache ist. Das muss man so akzeptieren. Was aus seiner Sicht auch

zu erkennen ist: Deutschland habe sich keine Versäumnisse vorzuwerfen. Ich habe vor 26 Jahren (und früher) zur Verschwendungssucht jeglicher Art überwiegend etwas ganz anderes gehört. Da hieß es: Ich will *jetzt* leben, und mich interessiert nicht, was in zehn Jahren ist. Diese Ansicht ist auch heute noch verbreiteter als man denkt.

Von der Vorgängerregierung haben alle jetzigen Regierungsparteien eines mitgenommen: Wir beschließen erst einmal und überlegen dann, wie wir das umsetzen können. Mit den ständigen Drohungen in Sachen Energiekrise vertuscht die Regierung ein jahrzehntelanges Fehlverhalten.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

BRUTALER UNRECHTSSTAAT
ZU: ZUCHT UND ORDNUNG
IM ZUCHTHAUS (NR. 27)

Für das Innenministerium der DDR waren ehemalige Unteroffiziere, die sich über zehn Jahre, oder Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA), die sich für 25 Jahre verpflichtet hatten, hoch interessant. Das ist logisch, weil genau diese Dienstvorschriften von den Personen bekannt und auch schon in der „Truppe“ praktiziert wurden.

Mir ist persönlich ein Fall bekannt, wo ein Stabsfeldwebel der NVA nach seiner offiziellen Entlassung zum Strafvollzug ging. Er war bekannt und berüchtigt, Soldaten zu drangsalieren, unter psychischen Druck zu setzen. Er war skrupellos und machte auch von der Dienstwaffe Gebrauch. Gemunkelt wurde, dass er ein Verbindungsmann zur Staatssicherheit im Bataillon war. Er war gefährlich, so sagte man in der Truppe.

Diese Person ging nach ihrer Entlassung nach Bautzen in den Strafvollzug, genauer gesagt nach Bautzen II zu den politischen Häftlingen. Man wusste nur zu gut, dass dort die Strafgefangenen besonders brutal behandelt wurden (zum Beispiel an Handschellen an der Gittertür aufgehängt). Dieses DDR-System kannte die Person peinlichst genau und machte

sich solche Personen mit diesen „besonderen Eigenschaften“ zunutze.

Bis heute leugnen linke Politiker in hohen politischen Ämtern, dass die DDR ein Unrechtsstaat war.

Detlef Schiller, Mühlhausen

DEUTSCH ALS ZWEITSPRACHE
ZU: HABEN WIR UNS SCHON ABGESCHAFFT? (NR. 28)

Nun möchte die FDP Englisch als zweite Amtssprache einführen. Das ist ein fundamentaler Eingriff in die Rechtsstruktur des Staates, da die englische und die deutsche Sprache in der Übersetzung nicht überall deckungsgleich sind. Das spielt zum Beispiel in der Literatur kaum eine Rolle, da hier freie Übersetzungen möglich sind.

In den Naturwissenschaften kann man oft auf lateinische Fachbegriffe zurückgreifen. Im juristischen Bereich könnte es jedoch zu Rechtsverschränkungen kommen, das bedeutet bei zwei Amtssprachen wären unterschiedliche Rechtsauslegungen möglich. Die FDP begründet ihren Schritt ausschließlich mit Zuwanderungsfragen. Das könnte wohl wieder einmal ein sonst so viel gescholtener deutscher Sonderweg sein.

Aus dem Elysée-Palast in Frankreich ist zum Beispiel bisher nicht zu vernehmen, dass außer Französisch nun auch Englisch als zweite Amtssprache eingesetzt wird. Auch haben die Engländer offenbar nicht vor, Französisch als zweite Amtssprache einzuführen, um französisch sprechenden Einwanderern entgegenzukommen. Auch aus anderen Staaten ist nichts dergleichen bekannt.

Um die Bürokratie nicht zu überfordern, Rechtsverbindlichkeit zu gewährleisten und Einwanderung zu beschleunigen, muss die FDP ihre Doppeldeutigkeit aufgeben und Nägel mit Köpfen machen. Ihre Forderung müsste lauten: Englisch als offizielle Amtssprache einzuführen und Deutsch als unverbindliche Zweit-sprache insbesondere für den ländlichen Raum beizubehalten. *Roland Grassl, Bühl*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

WOCHENENDAUSFLUG

Willenlos in Willingen

1,2 Millionen Gäste pro Jahr können nicht irren – Der Ettelsberg im Sauerland ist ein ganzjähriger Besuchermagnet fürs Partyvolk

VON BETTINA MÜLLER

Es ist Sommer. Wir befinden uns in einer „Musikkneipe“ mit Biergarten im sauerländischen Skiort Willingen. Schlagersängerin Andrea Berg trällert aus den Lautsprechern. Menschen grölen mit, Bier und Cocktails in komischen Farben fließen in Strömen. Man könnte auch „Hexenkessel“ dazu sagen. Da ist der einsame Junggeselle auf Brautschau, aber auch das Tanzschul-gestählte Ehepaar, das zeigt, was es auf dem Parkett so alles kann, vor allem den Foxtrott. Und natürlich der obligatorische Jungesellenabschied.

Noch sind die Jungs verhalten, doch das kann sich bald ändern. Und umsonst wird sich auch der bullige Türsteher bestimmt nicht vor derselben aufgebaut haben, mit Tumulten scheint man also zu rechnen. „Bis halb zwei. Mindestens“, strahlt uns die „Freundin der Nacht“, so die Eigenauskunft auf dem Dienst-T-Shirt der freundlichen Servicekraft, an.

Gefragt hatten wir nach der Öffnungszeit. „Gefühle haben Schweigepflicht“, fährt Andrea Berg brutal dazwischen. Nicht für den Besucher. Denn seitdem wir hier angereist sind, stellen sich uns ständig Fragen. Und in diesem Augenblick in dieser proppenvollen Kneipe vor allem die: Corona, was ist das? Verdrängt, vergessen. Alles, was hier zählt, ist Spaß. Aber wie hieß es schon in einem Schlager aus lange vergangenen Zeiten? Genau: „Ein bisschen Spaß muss sein.“

Es ist Freitagabend, 19 Uhr. Bei dem Paar nebenan kriselt es akut. Es stellt sich heraus, dass sie gegen ihren Willen an diesem Ort ist. Ihr Begleiter, offenbar selbst Skifahrer, aber eher in grauer Vorzeit, hat vehement auf der Anreise zum sommerlichen Wintersportort bestanden. Und so führen sie in Richtung Sauerland, der Mann am Steuer mit großer Vorfreude, seine Begleiterin daneben mit großen Vorbehalten, bis sie auf dem Beifahrersitz wahrscheinlich immer kleiner wurde und fast zu verschwinden drohte. Es wäre ihr recht gewesen. Denn ihre entscheidende Frage lautete beständig: Was soll ich da? Sie fahre kein Ski und sei auch keine Par-



Après ohne Ski: Mit der Seilbahn geht es hoch in sagenhafte 830 Meter Höhe. Die einen feiern oben Party, die anderen gehen wandern

tymaus. Für diese beiden Zeitvertreibe ist der Ort nämlich berühmt-berüchtigt. Der Mann strahlt über beide Ohren, seine Begleiterin lächelt gequält zurück.

Zugegeben: Es ist alles da, was der gemeine Urlauber so benötigt. Aber die verdächtig hohe Dichte von Restaurants und Kneipen lässt schlussfolgern, dass man hier anscheinend vor allem eines braucht: eine gute Kondition, und das nicht nur für das Skifahren.

Alpendudler im Rothaargebirge

Eine große Gruppe Menschen strömt in das Willinger Brauhaus. Das ist dort, wo der verzweifelte Bierfreund außerhalb der Öffnungszeiten, also sagen wir um drei Uhr nachts, die Möglichkeit hat, die Flaschen mit dem begehrten Gerstensaft an Bierautomaten zu ziehen, was eigentlich

sehr praktisch ist, aber doch tief blicken lässt. Alkohol spielt hier offenbar eine sehr große Rolle. Eine Männergruppe lärmt entfesselt vor einer Kneipe herum, vor der sich bayerische Fähnchen keck im Wind wiegen. In der mehr als rustikalen „Dorfalm“ ist es mittlerweile brechend voll geworden, während ein anderes, sehr gediegenes Restaurant mit weißen Tischdecken müde vor sich hindümpelt und die Kellner gelangweilt im Kollektiv gähnen.

Mit der „Dorfalm“ kann der Laden nun mal nicht mithalten, dort, wo das Ambiente eine einzige Verheißung für den Österreich- oder Bayern-affinen Touristen ist. „Alpendudler“ verspricht ein Werbeplakat verheißungsvoll. Bestimmt hat das etwas mit Alkohol zu tun. Das Personal ist offenbar persönlich von Markus

Söder, dem bayerischen Ministerpräsidenten, eingekleidet worden, blau-weißkariert dominiert das rustikale Ambiente, was aber völlig „over the top“ ist.

„Leute, man kann es auch wirklich übertreiben“, denkt sich da so mancher. Dafür sind die Holländer, die soeben in der „Dorfalm“ am Nebentisch eingefallen sind, hellauf begeistert.

Es wird Nacht in Willingen. Und die ist hier wohl sehr lang. Aber auch eine Dauerparty ist irgendwann einmal vorbei. Der nächste Tag bricht an und der Alptraum des vergangenen Abends ist Geschichte. Jetzt fahren die nächtlichen Partygänger mit der Kabinenseilbahn den Ettelsberg hinauf, der mit 830 Metern der höchste Berg im Rothaargebirge ist. Etliche Mountainbiker und Wanderer haben dasselbe vor. Den Mountainbikern wird

oben sogar ein eigener Mountainbike-Park geboten, wo sie sich austoben können.

Langsam kriecht die Seilbahn den Berg hinauf. Die Aussicht ist traumhaft schön und wird, je höher man schwebt, noch spektakulärer. Die Stimmung bei den Naturfreunden in der Kabine hellt sich auf, auch wenn auf der Bergspitze die nächste Party-Attraktion lockt, so eine Art überdachte Großraum-„Alm“, man weiß es nicht so genau. Die wird daher auch keines Blickes gewürdigt, stattdessen werden die Wanderschuhe angeknallt und sich ein schöner Tag in der sehr lohnenswerten Umgebung gemacht, den man abends durchaus gemütlich in Willingen ausklingen lassen kann.

Après-Ski in Dauerschleife

Die Spästouristen scheinen nämlich nur am Wochenende die Herrschaft zu übernehmen. Unter der Woche ist es eher ruhig, ja sogar fast beschaulich, zumeist genießen Wandersleute älteren Semesters ihren Aufenthalt. Bis dann am Freitag das Tohuwabohu los- und das Party-Volk einbricht.

Irgendwie schizophren, aber auch verständlich: Mit irgendetwas muss und musste man hier ja sein Geld verdienen, in dieser eher abgeschiedenen Gegend, und zwar immer dann, wenn der Schnee geschmolzen war. Doch ein bisschen Originalität könnte auch nicht schaden, Après-Ski in Dauerschleife ist doch eine sehr einseitige Sache, wenn es nur auf das bloße Saufen reduziert wird.

Aber die Menschen, die am Wochenende auf der Suche nach dem großen Vergnügen die Hauptstraße entlanglärmern, stört dieses Dilemma nicht. Im Winter werden auch sie wiederkommen und Willingen wie immer auch zum absoluten Zentrum des Wintersports machen und zum Beispiel die Skispringer bejubeln, welche die größte Sprungschanze der Welt hinuntersegeln.

„Eigentlich ist hier ja für jeden Geschmack etwas dabei“, sinniert eine Besucherin am späten Abend vor der Abreise. 1,2 Millionen Menschen, die das gesamte Jahr über in Willingen übernachteten, können nicht irren.

SOMMER

Wenn mittags die Augen zufallen

So trotz man der Mittagshitze – Temperaturen auf dem Prüfstand, richtig heiß wird es erst am Nachmittag

Schnell noch die eine Nachricht verschicken, und dann nichts wie raus aus dem Büro. Die Mittagspause verbringen fast alle arbeitenden Menschen gerne abseits vom Arbeitsplatz. Vor allem im Sommer. Alleine oder mit Kollegen geht man zum Italiener um die Ecke oder in die Eisdielen gegenüber des Büros. Ob die freie Zeit drinnen oder im Freien verbracht wird, ist eine Typfrage. Der Einkauf auf dem Wochenmarkt, mit dem Buch auf der Dachterrasse die Sonne genießen oder die kleine Joggingrunde zwischendurch sind – nicht nur im Sommerhalbjahr – längst nicht jedermanns Sache.

Die gerne zitierte „Mittagshitze“ ist jedoch kein Argument dafür, die Mittagspause innerhalb eines Gebäudes zu verbringen. Sie existiert nicht. Als Mittagszeit wird im allgemeinen Sprachgebrauch der Zeitpunkt um 12 Uhr bezeichnet. Zu dieser Zeit hat die Sonne jedoch in unseren Breiten- und Längengraden ihren Höchststand noch nicht erreicht. Daran ist unter anderem die Sommerzeit schuld.

Doch selbst dann, wenn die Sonne um zirka 13,30 Uhr am sommerlichen Himmel im Zenit steht, befinden sich die Temperaturen noch im Aufwärtstrend und ist das Maximum noch nicht erreicht. Mit dem Sonnenhöchststand ist lediglich die Sonneneinstrahlung am intensivsten. Der Zeitpunkt der größten Hitze wird erst ungefähr zwischen 17 Uhr und 17,30 Uhr erreicht. Zwischen Mittagszeit und 18 Uhr kann sich die Temperatur durchaus noch einmal um bis zu zehn Grad erhöhen. Der Grund dafür ist, dass sowohl der Boden wie auch die Luft dann aufgeheizt sind und Wärme abstrahlen.

Vorsicht vor UV-Strahlung

Aber Achtung! Auch wenn die Mittagshitze eher zu den Märchen und Legenden zählt, ist es nicht unbedingt ratsam, die Mittagspause für die tägliche Sporteinheit zu nutzen. Die UV-Strahlung ist in dieser Zeit besonders hoch und damit auch potentiell gefährlich. Wie Hitze kann auch die UV-Strahlung den Körper und vor al-

lem den Kreislauf belasten. Zudem kann sie die Augen schädigen. Sport ist an heißen Tagen deshalb eher am frühen Morgen zu empfehlen oder alternativ nach



Hitze macht müde: Eine Frau hält Siesta

20 Uhr. Dabei lautet die Definition für den „heißen“ Tag: die Temperatur steigt auf 30 Grad Celsius und mehr. Übrigens werden die kühleren Temperaturen des Tages nicht um Mitternacht, sondern kurz vor Sonnenaufgang gemessen.

Ist es also besser, die Mittagspause im Büro zu verbringen? In der Tat gibt es Vorbilder für eine solche Entscheidung. Wer seinen Urlaub beispielsweise bei den spanischen Nachbarn im Süden Europas verbringt, weiß, dass dort zwischen 12 und 15 Uhr die Zeit vorzugsweise im Haus verbracht wird. Die „Siesta“ ist aber mehr als ein „der Sonne ausweichen“. Sie ist als Mittagsruhe – gerne verbunden mit einem kleinen Schläfchen – dazu gedacht, Kraft für den zweiten Teil des Tages zu schöpfen. Ruhe und Entspannung, Erholung stehen hier im Vordergrund. Hier schließt sich der Kreis. Denn wie ein Mensch sich am besten erholt, wie er sich entspannt und Kraft gewinnt, ist individuell unterschiedlich – schlicht und einfach eine Typfrage. *Stephanie Steckmann*

KÖNIGIN LUISE

Ein Andenken auf Wanderung

Neustrelitz – Im Zuge von Forschungsarbeiten konnten die originalen Standorte der beiden im Strelitzer Land befindlichen marmornen Luise-Büsten identifiziert werden. Danach stand die bis dato im Neustrelitzer Kulturquartier Mecklenburg-Strelitz ausgestellte Luise-Büste bis 1945 im Sterbezimmer der Königin auf Schloss Hohenzieritz, wohingegen die dortige Büste ursprünglich aus dem Königin-Luise-Gedächtnisraum des ehemaligen Schlosses Neustrelitz stammt, wo sie seit 1921 zu sehen war. Zum 212. Todestag der am 19. Juli 1810 auf Schloss Hohenzieritz gestorbenen Königin wurden sie ausgetauscht. Der preußische Hofbildhauer Christian Daniel Rauch hatte für Luises Grab im Mausoleum des Schlossparks von Berlin-Charlottenburg eine Liegefigur angefertigt. Später erstellten Rauch und seine Werkstatt mehrere Repliken des Kopfstücks, darunter auch die im Strelitzer Land. *H. Sch.*

● FÜR SIE GELESEN

Reise ins Mittelalter

Mit den Kindern der Familie Lautensack führt die Museumspädagogin Stefanie Bölke in ihrem Buch „Haltet den Dieb!“ in die Stadt Hildesheim von 1480.

Es ist Michaelstag, und auf dem Marktplatz herrscht buntes Treiben. Die Geschwister Anna und Lukas sollen für ihren Vater zum Tuchhändler Brandis, um Samt zu holen. Das Geld dafür tragen sie in einem Beutel, den man damals umgehängt trug. Leider gibt es auf dem Markt nicht nur Händler und Akrobaten. Auch Diebe treiben ihr Unwesen. Und so geraten die Kinder in einen mittelalterlichen Krimi.

Der Graphikdesigner Markus Lefrançois setzt alles in ausdrucksstarken Bildern in Szene. Vielleicht sind manche Abbildungen dem einen oder anderen zu düster. Sehr schön ist die Skizze eines Stadtplans. Man sieht diesen von oben, als die Kinder durch die Stadt laufen und erkennt, dass Orte damals anders aufgebaut waren als heute: enge Gassen, eine Stadtmauer mit Toren und der so wichtige Marktplatz.

Silvia Friedrich

Stefanie Bölke/ Markus Lefrançois: „Haltet den Dieb! Anna, Lukas und der Beutelschneider“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2022, gebunden, 40 Seiten, 17 Euro



Plädoyer für die Ärmsten

Der Professor für Sozialmedizin und -psychologie Gerhard Trabert ist vielen aus Fernsehsendungen bekannt, in denen er unermüdlich für einen respektvollen Umgang mit den Ärmsten der Gesellschaft wirbt. Aufopferungsvoll kümmert er sich um Wohnungslose, Drogenabhängige oder auch um gestrandete Asylsucher.

In seinem Buch „Der Straßen-Doc“ schildert er seinen eigenen Werdegang – er wuchs mit Heimkindern auf, da der Vater Heimleiter war –, der ihn schon in frühester Jugend mit Empathie für ausgegrenzte Menschen erfüllte. In ihm entstand der Drang, etwas gegen diese als ungerecht empfundene Armut zu tun. So wurde Trabert Sozialmediziner und Gründer des Vereins Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.

Mit seinem Buch gibt er Betroffenen eine Stimme, stets verbunden mit der Aufforderung an die Gesellschaft, auf der Straße lebenden Menschen mit mehr Respekt zu begegnen und nicht wegzuschauen. Er nennt das „Haltung zeigen“. Die gebetsmühlenartig wiederholte Anklage gegen „die Gesellschaft“ wirkt zwar im Einzelfall nachvollziehbar, dennoch teils ungerechtfertigt. Ein Lektorat hätte dem Buch gutgetan, da es sprachliche Mängel aufweist, was dem durchaus wichtigen Inhalt jedoch nicht schadet. MRK

Gerhard Trabert: „Der Straßen-Doc. Unterwegs mit den Ärmsten der Gesellschaft“, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2019, gebunden, 239 Seiten, 20 Euro



REISEN



Campen vor Traumkulissen

Raue Landschaften und gutes Essen in der Bretagne, ein perfektes Wanderrevier in der Normandie, zerklüftete Felsküsten und breite Sandstrände – Der Camperguide „Bretagne & Normandie“ führt zu den schönsten Orten in Frankreichs Norden

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER

Von wild bis romantisch zeigt sich die Küstenlinie entlang der Normandie und Bretagne, Frankreichs nördlichste Gegenden. Das Meer zieht sich weit zurück, ehe es sich wieder weit ins zerklüftete Land ergießt. Der Tidenhub beträgt bis zu 14 Meter.

Der Journalist Ralf Johnen beschreibt im neuen „Camper Guide. Bretagne & Normandie“ sechs Touren mit einer Länge von unter 400 Kilometern. Diese sind

jeweils mit Besichtigungsvorschlägen, Angaben zu Stell- und Campingplätzen sowie Restaurant- und Einkaufstipps versehen. Im Anschluss finden sich praktische Ratschläge zur Planung und Anreise mit allgemeinen Angaben.

Die zahlreichen anregenden Fotos nebst Kartenausschnitten machen Lust zur Planung einer eigenen Reise nach Frankreich. Manuela Rosenthal-Kappi



Ralf Johnen: „Marco Polo . Camper Guide Bretagne & Normandie“, MairDuMmont Verlag, Ostfildern 2022, broschiert, 216 Seiten, 19,95 Euro

POLITIK

Für eine Real- statt Moralpolitik

Henry Kissinger schreibt über Staatskunst – Heutigen Führungspersonlichkeiten rät er zu mehr Mut

VON ANSGAR LANGE

Krisen prägen unsere Gegenwart. Kaum eine Nachrichtensendung kommt ohne die Stichworte Ukrainekrieg, Klimawandel, Inflation oder Gasmangel aus. Eine solche Situation verlangt nach Frauen und Männern in höchsten Staatsämtern, die Führung, Charakter und Mut zeigen. Wirtschaftsminister Robert Habeck ist das Gegenteil eines solchen Staatsmannes, da er Probleme nur heraufbeschwört und nicht löst, sondern die Bürger erziehen und verängstigen will. Er unterlässt es, ihnen Mut zu machen und realistische Wege aus der Krise aufzuzeigen.

Exzellente geschriebene Portraits

Doch auch bei unserem übrigen Führungspersonal hat man Zweifel, ob sie die Kriterien für Staatskunst auch nur annähernd erfüllen, die der fast 100-jährige Henry Kissinger in seinem gleichnamigen Monumental- und Alterswerk beschreibt. Der Autor liefert sechs exzellente geschriebene Portraits großer Führungspersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts: Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Richard Nixon, Anwar el-Sadat, Lee Kuan Yew und Margaret Thatcher.

Bei den Portraits zeigt sich, dass es Vor- und Nachteile hat, wenn man Politiker zu gut oder nicht gut genug kennt. Die Kapitel über Adenauer und de Gaulle sind die schwächsten des Buches, weil Kissinger die beiden Politiker eher aus der Ferne wahrgenommen hat. Bei Nixon ist das Gegenteil der Fall: Der Autor diente dem damaligen US-Präsidenten als Nationaler Sicherheitsberater und als Außenminister. Die Aufnahme Nixons in ein Buch

über große Staatenlenker lässt sich nur rechtfertigen, wenn man die Innenpolitik („Watergate“) und die charakterlichen Defizite des von Selbstzweifeln zerfressenen Nixon völlig außen vor lässt.

Opportunismus und Schielen nach Meinungsumfragen

Politischer Opportunismus und das Schielen nach Meinungsumfragen sind eine Signatur unserer Zeit. Es stellt sich die Frage, ob die sechs portraitierten Personen überhaupt unter den heutigen Bedingungen einer Mediendemokratie so erfolgreich gewesen wären. So schreibt der Autor über de Gaulle: „Kein Staatschef des 20. Jahrhunderts hat mehr Intuition bewiesen. In jeder wichtigen strategischen Frage, mit der Frankreich und Europa über nicht weniger als drei Jahrzehnte hinweg konfrontiert waren, hat de Gaulle richtig geurteilt, und das gegen eine überwältigende Mehrheit anderer Meinungen.“

Auch wenn Nixon wohl nicht als großer Staatsmann gelten kann, ist das ihm gewidmete Kapitel aufgrund der großen Nähe Kissingers zu dem einzigen amerikanischen Präsidenten, der sich genötigt sah, von seinem Amt zurückzutreten, besonders interessant. Auf der außenpolitischen Habenseite verbucht der Autor, dass Nixon das amerikanische Engagement in Vietnam beendet, die USA als dominierende externe Macht im Nahen Osten etabliert und dem zuvor bipolaren Kalten Krieg durch die Öffnung gegenüber China eine Dreiecksdynamik aufgeprägt habe, die der Sowjetunion letzten Endes einen entscheidenden strategischen Nachteil brachte.

Der Republikaner Nixon war sicherlich konservativ, doch seine Politik rich-

tete sich in erster Linie am nationalen Interesse der Vereinigten Staaten aus und war Realpolitik, keine Moralpolitik. Insbesondere diese Lehre sollten auch deutsche Politiker ziehen, die zum Beispiel nicht erkennen, dass unsere nationalen Interessen im Krieg gegen die Ukraine andere sein könnten als die der USA oder anderer Staaten. Nixon wäre sicher nie so naiv gewesen zu glauben, dass man Russland besiegen und als Machtfaktor der internationalen Politiker völlig isolieren könnte. Insofern kann nüchterne Realpolitik klüger sein als eine moralisch geprägte Außenpolitik, die sich häufig auf pures Maulheldentum reduziert.

Das Kapitel über Margaret Thatcher könnte man dem Oppositionsführer Friedrich Merz und den deutschen Christdemokraten empfehlen. Natürlich war die „eiserne Lady“ nicht ohne Fehl und Tadel, und selbstverständlich gibt es große Unterschiede zwischen CDU/CSU und den britischen Konservativen. Auch heute wird noch gebetsmühlenartig nachgeplappert, dass sich Wahlen nur in der Mitte gewinnen lassen. Doch Thatcher widersprach diesem Ansatz. Ein solcher Ansatz, argumentierte sie, komme einer Subversion der Demokratie gleich. Der Kampf um das Zentrum sei ein Rezept für Inhaltslosigkeit. Stattdessen müssten verschiedene Argumente aufeinander treffen, damit der Wähler wirklich die Wahl habe, schreibt Kissinger.

Thatcher hatte nicht nur eiserne Prinzipien, sondern auch Mut, diese gegen Widerstände zu verfolgen. Sie hat mit ihrer Politik ein Land wieder wirtschaftlich und mental aufgerichtet, das in den 1970er Jahren am Boden lag. Wäre so etwas heute noch möglich? Viele sei-

ner treuesten Fans hatten von Friedrich Merz ja erhofft, dass er eine kantige und profilierte Politik betreiben würde. Doch zurzeit ist zumindest das innenpolitische Profil der Union noch recht schwammig. Vielleicht beruht eine eher mutlose und opportunistische Politik, die keinen verschrecken will, auch auf der Angst, von den Medien niedergeschrieben zu werden. Eine Politik der Mutlosigkeit und der mangelnden Alternativen hat allerdings zur Konsequenz, dass sich immer mehr Bürger von der Politik abwenden und ins Private zurückziehen.

Politik der Mutlosigkeit

Aus der Geschichte kann man für die Gegenwart und Zukunft lernen. Wer die rund 600 Seiten dieses Buches nicht lesen möchte, könnte sich auf die Lektüre des Schlussworts beschränken. Hier lernen wir, dass keiner der Portraitierten der Oberschicht entstammte. Alle zeigten ein ausgeprägtes Leistungs- und Nationalbewusstsein. Sie waren ausgeprägte Realpolitiker, verfügten aber auch über eine politische Vision. Heute seien Wahlen ein Wettbewerb in Sachen Verpackung und Werbung. Echte heutige Führungspersönlichkeiten müssten in der von TV und Internet beherrschten Welt daher mehr denn je gegen den Strom schwimmen, meint Kissinger.



Henry Kissinger: „Staatskunst. Sechs Lektionen für das 21. Jahrhundert“, Bertelsmann Verlag, München 2022, gebunden, 608 Seiten, 38 Euro

EPIGENETIK

Gefühle kann man doch nicht vererben, oder?

Belastungen durch Erinnerungen an Traumata, die sich auch auf nachfolgende Generationen auswirken, können behandelt werden

VON BARBARA CHILLA

Muttermale und Augenfarben können ja vererbt werden. Begabungen auch. Aber Gefühle? Wie soll das geschehen?

Die Enkelin (drei Monate alt) schreit, wenn der Vater von der Arbeit kommt, wenn er oder der Großvater mit ihr spielen will. Woher rührt die Abneigung, fast panische Angst, vor Männern? Die Kleine hat doch gar keine negativen Erfahrungen mit Männern machen können. Die Eltern sind verstört und ratlos. Haben sie etwas falsch gemacht? – Auch die Mutter hat eine gewisse Zurückhaltung Männern gegenüber und ein Problem mit körperlicher Nähe. Aber die Kleine ist die eigentliche Symptomträgerin.

Dieses Phänomen erlebt man fast regelmäßig: Eine oder mehrere Generationen werden übersprungen bei der Weitergabe der Gefühlsqualitäten von unverarbeiteten traumatischen Ereignissen.

Die Großmutter ist als junges Mädchen auf der Flucht aus Ostpreußen von marodierenden Soldaten vergewaltigt worden. Ein Schicksal, das im Zweiten Weltkrieg viele Mädchen und Frauen ereilt hat.

Narben auf der Seele sind vererbbar

Aber kann dieses fürchterliche Erlebnis der Großmutter etwas mit dem panikartigen Schreien der Enkelin zu tun haben? In der Regel sprach man über derartige Dinge wie Vergewaltigung und Missbrauch in den Familien nicht, in dem Glauben, dass es für alle besser sei, sie mit dem Mantel des Schweigens zu bedecken. Aber die Panik der Großmutter, ihre Todesangst, ihre Scham und ihre Verzweiflung haben sich tief in die Seele eingegraben und dort Spuren hinterlassen. Diese Narben auf der Seele sind vererbbar.

Die Möglichkeiten, wie sich die ererbten Gefühle bei den nachfolgenden Generationen äußern, sind äußerst vielfältig und reichen von körperlichen Symptomen wie chronischen Erkrankungen, Allergien, Krebs, Gewichtsproblemen, Dia-



Millionenfach erfahrenes Leid: Eine Frau auf der Flucht aus Ostpreußen

Foto: Archiv PAZ

betes oder ungewollter Kinderlosigkeit über geistige Probleme (Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten) bis hin zu psychischen Auffälligkeiten (Depressionen, Süchte, Angststörungen und Verhaltensauffälligkeiten).

Eine neue Forschungsrichtung der Biologie, die Epigenetik, hat erst in den letzten Jahren Erkenntnisse darüber gewonnen, wie solche Gefühle und seelischen Verletzungen an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden können (zum Beispiel: Prof. Michael Deuschle, Mannheim „Unsere Gene haben ein Gedächtnis“).

Die Erkenntnisse der Epigenetik bestätigen das, was systemisch arbeitende Therapeuten tagtäglich in ihrer Arbeit erleben. Diese von Generation zu Generation „vererbten“ seelischen Verletzungen

mit den dazu gehörenden Gefühlsregungen sind der therapeutischen Intervention zugänglich, das heißt: Vererbte seelische Verletzungen können geheilt werden.

Seelische Verletzungen können geheilt werden

Sie können so geheilt werden, dass sie den Menschen in seinen Lebensaufgaben nicht mehr behindern. Das ist eine sehr gute Nachricht. Wie kann das konkret vor sich gehen? Die Großmutter würde niemals zu einem Therapeuten gehen. Die Kleine ist zu klein. Die Mutter könnte diese Aufgabe übernehmen, da sie sowohl mit der Großmutter (ihrer Mutter) als auch mit ihrer Tochter blutsverwandt ist.

Man kann sich das so vorstellen, dass alle Familienmitglieder wie an einem Mo-

bile miteinander verbunden sind. Mit verschiedenen systemischen Methoden, die lösungsorientiert sind und zu den Kurzzeittherapien gehören, kann man sich diesem Thema nähern. Solche Methoden sind zum Beispiel das Familienbrett, Arbeit mit kleinen Tiermodellen oder anderen Symbolen sowie mit Bodenankern. Bodenanker sind verschiedenfarbige dünne Matten, die auf dem Boden ausgelegt werden. Der Phantasie und den persönlichen Vorlieben sind da keine Grenzen gesetzt.

Ich arbeite bevorzugt mit solchen Bodenankern, da mir diese Variante am effektivsten erscheint. Der Klient sucht in dem beschriebenen Fall die Matten aus für sich, die Großmutter und das Symptom und legt sie, dem inneren Bild folgend, auf den Boden. An ihrem Impuls

orientiert, stellt sich die Klientin nun auf die verschiedenen Matten und achtet auf Körpersignale, Empfindungen, innere Bilder und vieles mehr. Mit den Äußerungen der Klientin arbeite ich dann und schlage gegebenenfalls Interventionen vor. Am Ende steht im günstigsten Fall ein Lösungsbild, welches das Trauma heilen lässt.

Positive Veränderung schon nach der Eingangssitzung

Eine erste positive Veränderung zeigt sich fast immer schon nach der Eingangssitzung, die etwa eineinhalb Stunden dauert. Manchmal sind mehrere Sitzungen erforderlich, bis das Anliegen des Klienten erfüllt ist. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab, die von außen nicht beeinflussbar sind. Von solcher systemischen Arbeit profitiert nicht nur der Klient selbst, der die Aufstellung macht, es profitieren auch die Generationen, im oben angegebenen Beispiel die Familienmitglieder, die das Trauma ursprünglich erlitten haben. Nach dieser nachhaltigen und ganzheitlichen Heilung des Traumas können sich alle ihren eigentlichen Lebensaufgaben zuwenden und ein erfülltes Leben führen, ohne gehemmt zu werden durch die ungewollten und unbewussten Verstrickungen mit anderen Familienmitgliedern.

● **Literaturhinweise:** Sabine Bode: Die vergessene Generation, München 2006. Sabine Bode, Bettina Alberti, Kurt Langener u. a.: Was der Krieg mit uns macht, CD Audioforum, Netzwerk 2014.

Astrid von Friesen: Der lange Abschied, Gießen, 2006

Weitere Methoden zur Aufarbeitung traumatischer Prozesse sind EMDR, Traumatherapie nach Peter Levine, Körpertherapie und andere.

● **Kontakt:** Barbara Chilla, Systemische Therapie und energetische C4-Homöopathie, Barbara.chilla@web.de, Webseite: www.Systemische-Beratung-Chilla.de, Telefon 025523895

GEDENKVERANSTALTUNG IN KÖNIGSTEIN

Zum 75. Todestag des Vertriebenenbischofs Maximilian Kaller

Mit einer „Glaubenskundgebung“ im Sinne des letzten deutschen Ermlandbischofs wurde an den Brückenbauer erinnert

Mit einem Festhochamt in der Kollegskirche, die vom Vertriebenenbischof Maximilian Kaller gegründet wurde, begann am Sonntag, dem 10. Juli, die Gedenkveranstaltung zu seinem 75. Todestag. Nach der Mittagspause in der Mensa der Schule schloss sich um 14 Uhr ein Festakt im Haus der Begegnung an. Den Vortrag zum Thema „Maximilian Kaller – ein prophetisches Leben“ hielt Pater Werner Christoph Brahtz OC aus Wien. Darin skizzierte der Referent, wie Bischof Kaller schon als Gemeindepfarrer auf der Insel Rügen und auch später in Berlin und in Westpreußen und im Ermland mit seiner Pastoral der „Kirche unterwegs“ seiner Zeit voraus war. Mit der Förderung der Wallfahrten im Bistum Ermland und auch als Vertriebenenbischof war er wegweisend für die heute immer mehr um sich greifende „Event-Pastoral“.

In der Pfarrkirche St. Marien erinnerte auch Msgr. Achim Brennecke, Präses der Ermländer, während einer ermländischen Vesper am Nachmittag an das Werk und Wirken von Bischof Kaller. Er

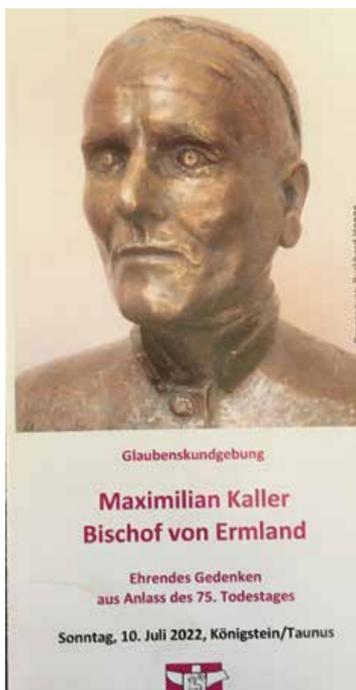
bezeichnete Bischof Kaller als Brückenbauer in vielerlei Hinsicht.

Kaller-Büsten in Kirchen

In immer mehr Kirchen, auf Rügen, in Frauenburg im Ermland, in Frankfurt und in Königstein, stehen heute Büsten von Bischof Kaller aus der Hand des Künstlers Burkhard Hoppe. Der Präses erinnerte an den Seligsprechungsprozess für Bischof Kaller, der bis auf das Wunder abgeschlossen ist. Das Gebet zur Seligsprechung liegt in vielen Kirchen in der alten und neuen Heimat aus.

Präses Brennecke entschuldigte den derzeitigen Ermland Bischof Józef Górczyński, der nicht kommen konnte und sich durch seine beiden Domherren Mariusz Falk und Jacek Wojtkowski aus Frauenburg und Alleinsein vertreten ließ. Hildegard Ernst, geb. Steffen, verschönerte die Vesper mit einem Ave Maria Solo.

Bei der anschließenden Statio am Grab von Bischof Kaller und Weihbischof Kindermann hinter der St. Marien-



kirche wurde zum Abschluss des Tages das Gebet um die Seligsprechung für Bischof Kaller gebetet. Der Dompfarrer von Frauenburg segnete anschließend die beiden Gräber. Währenddessen sangen die Gottesdienst-Teilnehmer das Ermlandlied: „Mein Ermland will ich ehren – So lang ich leb und bin“.

„Maximilian Kaller, am 10. Oktober 1880 im ober-schlesischen Beuthen geboren, war, selbst heimatvertrieben, 1946 zum Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen ernannt worden. Nach seiner Ausweisung aus dem Ermland ließ er sich in Frankfurt in der Pfarrei St. Bonifatius in Sachsenhausen nieder. Am 7. Juli 1947 starb er in Frankfurt und wurde auf dem Friedhof von St. Marien in Königstein beerdigt.“

„Los des Heimatverlustes als Kreuz des Lebens tragen“

Als Vertriebener selbst heimatlos, widmete sich Bischof Maximilian Kaller aufopferungsvoll seinen Diözesanen und als Päpstlicher Sonderbeauftragter allen

Flüchtlingen und Vertriebenen in Deutschland. Er mahnte und stärkte sie, das schwere Los des Heimatverlustes als Kreuz ihres Lebens anzunehmen. Sein Beispiel und sein tröstendes Wort ließen in den Zeiten des Zusammenbruchs tragender Werte neue Hoffnung schöpfen.

Er gab vielen Mut und Zuversicht

Sein bischöfliches Leitwort „Caritas Christi urget me – die Liebe Christi drängt mich“ hat er gelebt. Er gab vielen Menschen Mut und Zuversicht, ähnlich zu denken und zu handeln. Sein Vermächtnis ist Auftrag für nachkommende Generationen“. Wallfahrten, von denen es im Ermland bis heute viele gibt, hat Maximilian Kaller als Glaubenskundgebungen bezeichnet.

Das ehrende Gedenken an Bischof Kaller wird jährlich rund um seinen Todestag gehalten, seit 2003 verbunden mit dem Gebet um die Seligsprechung. Den Seligsprechungsprozess haben deutsche und polnische Ermländer gemeinsam eröffnet. Bodo Bost

● AUFGESCHNAPPT

Fußballvereine stehen bereits im Kampf „für Vielfalt“ und „gegen Rechts“. Nun ist ein weiteres zeitgeistiges Polit-Anliegen zur beliebtesten Sportart des Landes vorgebracht. Der Deutsche Fußballbund (DFB) initiiert bis Mitte Oktober den „Aktionsspieltag Klimaschutz“. An einer Reihe von Spieltagen um den DFB-Pokal, der 3. Liga und der Frauenbundesliga soll „Klimaschutz fest im Fußball verankert werden“. Der DFB sei sich seiner „gesellschaftlichen Verantwortung und Vorbildfunktion bewusst“. Konkret werden etwa Eckfahnen oder Spielführerbinden mit Visualisierungen versehen, die „ein intuitives Verständnis der globalen Erwärmung“ vermitteln. Zu den „Maßnahmen mit Signalcharakter“ zählt der verschobene Anstoß, das „entstehende Zeitfenster wird für das Thema betreffende Durchsagen und Informationen genutzt“. Neben der „klassischen Stadionwurst“ werden „vegane oder vegetarische Alternativprodukte“ angeboten. Fällt ein Tor, spenden die Vereine 100 Euro für „Klimaschutzprojekte“.

E.L.



Frau Merkels Erbe

● STIMMEN ZUR ZEIT

Maximilian Both erklärt in der „Bild“-Zeitung (21. Juli) die grüne Energiepolitik für heuchlerisch:

„Den Grünen geht es dabei nicht ums Land, sondern um die Befindlichkeiten der eigenen Partei: Für sie ist der Atomausstieg Staatsräson – selbst wenn dafür nun viel mehr schmutzige Kohle verbrannt werden muss.“

Der langjährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi äußert sich im „Hamburger Abendblatt“ (29. Juli) „beschämt“ über das deutsche Bangen um russische Gaslieferungen und gibt zu bedenken:

„Niemand hat uns gezwungen, ein Gas-Embargo gegen Russland auszurufen ... Aber wir wollten die berechtigte Empörung über Putins Krieg von heute auf morgen zu strafender Handelspolitik machen; so etwas ist immer ein Fehler. Jetzt müssen wir hoffen, das Putin uns nicht so ernst nimmt, wie wir international doch eigentlich genommen werden wollten und sollten.“

Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Markus Söder warnt seine Schwesterpartei im „Spiegel“ (23. Juli) vor den Gefahren von Schwarz-Grün:

„Die CDU entscheidet natürlich vor Ort selbst, mit wem sie zusammenarbeitet. Aber die Union darf sich nicht von vornherein an Schwarz-Grün berauschen. Sonst geht es ihr wie der SPD, die über die Jahre von den Grünen entkernt wurde. Die Frage ist: Macht Schwarz-Grün die Grünen schwärzer oder die Schwarzen grün?“

Münchens früherer Bürgermeister Christian Ude nimmt den Vorwurf der „kulturellen Aneignung“ aufs Korn. In einem Post, den die „Berliner Zeitung“ (31. Juli) zitiert, sagt der SPD-Politiker:

„Ohne ‚kulturelle Aneignung‘ gäbe es keinen Jazz in Europa. Davon haben in meiner Jugend alte Nazis geträumt. Und nur die Spießler von der ‚Sauberen Leinwand‘ waren so sittenstreng und verbotsfreudig wie heute die Sittenwächter der woken Generation. Immerhin durfte man damals aber noch unbeanstaltet aussprechen, dass es überhaupt Männer und Frauen gibt ...“

● WORT DER WOCHE

„Europa ist wieder an dem Punkt angelangt, dass es in den wichtigsten Sicherheitsfragen nicht mitreden wird, sondern wieder nur die Amerikaner und die Russen entscheiden.“

Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident, im Gespräch mit „Tichys Einblick“ (1. August)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Entschieden gegensteuern

Warum es nur noch linke Demonstrationen geben soll, und was der Pöbel sich wieder erlaubt hat

VON HANS HECKEL

Die Bundesrepublik als „DDR 2.0“ zu titulieren, ist zum Glück ziemlich überzogen. Sonst säßen der Verfasser dieser Zeilen und mit ihm zahllose andere Journalisten längst im Knast oder im Exil. Allerdings tummeln sich in unserem Lande Politiker und andere Akteure, denen diese immer noch beträchtliche DDR-Ferne der Bundesrepublik kräftig gegen den Strich geht, und die daher emsig an einer Annäherung an realsozialistische Zustände arbeiten.

Allen voran – wenig überraschend – natürlich die ausgewiesenen Spezialisten in Sachen roter Diktatur. In einem Interview, in dem sie vorrangig „Verwaltungsbashing“ gegen Berlins öffentlichen Dienst beklagt (siehe Seite 5), gewährt die Sozialsenatorin der Hauptstadt, Katja Kipping von der Linkspartei, einen äußerst aufschlussreichen Einblick in ihr Verhältnis zu Freiheit und Demokratie.

Angesprochen auf mögliche Bürgerproteste gegen Inflation und explodierende Energiekosten sagt Kipping, sie habe „keine Angst vor sozialen Protesten“. „Aber problematisch wird es, wenn es eine rechte Mobilisierung gibt.“ Und noch etwas präziser: „Wenn soziale Akteure, Gewerkschaften und progressive Linke zu Protesten aufrufen, gehört das zu einer lebendigen Demokratie dazu. Meine Sorge beginnt, wenn Protest antidemokratisch gewendet wird. Der Bund muss hier entschieden gegensteuern.“

Übersetzt heißt das: Wenn „soziale“ (also linke) Akteure, linke Gewerkschaften oder andere Linke auf die Straße gehen, ist das in Ordnung. Alle Übrigen werden als „antidemokratisch gewendet“ etikettiert, bei denen die Staatsmacht „entschieden gegensteuern“ muss. Ginge es nach Kipping, könnten wir das „2.0“ hinter „DDR“ also einfach weglassen.

Um gezielt „gegensteuern“ zu können, sollte man rechtzeitig herausfinden, gegen wen man vorgehen muss, wenn es ernst wird mit dem Bürgerprotest. Bei dieser Aufklärungsarbeit kommen wir gut voran. Jüngst machte die Nachricht die Runde, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen „Meldestellen“ einrichten will, wo aufmerksame Leute Mitbürger anschwärzen können, die sich politischer Äußerungen schuldig gemacht haben, welche der Regierungslinie widersprechen. Ausdrücklich geht es dabei um Äußerungen oder Handlungen „unterhalb der

Strafbarkeitsgrenze“ – also solche, die von der Meinungsfreiheit des Grundgesetzes geschützt sind. Respektive geschützt waren. Das Land wird übrigens von einem CDU-Ministerpräsidenten geführt.

Von der Ernte der Meldestellen lassen sich hervorragend Schwarze Listen erstellen. Biometrisch erfasst kann man bei aufflammenden Bürgerprotesten auf der Straße blitzschnell herauskriegen, ob Leute dabei waren, die bereits „gemeldet“ wurden. Danach kann man allen übrigen Demonstranten vorwerfen, mit „Rechten“ oder „Querdenkern“ oder wem auch immer zusammen demonstriert zu haben, womit sie sich selbst in die Ecke gestellt hätten. Ja, liebe Freunde, so geht „entschieden gegensteuern“!

Natürlich greifen die Verantwortlichen nicht gerne zu solch harschen Mitteln. Viel lieber wäre es ihnen, wenn das blöde Volk das Opponieren einfach sein ließe, um ganz freiwillig auf Regierungslinie einzuschwenken. Nur ist das Gesindel leider so furchtbar uneinsichtig. Für erhebliche Heiterkeit im Netz sorgte dieser Tage der Bauchklatz einer TV-Sendung des Bayerischen Rundfunks unter dem Titel „Diversity-Talk“, in der es ums Gendern ging. Wobei alle Diskussionsteilnehmer bis auf einen erwartungsgemäß für das Gendern waren, und der eine auch nur deshalb nicht, weil Transmenschen dabei nicht richtig berücksichtigt würden.

Das Volk ist jetzt wieder „unten“

Am Beginn und am Schluss wurde eine Umfrage unter Schülern durchgeführt, was sie vom Gendern hielten. Nicht nur, dass sich am Anfang eine satte Mehrheit dagegen aussprach – diese Mehrheit wuchs bei der zweiten Befragung am Schluss der Diskussion auch noch massiv an. Die nahezu gleichgeschalteten Diskutanten hatten die Schüler also noch einmal zusätzlich abgestoßen mit ihrem dürren Gelaber.

Richtig interessant fiel die Reaktion der Diskussionsleiterin Claudia Stamm, einer früheren Grünen-Politikerin, aus. Sie stammelte: „Also ich glaube, es ist tatsächlich ein Aufruf sozusagen wieder diese Veranstaltung zu machen ... ob sich was verändert hat in einem Jahr.“ Ganz verdutzt gab sich Stamm darüber, dass die geballte Gender-Propaganda „unten“ offenbar nicht ankomme.

Sie hat tatsächlich „unten“ gesagt. Einst im Mai hatten wir noch gelernt, dass das Volk in einer Demokratie der Souverän sei, von

dem alle Staatsgewalt ausgehe. Nun ist eben jener Souverän in der Vorstellung der politischen Tonangeber also wieder „unten“ gelandet, wo sich seine untertänigen Vorfahren in den Zeiten der Feudalherrschaft schon ducken mussten. Und „diskutiert“ wird nicht mehr mit dem Ziel, die unterschiedlichen Meinungen zusammenzutragen, um dann demokratisch über den einzuschlagenden Weg abzustimmen. Der „Talk“ ist dazu da, das Pack da „unten“ auf Linie zu bringen. Wenn das nicht will, dann wird „diese Veranstaltung“ eben so oft wiederholt, bis die Lümmel nachgeben und sich fügen. Und sollten die Uneinsichtigen auch noch öffentlich renitent werden, muss „entschieden gegengesteuert“ werden.

Der Bayerische Rundfunk führt in seinem „Diversity-Talk“ aus Versehen vor, wie weit Bürger und politische „Eliten“ bereits auseinander liegen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Wie gründlich die politische „Elite“ ihr Verhältnis zum Volk in den vergangenen Jahren neu sortiert hat, bewies nun auch Norbert Walter-Borjans. Der glücklose Kurzzeit-Co-Chef der SPD verpffiff via Twitter einen ICE-Zugchef bei dessen Arbeitgeber, der Deutschen Bahn, weil der Mann nicht nur auf die Maskenpflicht im Zug hinwies, sondern auch darauf, wem man die Vorschrift zu verdanken habe, nämlich Gesundheitsminister Lauterbach. Soviel zum Thema „Arbeiterpartei“. Was wohl Herbert Wehner zu dem Vorgang zu sagen hätte?

Ach, den benötigen wir gar nicht, solange mit Heinz Buschkowsky noch ein anderer Vertreter vom alten SPD-Schlag unter uns weilt. Der traute seinen Ohren nicht, was er aus Stuttgart hörte. Dort hatte der DJ der schwul-lesbischen SPD-Queergruppe beim Christopher Street Day den schlüpfrigen Schlager der Saison, „Layla“, aufgelegt, über den sich der Gouvernanten-Stadl schon seit Wochen echauffiert. Folge war ein Empörungsturm von Juso-Aktivistinnen und die Forderung, den „Vorfall aufzuarbeiten“. Neuköllns langjähriger Bezirksbürgermeister Buschkowsky ist fassungslos: „Wie kaputt ist dieser verquere Haufen, wenn er sich über einen Schlagertext aufregt statt über die akuten Krisen dieser Tage?“, so Buschkowsky gegenüber der „Bild“-Zeitung. Der streitbare Alt-Sozi hat mit seiner Partei abgeschlossen: „Die Verzweigung hat schon stattgefunden, es geht zu Ende mit der SPD.“

Aber warum denn? Nur weil der Graben zum Volk und dessen wirklichen Problemen immer tiefer wird? Da muss man den Knebel für den Pöbel nur fest genug zerren, dann spielt dessen Meinung gar keine Rolle mehr.